



Stadtgeschichte(n) Gelsenkirchen



*Institut für
Stadtgeschichte*

*Eine Einrichtung
in Trägerschaft der*



**Stadt
Gelsenkirchen**

Abriss der Stadtgeschichte

Im Jahre 1875 wurden der Stadt Gelsenkirchen die Stadtrechte verliehen. Das heißt, eigentlich nur einem Teil der Stadt, die heute diesen Namen trägt – und zwar der »Landgemeinde Gelsenkirchen«, seit 1868 Verwaltungssitz und Hauptort des Amtes Gelsenkirchen: »Auf den Bericht vom 22. November d.Js. will Ich der im Kreise Bochum gelegenen Gemeinde Gelsenkirchen die Städte-Ordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 hiermit verleihen und zugleich genehmigen, dass die genannte Gemeinde fortan auf dem Provinzial-Landtag von Westfalen im Stande der Städte vertreten werde«, verfügte am 29. November 1875 Wilhelm I., König von Preußen. Die neue Stadt Gelsenkirchen, zu jenem Zeitpunkt wenig mehr als 11.000 Einwohner zählend, war geschaffen!

Trotz einer mittelalterlichen Vorgeschichte – erstmalig wurde Gelsenkirchen um 1150 urkundlich erwähnt – ist die heutige Stadt tatsächlich und in erster Linie ein Produkt des Industriezeitalters.

Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Gebiet des heutigen Gelsenkirchen ein dünn besiedelter Landstrich mit etwa 6.000 Einwohnern. Abgesehen von einigen Handwerkern in den Kirchedörfern Gelsenkirchen und Buer ernährten sich die Menschen mehr schlecht als recht von der Landwirtschaft. An die Vorgeschichte der Industriestadt erinnern heute nur noch einige Baudenkmäler wie Schloss Horst, Schloss Berge, die Burg Lüttinghof sowie einige Überreste bäuerlichen Lebens.

Als gegen Mitte des 19. Jahrhunderts im hiesigen Gebiet Kohle entdeckt, die Gegend durch die Köln-Mindener Eisenbahn verkehrsmäßig erschlossen wurde und schließlich auch allmählich die tech-

nischen Probleme der Kohlegewinnung gemeistert werden konnten, begann die Industrialisierung Gelsenkirchens. Kohle und Stahl – die Montanindustrie – bestimmten fortan das Schicksal des Raumes.

Aus den zwei Dörfern Gelsenkirchen und Buer und den kleineren Gemeinden, an deren Namen die heutigen Stadtteilnamen erinnern, wuchs eine Industriegroßstadt heran, die zeitweise die bedeutendste Kohlestadt Europas war, nahezu 400.000 Einwohner aufwies und den Beinamen »Stadt der tausend Feuer« erhielt.

In den ersten Jahren der Industrialisierung genügten den entstehenden Zechen und der Eisen- und Stahlindustrie die Arbeitskräfte, die aus der näheren Umgebung kamen. Schon im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts reichte die Nahwanderung jedoch nicht mehr aus. Deswegen zogen die Werber der Zechengesellschaften in den Osten des 1871 gegründeten Deutschen Reiches, um verarmte Bauern, Landarbeiter und Tagelöhner anzuwerben.

Bis zum Ersten Weltkrieg kamen auf diese Weise zahlreiche neue Arbeitskräfte aus den preußischen Ostprovinzen nach Gelsenkirchen. In den 1920er-Jahren wurde der Bergbau stark rationalisiert, so dass viele Bergarbeiter ihre Arbeit verloren. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde im Zuge der Aufrüstung Mitte der 1930er-Jahre wieder Vollbeschäftigung erreicht. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges konnte der Arbeitskräftebedarf in der Montanindustrie nicht mehr gedeckt werden.

In der Nachkriegszeit waren Kohle und Stahl begehrte Rohstoffe, so dass die Gelsenkirchener Montanindustrie erneut zahlreiche Arbeitskräfte anzog. In den 1950er-Jahren setzte die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, hauptsächlich aus Süd- und Südosteuropa, ein.

Aufgrund seiner einseitig auf die Montanindustrie ausgerichteten Wirtschaftsstruktur hatte Gelsenkirchen in der Folgezeit mit zahlreichen Problemen zu kämpfen. Der schwierige Prozess der ökonomischen und sozialen Bewältigung des Strukturwandels ist für die Stadt

bis heute noch nicht abgeschlossen. Trotz der Ansiedlung neuer Industrien und Dienstleistungsbetriebe konnte der Einwohnerrückgang, einhergehend mit weiteren Arbeitsplatzverlusten, noch nicht bewältigt werden. Andererseits konnte mit vielfältigen Maßnahmen zu einer Steigerung der Lebensqualität beigetragen werden.



Inhalt

8 I. Daten aus der Geschichte des Raumes Gelsenkirchen in vorindustrieller Zeit

Hier finden Sie die wichtigsten Daten aus der Geschichte des Raumes Gelsenkirchen in vorindustrieller Zeit (1003–1840)

15 II. Von den letzten Wildpferden zur Industriegroßstadt

16 Kapitel 1: Die Emscherbrücher

19 Kapitel 2: Industrialisierung

21 Kapitel 3: Bergbauunternehmen

30 Kapitel 4: Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie

33 Kapitel 5: Hohe Dividenden

35 Kapitel 6: Technologietransfer

39 Kapitel 7: Friedrich Grillo

42 Kapitel 8: William Thomas Mulvany

48 Kapitel 9: Hugo Honigmann

50 III. Menschen in der Stadt

51 Kapitel 10: Zuwanderung

55 Kapitel 11: Zuwanderung aus den Ostprovinzen

58 Kapitel 12: Herkunftsregionen der Zuwanderer

61 Kapitel 13: Die »Ruhr-Polen«

65 Kapitel 14: Masuren

70 Kapitel 15: Werbe-Aufruf an die Masuren

73 Kapitel 16: Neue Wanderungsbewegungen

Zur Navigation in diesem Dokument

- Sie können im Inhaltsverzeichnis **auf die Seitenzahlen und Überschriften klicken**, um direkt zu dem jeweiligen Text zu gelangen.
- Zum Blättern im Dokument stehen Ihnen unten rechts die Pfeile ◀▶ zu Verfügung.
- Das Symbol 📖 bringt Sie zu diesem Inhaltsverzeichnis zurück.

80	IV. Ordnung der Stadt – kommunale Neuordnung
81	Kapitel 17: Entwicklung des Stadtgebietes
84	Kapitel 18: Die Verleihung der Stadtrechte
86	Kapitel 19: »Preußens Wilder Westen«
90	Kapitel 20: Die Städtevereinigung und kleine Unterschiede
97	Kapitel 21: Der erste Oberbürgermeister in republikanischer Zeit
102	V. Baugeschichten
103	Kapitel 22: Errichtung von Werkssiedlungen und Kolonien
110	Kapitel 23: Schlafgängerwesen
113	Kapitel 24: Das Gelsenkirchener Rathaus
116	Kapitel 25: Bombennächte und Wiederaufbau
121	Kapitel 26: Das Gelsenkirchener Theater
125	VI. Politische Lager und Wahlen
126	Kapitel 27: Politischer Katholizismus und 2-Lager-System
128	Kapitel 28: Sozialdemokratie und 3-Lager-System
130	Kapitel 29: Polen und 4-Lager-System
131	Kapitel 30: Wahlen im Kaiserreich
136	Kapitel 31: Weimarer Republik
143	Kapitel 32: Nationalsozialismus
147	Kapitel 33: Entwicklung der Lager in der Bundesrepublik
149	Kapitel 34: Wiederaufbau der SPD
150	Kapitel 35: Wiederaufbau und Untergang der KPD
152	Kapitel 36: Aufbau von Zentrum und CDU
155	Kapitel 37: Der Untergang des protestantisch-nationalen Lagers
157	Kapitel 38: »Sozialdemokratisierung« des Ruhrgebiets und Gelsenkirchens
159	Kapitel 39: Wandel in den Lagerstrukturen

163	VII. Auf dem Weg zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft
164	Kapitel 40: Der verzögerte Strukturwandel
168	Kapitel 41: Kohlekrise
175	Kapitel 42: Bekleidungsindustrie
178	Kapitel 43: Heinze-Frauen
181	Kapitel 44: Eine Fachhochschule für Gelsenkirchen
186	Kapitel 45: Bildung
188	Kapitel 46: Branchenmix und nie mehr abhängig von einer Industrie
193	Impressum



I. Daten aus der Geschichte des Raumes Gelsenkirchen in vorindustrieller Zeit

Nach der Neuordnung in den von Karl dem Großen eroberten Gebieten, der Missionierung der Bevölkerung zwischen Lippe und Ruhr, der Gründung der Benediktinerabtei Werden und des Kanonienstifts Essen gehören seit dem 9. Jahrhundert einige Höfe beiderseits der Emscher auf heutigem Gelsenkirchener Gebiet zum Besitz dieser Klöster.



1003

In einer Schenkungsurkunde an die Benediktinerabtei Deutz wird der Ort »Puir« genannt. Dies gilt als erste urkundliche Erwähnung Buers. Freilich ist diese Quelle nur in einer teilweise gefälschten Abschrift überliefert, strittig ist zudem die Interpretation des Ortsnamens als Buer in Westfalen oder als rheinisches Buir bei Kerpen.

1147

Papst Eugen III. bestätigt der Abtei Deutz die Rechte u. a. über die Kirche in Buer (»in Buron ecclesiam«). Dies ist die erste urkundliche Erwähnung einer Kirche in Buer. Die Deutung des Ortsnamens Buer als »Siedlung auf einer Erhebung«, hergeleitet aus dem plattdeutschen Verb »boren« = »heben«, besitzt gegenüber konkurrierenden Deutungen wie »Siedlung bei den Häusern« aus dem Althochdeutschen oder »Siedlung am Sumpfwasser« aus dem Keltischen den Vorzug der größeren geographischen Plausibilität.

um 1150

In einem nicht exakt datierten Heberegister des Klosters Werden sind die Abgaben aus »Geilistirinkirkin« verzeichnet.

um 1200

Gerhard aus dem Geschlecht derer von der Horst mit dem Burgsitz in Horst an der Ruhr bei Steele, Essen, lässt im sumpfigen Emscherbruch eine Burg errichten. Das althochdeutsche »hurst«, mittelhochdeutsch »horst«, stand für Gehölz, Gesträuch, Dickicht, Hecke. Der Begriff wurde als Flurnamen verwandt und diente auch häufig als Name von Siedlungen, Höfen und Burgen.

1246

Erstmals erscheint der Ritter Heinrich van Scadeleke 1246 in einer Essener Urkunde. Der gleich lautende Name der Siedlung dürfte sich an ihre Lage an einer »schädelförmigen« Bodenwelle anlehnen, der Name Schalke ist also als »Siedlung an schädelförmiger Gegend« zu deuten.

1282

Im Jahre 1282 verleiht Rudolf von Habsburg, König des Deutschen Reiches, Arnold von der Horst das Recht, neben seiner Burg eine mit Mauern und Gräben befestigte Stadt zu erbauen. Dies galt lange Zeit als das Gründungsdatum von Horst. Neueren Forschungen zufolge gibt es keinen Bezug zwischen dem genannten Arnold und der hiesigen Burg Horst, die fragliche Urkunde bezieht sich vielmehr auf Burg Horst in Alfhausen bei Osnabrück.



Schloss Lüttinghof
(Postkarte
von 1910)

1308

In zwei Urkunden aus dem Jahre 1308 wird das Haus Luttkenhove (Lüttinghoff) genannt, das der Ritter Diederich de Vlerikes dem Kölner Erzbischof zu Lehen auftrug.

1448

Der Kölner Erzbischof Dietrich von Moers erhebt am 18. April 1448 das Dorf Buer zur Freiheit, also zu einer Siedlungsgemeinschaft mit stadtähnlicher Selbstverwaltung und eigenem Recht – so die allgemein akzeptierte Lesart nach Gustav Griese, der Datum und Inhalt des Freiheitsprivilegs in der Festschrift zu den Feiern »500 Jahre Freiheit Buer« im Jahre 1950 wiedergibt, allerdings ohne Quellenangabe. Eine quellenmäßig gesicherte Bestätigung der alten Rechte der Freiheit Buer durch den Kölner Erzbischof stammt aus dem Jahre 1652.



Die Stadt Buer
um 1823
(Zeichnung von
Ernst Neukirchen,
1969)



Schloss Horst im ursprünglichen Zustand, inklusive der mittlerweile zerstörten Turmanlagen
(Zeichnung von Prof. Dr. Klapheck)

1555 bis 1573/78

Nachdem die alte Burganlage 1554 vollständig niedergebrannt war, plant Rütger von der Horst, Ministerialadliger in kurkölnischen Diensten, einen Neubau, bei dem das repräsentative Wohnen und nicht mehr die Wehrhaftigkeit im Vordergrund steht. So entsteht Schloss Horst als Vierflügelanlage mit Ecktürmen, das als der früheste komplette Renaissanceschlossbau Westfalens gelten kann.

1571

Der Landesherr, Herzog Wilhelm von Cleve, verleiht dem Dorf Gelsenkirchen das Recht, zwei Jahrmärkte am St.-Georgs-Tag (23. April) und am St.-Michaelis-Tag (29. September) abzuhalten.

1574

Heinrich von Knippink lässt in der Burgkapelle von Haus Grimberg einen Prunkaltar errichten, nachdem er bereits 1560 ein Armenhaus »in dem Bleck auf der Emscher« gestiftet hat. 1738 kommt der Altar in die neu erbaute Bleckkirche, noch heute schmückt er die älteste erhaltene Kirche der Stadt, deren Erscheinungsbild die im Jahre 1889 abgeschlossenen Umbauten bestimmen.



Haus Grimberg
um 1910

1688

Am 25. Mai, dem Urbanustag, werden die Kirche und fast der gesamte Häuserbestand Buers durch einen Brand zerstört.

1706

Ferdinand Freiherr von Fürstenberg erwirbt Schloss Horst, das bis 1988 im Besitz des Huguenpoeter Zweigs der Familie bleibt.

1785 bis 1788

Das bereits 1264 urkundlich belegte Haus Berge (»in monte«) erhält seine heutige Gestalt. Der großzügige Um- und Erweiterungsbau erfolgt unter der Leitung des Baumeisters Engelbert Kleinhansz.

1815

Nach der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress gehören Buer und Gelsenkirchen zur preußischen Provinz Westfalen. Die Bürgermeisterei Buer wird zusammen mit dem Vest Recklinghausen dem Regierungsbezirk Münster zugeordnet, die Gemeinde Gelsenkirchen im Amt Wattenscheid/Kreis Bochum dem Regierungsbezirk Arnsberg.

1840

Ludwig von Oven bohrt am Wiehagen nach Kohle. Für das Gebiet Gelsenkirchen werden in der Folgezeit Grubenfelder verliehen. Zu dieser Zeit (1843) hat die Gemeinde Gelsenkirchen 653 Einwohner, das Amt Buer 3.837 und die Gemeinde Horst 562.

II. Von den letzten Wildpferden zur Industriegroßstadt

Trotz einer mittelalterlichen Vorgeschichte – erstmalig wurde Gelsenkirchen 1150 urkundlich erwähnt – ist die heutige Stadt Gelsenkirchen ein Produkt des Industriezeitalters. Das Gebiet des späteren Gelsenkirchen war noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit etwa 6.000 Einwohnern recht dünn besiedelt. Abgesehen von einigen Handwerkern in den Kirchdörfern Gelsenkirchen und Buer ernährten sich die Menschen mehr schlecht als recht von der Landwirtschaft.

An die Vorgeschichte der Industriestadt Gelsenkirchen erinnern in der Gegenwart noch Baudenkmäler wie Schloss Horst, Schloss Berge, die Burg Lüttinghof sowie Überreste bäuerlichen Lebens oder auch Straßennamen.



Hof Brügger in Scholven (1935). Der 1793 erbaute Hof musste letztlich der Chemie-Industrie weichen. Die Gebäude wurden 1965 abgerissen.

Kapitel 1

Die Emscherbrücher

Durch die vorindustrielle Agrarlandschaft trabten noch zu Beginn des vorletzten Jahrhunderts Wildpferde. Bis ins 18. Jahrhundert waren zahlreiche Herden von Wildpferden durch den Emscherbruch gezogen, insbesondere im Raum der Gemeinden bzw. Bauerschaften Buer, Resse, Herten, Recklinghausen, Horst und Gladbeck. Die struppigen und kleinen »Emscherbrücher« wurden wegen ihres breiten Kopfes auch »Dickköpfe« oder umgangssprachlich »Dickköppe« genannt.

Obwohl man im Emscherbruch von einer Wildpferdezucht sprach, wurden die Tiere doch weitgehend sich selbst überlassen und dann



Dermoplastiken
von einer Stute
mit Fohlen der
ausgestorbenen
»Emscherbrücher
Dickköppe«

jeweils die jüngeren Tiere bei Treibjagden eingefangen und zum Markt, beispielsweise dem Cranger Pferdemarkt mit der dortigen Kirmes, gebracht. Die Emscherbrücher waren wegen ihrer Zähigkeit sehr beliebt. Im Jahr 1785 wurde die Pferdezucht mit einer Verordnung stärker reglementiert, und Zuchthengste sollten für eine bestimmte Mindestgröße der Tiere sorgen. Zu dieser Zeit soll es etwa 900 Wildpferde im Emscherbruch gegeben haben.

Da die dürrtigen Weiden des Emscherbruchs die anspruchsvolleren Pferderassen nicht ausreichend ernährten, ergab sich die Notwendigkeit der Zufütterung. Da solcher Aufwand selbst Großbauern oder adligen Gestütbesitzern oft zu teuer erschien, wurde die Wildpferdezucht im Emscherbruch zunehmend eingeschränkt.



Dülmener Pferde
beim Einlaufen
zum traditionellen
Pferdefang.
Die Dülmener
Wildpferde sind
sehr eng mit den
ausgestorbenen
»Emscher-
brüchern«
verwandt.

In der französischen Zeit wurden die Wildpferde 1811 mit dem übrigen Vieh gleichgestellt und durften nur noch unter Aufsicht eines Hirten weiden. Die später abgeschwächte Vorschrift diente dazu, die landwirtschaftlichen Flächen zu schützen, nachdem die Pflichten zur Einfriedung der Grundstücke gefallen waren.

Als dann in den 1820er Jahren die Gemeindemarken aufgeteilt wurden, verschwanden die Flächen für die Wildpferde und damit auch die Wildpferdezucht ganz. Die letzten Emscherbrücher wurden 1834 verkauft, ein letzter Zuchthengst wurde in den 1850er Jahren erschossen.



Kapitel 2

Industrialisierung

Von den Hellwegstädten und Teilen des Ruhrfergebietes abgesehen war das Gebiet beiderseits der Emscher zu Beginn der Industrialisierung überwiegend dörflich-agrarisch geprägt. Den verstreuten Klöstern, Herrensitzen, Kirhdörfern und Bauernschaften fehlte nicht zuletzt auch eine einheitliche Verwaltung. Das Vorkommen von Steinkohle war die Voraussetzung für die Industrieansiedelungen.

Nachdem 1849 in Mülheim erstmals die Erz-Verhüttung mit Ruhrkohlenkoks gelungen war, folgte aufgrund der günstigen Konjunktur, der durch den Eisenbahnbau angestiegenen Nachfrage und der Standortvorteile die Eisen- und Stahlindustrie dem Bergbau. Wenig später traten noch die Glas- und die chemische Industrie hinzu.



Hofgebäude des Oberhofes Brockhof (1880). Landwirtschaftliche Betriebe wie dieser bestimmen das Landschaftsbild des Ruhrgebiets vor Beginn der Industrialisierung und der damit zusammenhängenden Urbanisierung.



Werksanlage
Grillo-Funke
(1870).
Das im Jahr 1866
gegründete Blech-
walzwerk »Grillo,
Funke und Co«
gehört mit zur
ersten Welle der
Unternehmens-
gründungen der
1860er Jahre, die
die beginnende
Transformation des
Dorfes Gelsen-
kirchen in eine
Industriestadt
markieren.

Der Bergbau und die Eisen schaffende Industrie hatten für das Ruhrgebiet die Rolle von ökonomischen Leitsektoren. Der Aufschwung des Ruhrbergbaus selbst war zurückzuführen auf die gestiegene Nachfrage nach Kohle, einerseits verursacht durch die Ausbreitung der Dampfmaschinen und Eisenbahnen und andererseits begründet im gesteigerten Bedarf nach Eisen und Stahl, zu deren Herstellung Kohle bzw. Koks in großen Mengen benötigt wurde. Der Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie und die Eisenbahnen standen also in einem Verhältnis sich gegenseitig stimulierender Wirtschaftszweige, deren Boom einen montanindustriellen Wirtschaftsraum schuf. Dort entstanden neue Städte, die mit den Dörfern, deren Namen sie führten, kaum mehr etwas gemein hatten.

Kapitel 3

Bergbauunternehmen

Von den alten Baufeldern im Ruhrfergebiet, wo die kohleführenden Schichten zu Tage treten, dehnte sich der Bergbau »schubhaft« nach Norden aus. Diese Nordwanderung des Ruhrbergbaus wurde zum entscheidenden strukturverändernden, raumbildenden Faktor für das Ruhrgebiet.

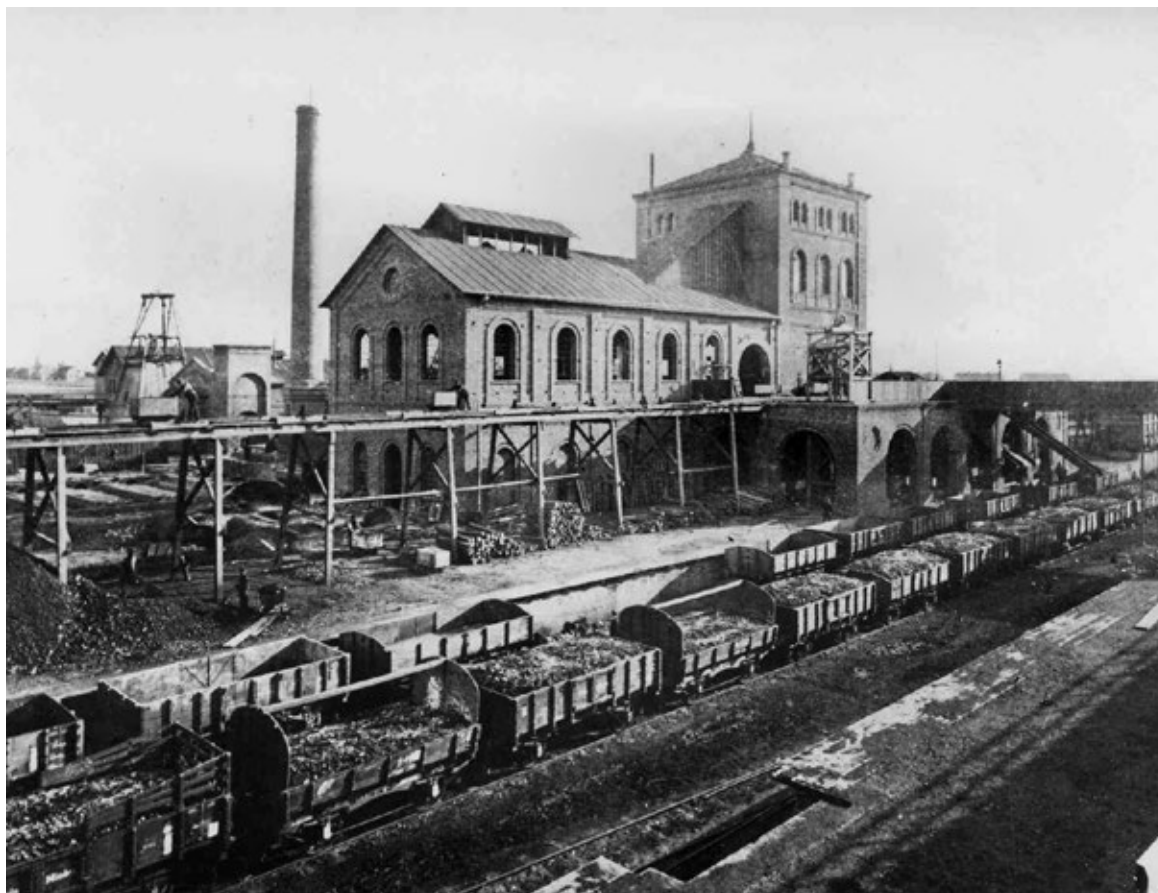
Im Raum der späteren Stadt Gelsenkirchen, der schwerpunktmäßig zur Emscher-Zone gehört, aber im Norden in die vestische Zone übergeht, erfolgten die ersten Bohrungen nach Kohle in den 1840er Jahren. Die Suche nach dem »schwarzen Gold« erfolgte auch hier von Süden nach Norden, d. h. zunächst erfolgten Mutungen südlich der Emscher. Um 1840 war Ludwig v. Oven auf dem Wiehagen in



Gelsenkirchener
Hauptbahnhof
im Jahr 1902

Gelsenkirchen bei der Bohrung nach Steinkohle fündig geworden. Gegen Mitte der 1840er Jahre setzte in Gelsenkirchen geradezu ein »Mutungsfieber« ein; bereits 1850 war fast das ganze Gelsenkirchener Gebiet südlich der Emscher in Grubenfelder aufgeteilt und verliehen.

In Buer, zu dieser Zeit noch ein Ackerbürgerstädtchen im Range einer preußischen Landgemeinde, begannen die Bohrungen nach Kohle 1846. Ein wesentlicher Standortfaktor für den Bau von Schachtanlagen und die Industrieansiedlung war dann der Anschluss des Dorfes Gelsenkirchen an die Köln-Mindener Eisenbahn. Der Bahnhof wurde etwa 700 m südlich des Dorfes am 15. Mai 1847 eröffnet. Die Verbindung zwischen Dorf und Bahnhof wurde zur Hauptgeschäftsstraße und zum Standort der wichtigen Einrichtungen wie Post, Geschäften, Restaurants usw. An der Bahnlinie siedelten sich die neuen Industriebetriebe verkehrsgünstig an.



Gleisanlagen der Zeche Alma (1873). Aufgrund der im Vergleich zu allen anderen Verkehrsmitteln niedrigen Transportkosten für Baumaterialien und die geförderte Kohle war das Vorhandensein eines Bahnanschlusses der entscheidende Standortfaktor für die Eröffnung einer Zeche.



Schächte I und II
der Schachtanlage
Hibernia (1860)

Als in Rotthausen 1853 der erste Schacht abgeteuft wurde, begann der Bergbau auf gegenwärtigem Gelsenkirchener Gebiet. Wegen technischer Schwierigkeiten konnte die Dahlbusch genannte Zeche aber erst 1860 eine regelmäßige Förderung aufnehmen. So wurde die Zeche Hibernia, in der Nähe des neuen Bahnhofs gelegen, im Juni 1858 zur ersten fördernden Gelsenkirchener Zeche.

Den ersten Zechen südlich der Emscher rasch weitere Schachtanlagen. Die Schachtanlagen im Süden Gelsenkirchens wurden bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges erheblich erweitert und machten Gelsenkirchen zu einer der bedeutendsten Kohlestädte Deutschlands: Im Jahre 1897 förderte im Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen eine Belegschaft von 30.112 Bergleuten, etwa ein Zehntel der Bergleute der preußischen Monarchie, etwa ein Zehntel der Gesamtproduktion des Staates Preußen.

Um die Jahrhundertwende rückte der Bergbau weiter nordwärts in die Zone des vestischen Landrückens vor und durchschritt damit das Bueraner Gebiet. Die nördlichste Zeche des Ruhrgebiets war lange Zeit Nordstern bei Horst, die damals noch südlich der erst später



Zeche Nordstern
im Jahr 1927

umgeleiteten Emscher lag. Der Bau von Zechen im Norden erfolgte erst seit den 1880er Jahren. Wegen der nach Norden mächtiger werdenden Mergelschicht war der Bergbau dort finanziell risikoreicher. Und dort engagierte sich nun auch besonders der preußische Staat, nicht zuletzt um Einfluss auf die Preisbildung der Ruhrkohle zu gewinnen. Es waren aber wohl auch die enormen Kosten des staatlichen Eisenbahnnetzes und der Aufrüstungspolitik, die den preußischen Staat bewogen, sich nach einer lohnenden Einnahmequelle bzw. nach einer Möglichkeit zur teilweisen Deckung des Eigenbedarfs an Kohle umzusehen.

Ab 1902 erwarb Preußen unverritzte Grubenfelder in Gladbeck, Buer, Marl, Dorsten und Waltrop und die Gewerkschaft Vereinigte Gladbeck mit zwei Doppelschachtanlagen, die 1911 zum Steinkohlenbergwerk »Im Vest Recklinghausen« vereinigt wurden. Auf dem großen staatlichen Kohlenfeld wurden in Buer noch vor dem Ersten Weltkrieg die Doppelschachtanlagen Bergmannsglück, Westerholt und Scholven errichtet. Als der preußische Staat ab 1904 die Mehrheit der Hibernia AG, die zwischen den staatlichen Feldern über erhebliche Abbaurechte verfügte, erwerben wollte, wehrte sich das

im Kohlensyndikat organisierte Bergbau-Kapital, weil es, nach den öffentlichen Debatten nicht ganz zu Unrecht, umfangreiche staatliche Einflussnahme auf den Steinkohlenbergbau befürchtete. Erst während des Weltkriegs wurde der Streit 1917 im Kontext verstärkter staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft beigelegt, als Preußen den Aktienbesitz der Hibernia erhielt.

Nachfolgend eine Übersicht der Zechenschächte auf dem gegenwärtigen Gelsenkirchener Gebiet, sowohl für den Süden, als auch für den Norden:

Zechenschächte auf dem gegenwärtigen Gelsenkirchener Gebiet im Süden

Zechen	Schacht	Baubeginn	Förderung/ Betrieb	Stilllegung	verfüllt
Zeche Dahlbusch				1966	
Dahlbusch	1	1853	1860	1926	1927
	Wetter	1867	1868	1926	1927
	2	1868	1870	1925	1930
	3	1874	1876	1926	1929
	4	1874	1877	1932	1933
	5	1890	1894	1934	1935
	6	1895	1899	1954	1966
	Wetter/7/ Berger	1912	1914	1966	1966
	8	1914	1923	1966	1966
Zeche Hibernia				1925	
Hibernia	1	1855	1858	1961	1961
	2	1857	1858	1925	?
	3	1891	1894	1964	1964
Zeche Rheinelbe (mit Alma)				1931	
Rheinelbe	1	1855	1861	1925	1928
	2	1855	1876	1928	1965
	3	1895	1903	1926	1965
	Wetter/4	1901	1903	1974	1975
	Wetter/5	1892	1895	1931	1945
	Wetter/6	1908	1911	1974	1975
Alma	1	1870	1872	1966	1968
	2	1873	1874	1930	1930
	Wetter/3	1898	1898	1966	1969
	Spülversatz/4	1905	1913	1966	1966 auf- gegeben
	5	1908	1911	1974	1979

Zeche	Schacht	Baubeginn	Förderung/ Betrieb	Stilllegung	verfüllt
Zeche Holland				1974	
Holland (nur Gelsenkirchen)	1	1856	1860	1955	1963
	2	1857	1860	1955	1958
Zeche Wilhelmine Viktoria				1960	
Wilhelmine Viktoria	1	1856	1860	1960	1983
	2	1872	1876	1960	ca. 1975
	3	1888	1892	1960	ca. 1975
	4	1898	1900	1960	1983
Zeche Consolidation				1993	
Consolidation	1	1863	1865	1967	1977 auf- gegeben
	2	1869	1871	1951	1951 auf- gegeben
	3	1871	1873	1993	1996
	4/Wetter, später 5	1874	1875	1943	1943
	4	1893	1896	1996	1997
	6	1897	1899	1996	1998
	7/Wetter	1902	1903	1996	1996
	8/Wetter – Oberschuir	1906	1908	1984	1984 auf- gegeben
	9	1915	1922	1993	1997
Zeche Graf Bismarck				1966	
Graf Bismarck	1	1869	1874	1966	1967/68
	4	1899	1902	1959	1967/68

Zechenschächte auf dem gegenwärtigen Gelsenkirchener Gebiet im Norden

Zeche	Schacht	Baubeginn	Förderung/ Betrieb	Stilllegung	verfüllt
Zeche Nordstern				1993	
Nordstern	1	1857	1868	1993	1993
	2	1890	1894	1993	1993
	3	1899	1901	1990	1993
	4	1910	1911	1993	1994
Zeche Hugo				2000	
Hugo	1	1873	1878	1998	2001
	2	1882	1885	1998	1999
	3	1891	1895	1967	1967
	4	1899	1900	1998	1999
	5	1907	1909	1998	2001
	6 (Ost)	1933	1934	1998	?
	7 (Nord)	1940	1942	1995	1995
	8	1957	1962	1998	2001
	9	1975	1977	1998	?
Zeche Graf Bismarck				1966	
Graf Bismarck	2	1882	1884	1966	1967/68
	3	1893	1894	1959	1967/68
	5	1902	1904	1959	1967/68
	6	1909	1910	1966	1967/68
	7	1910	1911	1966	1967/68
	8	1914	1922	1966	1967/68
	9	1924	1926	1966	1967/68
	10/Wetter/ Emschermulde	1951	1954		
	1				
	Emschermulde	1973	1974	2000	2000
	2				

Zeche	Schacht	Baubeginn	Förderung/ Betrieb	Stilllegung	verfüllt
Zeche Ewald				2002	
Ewald (nur Gelsenkirchen)	3	1895	1897	1996	1998
	4	1895	1899	1998/2002	2000
	Wetter/6	1911	1912	1996	
Zeche Bergmannsglück				1960	
Bergmannsglück	1	1903	1905	1960	1982
	2	1904	1905	1960	1982
Zeche Westerholt				in Betrieb	
Westerholt	1	1907	1910		
	2	1908	1912		1999
Zeche Scholven				1963	
Scholven	1	1908	1911	1963	1970
	2	1908	1911	1963	1970

Kapitel 4

Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie

Seit den 1850er Jahren erfolgten zahlreiche Gründungen von Hochöfen-, Stahl-, Walzwerken und Gießereien. Bereits bestehende Unternehmen expandierten. Hinzu kamen Bergbauzulieferer.

Zunächst konnte die Eisen schaffende Industrie auch regionale Vorkommen von Raseneisenerzen und Kohleneisensteinerzen nutzen, die vorübergehend mehr als ein Viertel des Eisenerzbedarfes deckten.

Nach Ende der »Gründerkrise« folgten weitere Unternehmensgründungen. Die wichtigsten und größten Werke vereinigten als »gemischte Werke« die verschiedenen Produktionsstufen. Integrierte Hüttenwerke mit umfassenden Produktionslinien setzten sich später mit den Flussstahlverfahren und der Arbeit »in einer Hitze« durch und gliederten sich auch eigene Hüttenzechen durch Zukauf an.



Der Schalker Verein um das Jahr 1900. Das Vorhandensein von Anschlüssen an das Bahnnetz war auch in der Eisenverarbeitenden Industrie ein wichtiger Standortfaktor.



Belegschaft der Herdfabrik Küppersbusch & Söhne (1886). Auf der linken Seite des Gruppenbildes ist einer der in der Firma produzierten Öfen sichtbar.

Den Kern der Eisen- und Stahlindustrie bildeten die Hochofen-, Stahl- und Walzwerke, denen auch Betriebe der eisenverarbeitenden Industrie (Stahlbau, Maschinenbau, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie) angegliedert wurden. Die fünf größten Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets produzierten vor dem Ersten Weltkrieg etwa 30 % des deutschen Rohstahls und Roheisens. Im Ruhrgebiet wurden 1913 42,5 % des Roheisens im deutschen Zollgebiet erzeugt. Klangvolle Namen in Gelsenkirchen waren: »Schalker Puddel- und Blechwalzwerk Gewerkschaft Grillo, Funke & Co« (1866), »Puddlings- und Walzwerk, Drahtzieherei und Drahtstiftfabrik Boeker & Comp« (1870), Gussstahlwerk »Munscheid & Co« (1874), »Gewerkschaft Schalker Eisenhütte« (1886), »Schalker Gruben- und Hüttenverein AG« (1886), »Küppersbusch und Söhne« (gegr. 1875, Serienproduktion ab 1883), Rohrleitungsflanschenwerk »W. Geldbach OHG« (1903) und »Bergbaumaschinenfabrik Glückauf« (1908).

Da sich im Ruhrgebiet der Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie miteinander verbanden, entstand hier der für die ganze Region

typische montanindustrielle Komplex, der zu einer erheblichen Erweiterung der Ruhrindustrie und der Angliederung zahlreicher Nebenbetriebe zur Weiterverarbeitung der Kohle an die Schachtanlagen führte. Für Gelsenkirchen war bedeutsam, dass hier vor allem auch Fettkohle gefördert wurde, die sich besonders zu Verkokung eignet. Dies führte zum Aufbau zahlreicher Kokereien sowie weitere Anlagen zur Nebenproduktgewinnung. Bei dem Verkokungsprozess entstand auch das Kokereigas, das für vielfältige Zwecke genutzt wurde. Zur Silhouette des Ruhrgebiets gehörten deswegen auch die Gasometer.

Im Jahr 1872 siedelte sich mit der »Aktiengesellschaft für Chemische Industrie« in der damaligen Gemeinde Braubauerschaft das erste Chemieunternehmen an. Als ein erstes Unternehmen aus der Glasbranche entstand schon 1874 die »Glas- und Spiegelmanufaktur AG Schalke«. 1925 kam die »Deutsche Libbey-Owens Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung AG« (Delog) hinzu.



Gasometer der
Zeche Scholven
(1909)

Kapitel 5

Hohe Dividenden

Während der »Gründerzeit« zahlten die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaften geradezu unglaubliche Dividenden auf das investierte Kapital, beispielsweise 1873 die Zeche Holland 38 % und die Gelsenkirchener Bergwerks AG 23 %, Hibernia (mit Shamrock) immerhin noch 13 % und Harpen 1872/3 60 % und 1873/4 40 %. Allerdings wurden mangels Weitblick kaum Rücklagen gebildet, was dann in der Zeit der Gründerkrise zu zahlreichen Firmenzusammenbrüchen führte. Dies begünstigte letztlich Konzentrationsprozesse im Ruhrbergbau.

Auch die Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie zahlten teilweise enorme Dividenden. Beispielsweise konnte der Schalker Gruben- und Hüttenverein, der in den ersten Jahren mit beträchtlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, seinen Anteilseigner 1898/99 42 % und 1900/01 sogar 75 % Dividende zahlen – bei allerdings nicht unerheblichen Schwankungen.

Unter dem Einfluss wiederkehrender Krisen wie der Gründerkrise nach dem Wiener Börsenkrach vom Mai 1873 und der internationalen Konkurrenz sowie der hohen Investitionskosten begannen die Ruhr-Unternehmen schon bald, sich zusammenzuschließen. Große Konzerne entstanden – beispielsweise die Gelsenkirchener Bergwerks AG mit ihrem langjährigen Generaldirektor Emil Kirdorf, der später einer der wichtigsten Förderer der Nationalsozialisten aus den Reihen der Industriellen wurde.

Zur Stabilisierung ihrer Geschäfte begannen die »Zechenherren« und »Schlotbarone« bald auch mit Preis- und Förderabsprachen, die schließlich zur Bildung des »Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndi-



Bau der ersten
Hochofenanlage
des Schalker
Vereins (1874)

kates« von 1893 führten. Im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie kamen aufgrund der Verschiedenartigkeit der Produkte unterschiedliche Absprachen zustande, die 1904 beim Stahlwerksverband gebündelt wurden.

Kapitel 6

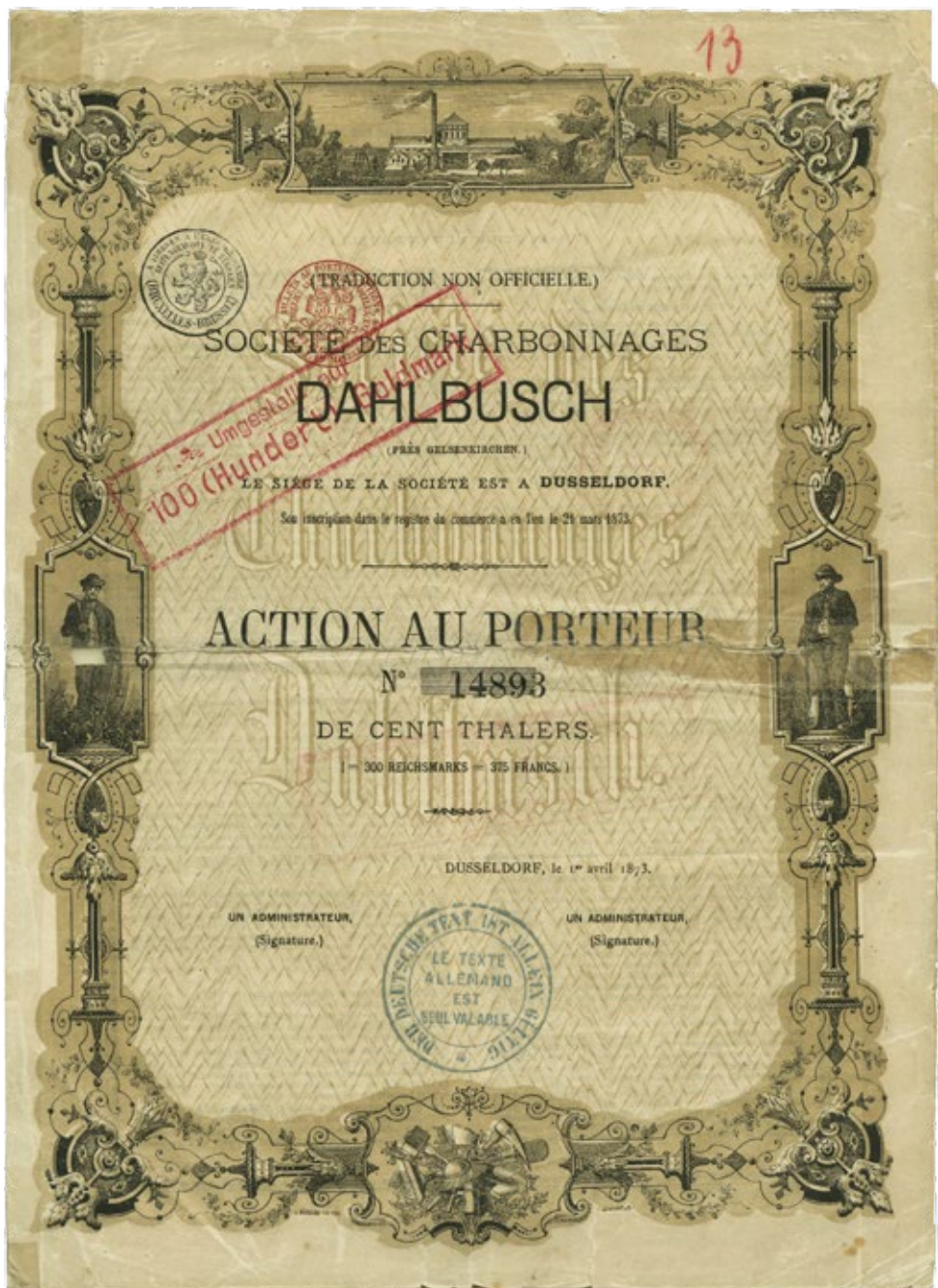
Technologietransfer

Im dünn besiedelten Gelsenkirchener Raum hatten zu Beginn der Industrialisierung keine Menschen gelebt, die über das technische Wissen oder das Kapital verfügten, um die Steinkohlevorräte auszubeuten, also Schachtanlagen zu errichten. So wurden die ersten Zechen auf Gelsenkirchener Gebiet von technisch erfahrenen und kapitalkräftigen holländischen, belgischen, französischen und britischen sowie irischen Bergwerksunternehmern gegründet. Das Ruhrgebiet erhielt damit »Entwicklungshilfe« aus den westlichen Nachbarländern, deren Industrialisierung bereits weiter fortgeschritten war.



Bergleute der durch französisches Kapital finanzierten Zeche Nordstern im Jahr 1897

Zwischen 1850 und 1870 kam bis zu 15 % des Investitionskapitals für die Montanindustrie des Ruhrgebiets aus dem Ausland, der Anteil in Gelsenkirchen dürfte wesentlich höher gewesen sein. Kaum eine Zeche wurde nicht anfangs durch ausländisches Kapital finanziert: Dahlbusch (englisch/belgisch), Hibernia (irisch/britisch), Rheinelbe (französisch/belgisch/englisch), Alma (französisch/belgisch), Holland (niederländisch), Nordstern (französisch).



Aktie der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch in deutscher und französischer Sprache (1873). Mulvany war nicht der einzige, der Geld aus dem Ausland ins Ruhrgebiet brachte. In der Rotthausener Zeche Dahlbusch steckte ursprünglich belgisches Kapital. Daneben investierten im Raum Gelsenkirchen auch britische, französische und niederländische Unternehmer.

Neben Kapital war die junge Ruhrindustrie vor allem auf Know-How aus dem Ausland angewiesen – um die Mitte des 19. Jahrhunderts betrug der technologische Rückstand Preußens auf England in etwa eine ganze Generation.

Ausländische Industriepioniere, so zum Beispiel William Thomas Mulvany, entwickelten im Ruhrgebiet und hier besonders auch im Raum Gelsenkirchen auf der Grundlage ihres fortgeschrittenen technischen Wissens neue Verfahren, die die Tiefbauzechen überhaupt erst möglich machten. Ihre Innovationen waren notwendig, um die Standortvorteile des Reviers überhaupt nutzen zu können. An erster Stelle sind hier die technischen Methoden des Schachtausbaus zu nennen, die die Wasserzuflüsse aus den grundwasserführenden Erdschichten der sumpfigen Emscherniederungen stoppten. Neben der Einführung der in Großbritannien entwickelten Dampfmaschine (zur Wasserhaltung und Förderung) waren insbesondere das Schachtausbauverfahren und die Abdichtung der Schächte gegen Wasserzuflüsse mit Hilfe eiserner Tübbings bei der Zeche Hibernia und das auf belgischen Patenten beruhende Kind-Chaudronsche Abteufverfahren, das bei Dahlbusch erstmals zum Einsatz kam, wichtig. Neben technischem Wissen und Kapital fehlte den »Einheimischen« oft wohl auch der Mut zum unternehmerischen Risiko. Für Gelsenkirchen stellte Friedrich Grillo eine der wenigen Ausnahmen dar.

Der Technologietransfer aus dem europäischen Ausland spielte auch für die Eisen- und



Der englische Steiger William Patterson (1826–1895) auf der Zeche Hibernia (um 1890). Aus dem Ausland angeworbene Spezialisten und »lebendiges Wissen« waren die primäre Quelle des Technologietransfers zu Beginn der deutschen Industrialisierung.

Stahlindustrie eine große Rolle. Das Puddelverfahren (Henry Cort, 1784), das Bessemer-Verfahren (Henry Bessemer, 1855) und schließlich auch das Thomas-Verfahren (Sidney Gilchrist Thomas, 1878) stammten aus England. Erst die importierten technischen Verfahren erlaubten den enormen wirtschaftlichen Aufschwung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Letztlich folgte die Industrialisierung des Ruhrgebiets einem ähnlichen Muster wie es auch in der Gegenwart bei dem Aufstieg neuer Industrienationen zu beobachten ist – Technologietransfer, Industriespionage und »Nachmachen« waren gegenüber den fortgeschrittenen Industrienationen bzw. -regionen die ersten Schritte.

Kapitel 7

Friedrich Grillo

Friedrich Grillo kann wohl als eine der damals erfolgreichsten Gründerpersönlichkeiten des Ruhrbergbaus bzw. der Schwerindustrie im werdenden Ruhrgebiet und insbesondere in Gelsenkirchen gelten.

Friedrich Grillo stammte aus einer wohlhabenden Essener Familie. Er wurde am 20. Dezember 1825 geboren und übernahm nach einer kaufmännischen Ausbildung das Geschäft der Familie, eine Eisenwarenhandlung.

Er gründete und organisierte zahlreiche große Bergbau- und Industriegesellschaften. Allein im vormals unbedeutenden Dörfchen Schalke gründete er 1863 die Zeche Consolidation, 1866 das Blechwalzwerk »Grillo, Funke & Co«, 1868 die »Gewerkschaft Graf Bismarck« mit der gleichnamigen Zeche, 1869 eine Draht- und Hanfseilerei, 1871 ein Drahtwalzwerk, die »Schalker Eisenhütte«, den »Schalker Gruben- und Hüttenverein« (»Schalker Verein«), den »Schalker Verein für Kesselfabrikation«, die »Aktiengesellschaft für Chemische Industrie« und die »Glas- und Spiegelmanufaktur«. Wichtige weitere Gründungen außerhalb Gelsenkirchens erfolgten zum Teil gleichzeitig mit den Schalker Gründungen: die »Berg-



Grillo-Denkmal an der Grillostraße.
Inscript:
»Friedrich Grillo,
1825–1888,
Der Begründer der
Schalker Industrie« (1955)



Zeche Graf
Bismarck im
Jahr 1909

werksgesellschaft Neu-Essen« 1855, der »Magdeburger Bergwerksverein« bei Wanne 1856, die Zeche Herkules bei Essen 1857, die Zeche Centrum bei Wattenscheid, die Zeche Caroline bei Dortmund, der Bergwerksverein König Wilhelm bei Borbeck 1870, die Gewerkschaft »Unser Fritz« bei Wanne 1872, die Gewerkschaft »Friedrich der Große« bei Herne 1870, die Gewerkschaft »Victor« bei Rauxel 1871, die Gewerkschaft »Gneisenau« bei Dortmund 1882, die Gewerkschaft »Courl« bei Hamm und im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie außerdem noch die »Dortmunder Union«, die »Henrichshütte«, das »Eisenwerk Horst« bei Steele und die »Dortmunder Hütte«. Die bekannteste Gründung, die Friedrich Grillo mit der Berliner Disconto-Gesellschaft als Finanzinstitut koordinierte, war die »Gelsenkirchener Bergwerks AG«, die aus der von Grillo organisierten Verdrängung ausländischen Kapitals aus dem Ruhrbergbau hervorging.

Auf Friedrich Grillo gehen auch einige wichtige Einrichtungen der Infrastruktur des nördlichen Ruhrgebiets zurück. So schuf er in



Blick auf den Schalker Markt im Jahr 1895. Im Hintergrund zwei der bedeutendsten Gründungen Friedrich Grillos: die Zeche Consolidation, Schachanlage 1/6, und Grillo-Funke. (1895)

Schalke ein Gaswerk für die Gasversorgung der Industrie und die wachsenden Gemeinden und gründete, zunächst vor allem im Interesse der Industrie, das »Wasserwerk für das nördlich-westfälische Kohlenrevier« (später »Gelsenwasser«).

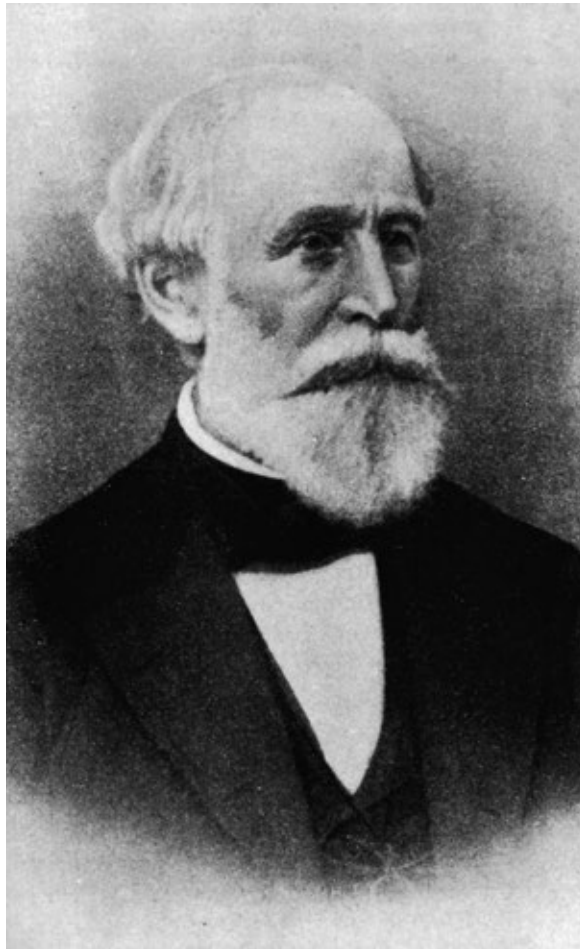
Im Unterschied zu zahlreichen anderen Unternehmerpersönlichkeiten des Ruhrgebiets blieb Friedrich Grillo seinen Unternehmensgründungen nur relativ wenig verbunden. Er verfolgte nicht zielstrebig ein einziges Werk, sondern stürzte sich immer wieder in neue Gründungen und (Finanz-)Transaktionen, was auch die große Anzahl seiner Gründungen erklärt. Friedrich Grillo war also stärker »Finanzmann« und Spekulant und als solcher Unternehmensgründer, als dass er »Unternehmenslenker« im eigentlichen Sinne war. Friedrich Grillo interessierten vorrangig recht kurzfristige Spekulationen und die damit verbundenen Gewinne. Neben den Technikern sowie den Bau- meistern und Ahnherren großer Konzerne steht Friedrich Grillo für einen dritten Typ von Unternehmerpersönlichkeiten im Ruhrgebiet, der erstaunlich denjenigen ähnelt, die in der Gegenwart dem shareholder value nachjagen. Friedrich Grillo starb am 16. April 1888.

Kapitel 8

William Thomas Mulvany

Ein für das ganze Ruhrgebiet wichtiger Organisator von Schwerindustrieunternehmen war William Thomas Mulvany. Er wurde am 11. März 1806 in Sandymount bei Dublin als ältestes von sieben Kindern des Direktors der Royal Hibernia Academy, Professor Thomas James Mulvany (1779–1845), und seiner Frau Mary (1779–1865) geboren.

Nach der Schulzeit studierte er zunächst an der Universität von Dublin Medizin (Trinity College). Da sein Vater sein Studium nicht weiter finanzieren konnte, ergriff er mit 19 Jahren den Beruf eines Landvermessers beim irischen Vermessungsamt. Gegen Mitte der 1830er Jahre wurde er Zivilingenieur beim Amt für öffentliche Arbeiten und bald darauf Bezirksingenieur in Limerick. Mulvany entwarf umfangreiche Pläne für den Bau von Entwässerungsanlagen, Uferschutzbauten und Stromregelungen. Seine Arbeit stand im Kontext der umfangreichen Regulierungsarbeiten für den River Shannon, die mit Projekten zur Verbesserung von Verkehr, Schifffahrt und Entwicklung der Landwirtschaft verbunden waren.



Portrait des
Bergbaupioniers
William Thomas
Mulvany
(1806–1885)

Aufgrund seiner Fähigkeiten, die er in zahlreichen Gutachten, Denkschriften und Berichten dokumentierte, wurde er 1839, nachdem das Shannon-Navigation-Gesetz verabschiedet worden war, einer der beiden Bezirksingenieure, denen die technische Leitung der Regulierungsarbeiten oblag. Nachdem er 1841 vom Amt für öffentliche Arbeiten den Auftrag zur Ausarbeitung von Parlamentsvorlagen für irische Entwässerungs- und Fischereigesetze erhalten hatte, ernannte man Mulvany 1842 zum Kommissar für Entwässerung und Inspektor für Fischerei mit Dienstsitz in Dublin. 1846 machte man ihn zum Kommissar der öffentlichen Arbeiten in Irland. Nach einem Regierungswechsel musste Mulvany 1853/54 seine Stellung aufgeben.

Der nach 27-jähriger Arbeit aus dem öffentlichen Dienst ausgeschiedene William Thomas Mulvany kam 1855 nach Deutschland und ließ sich in Düsseldorf nieder, während er wirtschaftlich im nördlichen Ruhrrevier tätig wurde. Mulvany hatte seine Chance erkannt, das technische und auch wirtschaftliche Know-how von England in das unterentwickelte Deutschland zu übertragen. Dabei war Mulvany selbst nicht der Techniker, sondern hauptsächlich der Organisator. Bevor Mulvany mit dem Aufbau der Zeche Hibernia begonnen hatte, war er ins nordenglische Kohlenrevier gereist, um Ingenieure und Bergleute anzuwerben.

Neben dem »Meisterabteufer« William Coulson holte Mulvany für die Aufbauarbeiten seiner Zechen auch eine Anzahl britischer Bergleute mit ihren Familien aus den nordostenglischen Kohlenrevieren ins Ruhrgebiet. Diese »frühen Gastarbeiter« übten vor allem qualifiziertere Tätigkeiten aus. Die britischen Bergleute lebten getrennt von der einheimischen Bevölkerung in eigenen Siedlungen. Für ihre Kinder standen in Gelsenkirchen bis 1873 zwei englische Lehrer in einer eigenen, wohl von Mulvany finanzierten Schule zur Verfügung, und für die Gottesdienste kam ein englischsprachiger Geistlicher aus Düsseldorf angereist. Bei den Einheimischen erregten nach der Überlieferung manche Gewohnheiten der Engländer Aufsehen: z. B. der



Zeche Hibernia um 1860. Die 1858 gegründete Zeche ist mit ihrer anfänglich primär englischen Belegschaft ein Beispiel für die Bedeutung des Transfers von Erfahrungswissen für die frühe deutsche Industrialisierung.

Verzehr von Weißbrot, Fleisch, Butter und Käse, während die Hauptnahrungsmittel der Einheimischen, Kartoffeln und Gemüse, selten genossen wurden. Weiter fielen schon der englische Sportsgeist und die in Deutschland noch weitgehend unbekannten Ballspiele und turnerischen Wettkämpfe auf. Eine Verbindung zum FC Schalke 04 lässt sich allerdings nicht nachweisen.

Nachdem die von Mulvany mit Hilfe weiterer britischer bzw. irischer Kapitalgeber gegründete Zeche Hibernia zum Erfolg geworden war, stürzte Mulvany sich in weitere Aktivitäten, z. B. die Bergbauprojekte Shamrock in Herne, Erin in Castrop-Rauxel, Hansa und Zollern bei Dortmund. William Thomas Mulvany betrieb aber nicht nur den Aufbau einzelner Zechen, sondern er sah seine Aufgabe als Organisator besonders auch im Ausbau der vielfältig miteinander vernetzten Montanindustrie. Grundgedanke des Zusammenschlusses mehrerer Zechen zu größeren Einheiten bzw. Bergbaukonzernen war die Überlegung, dass nur diese in der Lage sein würden, wirtschaftlich zu arbeiten und im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Im Jahr 1866 – wohl zu früh – unternahm Mulvany den Versuch, nach dem

ihm bekannten englischen Vorbild eine Verbundwirtschaft zwischen Kohle, Eisen und Stahl zu organisieren. Die von ihm initiierte »Preußische Bergbau- und Eisenwerksgesellschaft« (»Prussian Mining and Iron Works Company«) scheiterte aber in der als »Gründerkrise« bezeichneten wirtschaftlichen Abschwungsphase ab 1873 und ging 1876 in Konkurs. Einige Jahre später wurde im Kontext der Konzentrationsbewegung in der Ruhr-Montanindustrie verfahren, wie Mulvany es versucht hatte.

Die Aktivitäten Mulvanys blieben nicht nur auf das Ruhrgebiet und eigene Zechengründungen und Unternehmen beschränkt. Mulvany war einer der international tätigen Schwerindustriellen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. So trat er 1874/75 für einen Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationswege in Europa ein, der über nationale Grenzen hinweg insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung in Nord- und Osteuropa fördern und der Schwerindustrie neue Absatzmärkte sichern sollte. Mulvany vertrat vor dem »North of England Institute of Mining and Mechanical Engineers« die Vision einer durch wirtschaftliche Entwicklung zu erreichenden Überwindung nationaler Grenzen und eines dauerhaften Friedens. Der detailliert beschriebene Ausbau von bis zu vierspurigen und schon kreuzungslos vorgesehenen internationalen Eisenbahnlinien sollte die infrastrukturelle Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, internationalen Handel und freien Verkehr von Waren und Menschen sein.

Seine weitreichenden Vorstellungen brachte Mulvany auch in den Prozess der Entwicklung von Interessenvertretungen des Ruhr-Unternehmertums ein. Als am 17. Dezember 1858 der »Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund« gegründet wurde, wurde Mulvany in den ersten Vorstand dieses Verbandes berufen. Aufgrund seines Wirkens für die Interessen der Bergbauunternehmer verlieh der Verein 1880 Mulvany die Ehrenmitgliedschaft. Im Verein der Bergbauunternehmer bemühte sich Mulvany insbesondere um Fragen des Kohlentransports, der Frachttarife und damit eng

zusammenhängend um den Export der Ruhrkohle. So wie es der Zeche Hibernia unter Mulvanys Führung gelang, auf dem niederländischen Markt Fuß zu fassen, bemühte er sich zunächst, in Deutschland britische Kohleimporte zu verdrängen und dann auch Auslandsmärkte für die Ruhrkohle zu gewinnen.

Da insbesondere die Transportschwierigkeiten der Ruhrzechen und damit die Schwierigkeiten beim Kohleabsatz bzw. der -verteilung an die Verbraucher ein Kristallisationspunkt der Debatte um die Organisation der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen Rheinland-Westfalens waren, wurde William Thomas Mulvany Gründungsmitglied und erster Präsident des 1871 gebildeten »Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen«, des sogenannten Langnamvereins. Das Präsidentenamt hatte Mulvany bis 1883 inne. Als er schließlich abtrat, machte der Verein Mulvany zum Ehrenpräsidenten. Das Ansehen William Thomas Mulvanys unter den Ruhrindustriellen zeigte sich schließlich darin, dass seine Freunde aus dem Lager der Ruhr-Unternehmer am 17. März 1880, am 25. Jahrestag der Aufnahme seiner Arbeit in Gelsenkirchen zu seinen Ehren in der Tonhalle in Düsseldorf eine Feierstunde ausrichteten und eine Festschrift zur Würdigung seiner Verdienste herausgaben. Das zur Stadt aufgestiegene Gelsenkirchen ernannte Mulvany am gleichen Tag zu ihrem Ehrenbürger.

Als Vertreter der Schwerindustrie trat Mulvany auch für ein ausgesprochen scharfes Vorgehen gegen die entstehende Arbeiterbewegung ein. Anlässlich zweier Attentate auf den Kaiser im Mai und Juni 1878, die dann auch zur Begründung des Verbotes der Sozialdemokratie (Sozialistengesetz 1878–1890) herhalten mussten, berief der von Mulvany geführte Langnamverein kurzfristig eine Industriellenversammlung nach Düsseldorf ein. 600 Industrielle machten dort die Sozialdemokratie bzw. sozialdemokratisches Gedankengut für die Attentate verantwortlich, sagten »dem Sozialismus« den Kampf an und berieten entsprechende gemeinschaftliche Maßnahmen gegen

die Sozialdemokratie. Nur ansatzweise durch patriarchalische Vorstellungen eingeschränkt, vertrat Mulvany Vorstellungen eines nur durch Angebot und Nachfrage regulierten Arbeiter-Unternehmer-Verhältnisses.

Das erstaunliche an der Rolle Mulvanys im Industrialisierungsprozess und bei der Organisierung der Ruhrunternehmer ist eigentlich, dass hier ein Unternehmer mit ausländischem Pass Vertreter der Ruhrindustrie und Gesprächspartner der Regierungen wurde – in einem Zeitalter, das als durch Nationalstaaten geprägt angesehen wird.

Am 30. Oktober 1885 starb William Thomas Mulvany. Beerdigt wurde er in Düsseldorf.

Kapitel 9

Hugo Honigmann

Der Name der Zeche Hugo erinnert an Hugo Honigmann. Er stammte aus einer alten Bergmannsfamilie aus dem Mansfelder Revier. Hugo Honigmann wurde am 19. August 1833 in Essen geboren.

Selbst hatte er zunächst mit der Bergarbeit nichts zu tun. Er wurde Kaufmann und lebte in Brüssel und Paris. Auch war er Inhaber einer Buchhandlung in seinem Heimatort. Dort engagierte er sich dann auch im aufstrebenden Ruhrbergbau und errichtete bei der Zeche Matthias am Segeroth eine Koks-ofenanlage. Diese betrieb er einige Zeit selbst und verkaufte sie dann an die Zeche. Gleichzeitig beteiligte sich Hugo Honigmann an verschiedenen Zechengründungen, von denen die bedeutendsten wohl die Zechen Ewald und Hugo in Gelsenkirchen waren.

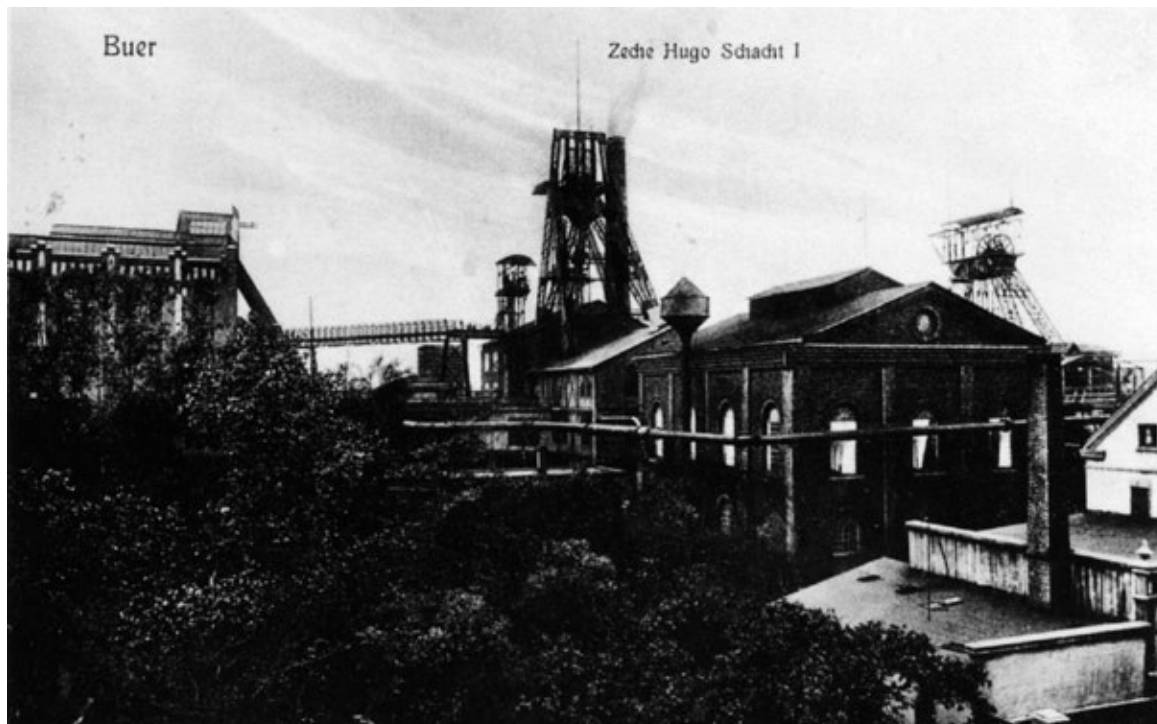
Insbesondere die Anfangsphase der Zeche Hugo zeigte, wie risikoreich die Investitionen in den Ruhrbergbau sein konnten: Diese Zeche entstand unter dem Namen Neu-Arenberg. Nach der Verleihung des entsprechenden Grubenfeldes im April 1870 wurde 1873 eine Gewerkschaft als Unternehmensform zur Ausbeutung der nachgewie-



Portrait des
Vorsitzenden der
Gewerkschaft
Hugo, Hugo
Honigmann
(1833–1879)

senen Kohlenvorräte gegründet. Hauptanteilseigner und Vorsitzender des Grubenvorstandes war Hugo Honigmann. Auf dem Feld mit dem Namen Neu-Ahrensberg in Buer wurde ab Mai 1873 ein erster Schacht niedergebracht, der erst 1877/8 förderte, nachdem man zur Bewältigung der Schwierigkeiten mit Fließsand und großen Wasserzuflüssen die Tübbings-Technologie zur Schachtabdichtung eingesetzt hatte.

Hugo Honigmann dürfte kaum mehr erlebt haben, dass die Zeche ihre Schwierigkeiten überwand. Er starb am 20. Mai 1879. Nach seinem Tod erfolgte 1881 die Neugründung der Zechengesellschaft als Bergwerks-AG, was die Kapitalmobilisierung verbessern sollte, und ein Besitzerwechsel, welcher auch zur Umbenennung dieser Schachanlage führte. Fortan nannte sich die Zeche in Buer »Hugo« und erinnerte an Hugo Honigmann, der sich trotz der Schwierigkeiten nicht von dem Aufbau der Zeche hatte abbringen lassen. Nachdem die Zeche Hugo zunächst in französische Hände übergegangen war, wurde sie zwischen 1893 und 1896 von der Harpener Bergbau-AG aufgekauft.



Schacht 1 der
Zeche Hugo im
Jahr 1912

III. Menschen in der Stadt

Da der Industrialisierungsprozess stetig neue Arbeitskräfte benötigte, wurde die Zuwanderung zu seinem wesentlichen sozialen Kennzeichen, besonders in der zuvor nahezu menschenleeren Emscherzone. Bis zur Gegenwart veränderte sich die Gelsenkirchener Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Konjunkturen und den damit verbundenen Wanderungsbewegungen immer wieder.

Kapitel 10

Zuwanderung

Vor dem Beginn der Industrialisierung lebten die wenigen Einheimischen im Raum Gelsenkirchen überwiegend von der Landwirtschaft, nur in den Kirchdörfern Gelsenkirchen und Buer arbeiteten einige wenige Handwerker.

Solange die Schachtanlagen abgeteuft wurden, waren nur wenige Arbeitskräfte nötig. Erst mit Beginn der Förderung stieg der Bedarf an Bergarbeitern. Die ersten Bergleute – abgesehen von einer Anzahl ausländischer Spezialisten – konnten aufgrund des Bevölkerungswachstums überwiegend in Rheinland und Westfalen geworben werden. Zu Beginn der Industrialisierung hatte die Bergarbeit auch noch den Charakter von Saisonarbeit. Die Zechen beschäftigten in den Wintermonaten, wenn die Nachfrage nach Kohle anstieg, wesentlich mehr Bergleute als im Sommer. Deshalb konnte die bäuerliche Bevölkerung Rheinland-Westfalens zunächst die Bergarbeit noch mit der Landwirtschaft verbinden. Beispielsweise nahmen viele Arbeiter der Zeche Consolidation den beschwerlichen Weg durch die sumpfigen Emscherniederungen von Buer nach Braubauerschaft auf sich. Bis zu den Gründerjahren stammten noch etwa 80% der Zuwanderer aus Rheinland und Westfalen.



Ein Gelsenkirchener Bauer (1951)



Schacht II und die
Gleisanlagen der
Zeche Consolida-
tion (1874)

Um 1871 war das einheimische Arbeitskräftepotential weitgehend erschöpft. Wegen der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Bergbau und des nach den Bergrechtsreformen sinkenden Ansehens des Bergarbeiterberufs verloren zudem die alten Bergarbeiterfamilien den Willen, ihre Söhne wiederum im Bergbau unterzubringen. 1893 waren nur 37,2 % der Bergarbeiter des Ruhrgebiets Bergarbeiterkinder. Überhaupt ist für den längeren Zeitraum der Geschichte des Ruhrbergbaus die Vermutung falsch, dass die Bergarbeiter ihre Söhne gerne auch in den Bergbau schickten – wenn sie so verfuhrten, dann nur mangels Alternative.

Arbeitskräfte mussten nun im ganzen Reichsgebiet rekrutiert werden. Zunächst kamen Zuwanderer insbesondere aus Hessen, Nassau und den Niederlanden. Zwischen 1865 und 1871 sollen 79 % der Zuwanderer im Raum Gelsenkirchen aus Rheinland und Westfalen, 7,7 % aus Hessen und 3,7 % aus den Niederlanden gestammt haben.

Die ersten polnischen Arbeiter wurden zu Beginn der 1870er Jahre von Bottroper Zechen angeworben. Kurz danach begann auch die Zuwanderung aus den preußischen Ostprovinzen (Posen, Schlesien, West- und Ostpreußen) nach Gelsenkirchen.

Allerdings verlief die Zuwanderung nicht kontinuierlich, sondern folgte der konjunkturellen Entwicklung. In der Folge der Krise nach dem Gründerkrach von 1873 stieg die Bevölkerung zunächst langsamer an. Die Depression und sinkende Löhne führten auch zu Abwanderungen. Allein von Herbst 1880 bis Herbst 1881 wanderten etwa 1.700 Personen aus dem Raum Gelsenkirchen nach Amerika aus.

Trotz der Schwankungen im Wanderungsprozess stieg im Norden des Reviers der Anteil der aus den Ostprovinzen zugewanderten Arbeitskräfte an der Einwohnerschaft rasch an. In Gelsenkirchen stammten 1880 nur ein knappes Drittel (32,21 %) der Einwohner aus der Gemeinde selbst, während ein weiteres Drittel (32,56 %) aus der Provinz Westfalen und schon ein weiteres Drittel (32,06 %) aus dem übrigen Preußen stammte. Der Großteil der Zuwanderung aus den preußischen Ostprovinzen ins Ruhrgebiet und hier besonders in den Norden und damit auch in den Gelsenkirchener Raum erfolgte aber erst ab den 1880er Jahren. 1890 waren 5 % der Bueraner und 6,9 % der Gelsenkirchener in den Ostprovinzen geborene Polen und insgesamt 22,3 % der deutschen Gelsenkirchener waren in den Ostprovinzen geboren. 1905 waren 26,3 % der ortsanwesenden Bevölkerung Gelsenkirchens in den deutschen Ostprovinzen geboren. 1907 stammten von 154.585 Einwohnern nur 59.612 aus Gelsenkirchen, 44.019 aus Rheinland-Westfalen, 3.496 aus Hessen-Nassau, Hessen und Waldeck, 34.325 aus den preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen, weitere 10.432 aus den übrigen Teilen Deutschlands und 2.701 aus dem Ausland, wobei unter den Fernwanderern der Anteil der Männer erheblich überwog, so dass in der Gelsenkirchener Bevölkerung 81.110 Männer nur 73.475 Frauen gegenüberstanden. Um die Jahrhundertwende existierten im Ruhrgebiet 19 sogenannte »Polen-

zechen« mit einem Anteil von über 50 % fremd- oder gemischtsprachiger Bergleute, darunter Consolidation mit 55,3 %, Hibernia mit 50,1 %, Wilhelmine Viktoria mit 52,2 %, Graf Bismarck mit 71 %.

Fremdsein war also das Schicksal der Mehrheit der Bewohner des Raumes Gelsenkirchen bis zum Ersten Weltkrieg.

Kapitel 11

Zuwanderung aus den Ostprovinzen als Suche nach besseren Lebenschancen

Die Anwerbung im Osten wurde angesichts der Erschöpfung der Arbeitskräfte reserven im engeren Umfeld des Ruhrgebiets von den Zechenherren gezielt betrieben. Die Montanindustriellen des Ruhrgebiets unterhielten in den preußischen Ostprovinzen Werbebüros oder entsandten Werbeagenten. Die Zeche Hibernia schickte beispielsweise Briefe an die Gastwirte der ostpreußischen Dörfer, in denen es hieß: »Streng vertraulich! Wir bitten die Herren Wirte, dafür zu sorgen, dass möglichst viele Arbeiter unter 26 Jahren, möglichst



Masurische Familie (undatiert). Die Masuren bildeten Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jh. eine der größten Gruppen eingewanderter Arbeiter in Gelsenkirchen.

unverheiratet, hierher ziehen. Für jeden aus Ihrer Ortschaft zuziehenden Arbeiter zahlen wir Ihnen MK 3,–.« Auch professionelle Werber zogen in die preußischen Ostprovinzen, hängten dort Werbeplakate aus, sammelten Auswanderungswillige und schickten sie mit Sonderzügen ins Revier.

Die Werbung der Ruhr-Industriellen war erfolgreich, weil die Lage der Menschen in den Ostprovinzen außerordentlich schlecht war. Dort hatten sich traditionelle landwirtschaftliche Produktionsweisen aufgelöst und im Zuge des Anstiegs der Bevölkerung waren die nordostdeutschen Regionen überbevölkert. Gerade in Preußens Osten verfügte die Masse der Bauern über ausgesprochen kleine Betriebe, während ein großer Teil der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen sich in der Hand weniger Großgrundbesitzer, der sogenannten Junker, befand. Um 1880 arbeiteten etwa 80 % der Bevölkerung der preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen bei äußerst schlechter Bezahlung als Lohnabhängige in der Landwirtschaft. Die verarmte Bevölkerung suchte nach besser bezahlter Arbeit, um dann Land erwerben und eine eigenständige Landwirtschaft betreiben zu können. Der deutsche Westen war nicht das einzige Ziel der Auswanderer: Bis 1914 gingen etwa genauso viele polnisch sprachige Einwohner Preußens in die USA wie ins Ruhrgebiet.

Die Hoffnung, das eigene Schicksal durch die Arbeit in der Ruhrindustrie zu verbessern, war durchaus real – das Ruhrgebiet war für Arbeitskräfte attraktiv: Die Bergarbeiterlöhne lagen zwischen 1890 und 1913 um etwa 25 % über dem Durchschnittslohn der Gesamtindustrie. Von 1888 bis 1913 wiesen die Bergarbeiterlöhne mit 2,72 % die höchste jährliche Wachstumsrate aller Industriegruppen auf. In der Eisen- und Stahlindustrie lagen die Durchschnittslöhne in Rheinland-Westfalen regional ab Ende der 1880er Jahre bis 1913 um über 10 Prozentpunkte höher als im Reichsdurchschnitt. Solche Lohn- und Lebensstandarddifferenzen boten also einen erheblichen Anreiz zum Verlassen der Heimat und zum Aufgeben

sozialer Bindungen. Hinzu kamen Abenteuerlust und die kolportierten Verlockungen des Stadtlebens. Einmal angestoßen, entfaltete die Wanderung von Nordostdeutschland ins Ruhrgebiet eine Eigendynamik, da die ersten Zuwanderer mit ihren Schilderungen aus dem Revier Verwandte und Bekannte nachzogen.



Kapitel 12

Herkunftsregionen der Zuwanderer im Industrialisierungsprozess

Ende des 19. Jahrhunderts umfasste Nordostdeutschland die preußischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien. Dort lebten als preußische Bürger Deutsche, Polen und Masuren.

Ostpreußen bezeichnete das Gebiet zwischen Weichsel und Memelmündung. Es erhielt seinen Namen nach den dort im Mittelalter lebenden Pruzzen. Ostpreußen war im 13. Jahrhundert vom Deutschen Orden erobert worden, der in dem pruzzischen Gebiet zahlreiche Dörfer und Städte gründete und das Land kolonisierte und christianisierte. Unter dem letzten Hochmeister des Deutschen Ordens Albrecht wurde das Gebiet 1525 unter Lehnshoheit Polens in das Herzogtum Preußen umgewandelt. Das Herzogtum Preußen wurde dann 1618 mit Brandenburg vereinigt und 1657/60 von der polnischen Lehnshoheit befreit. 1701 wurde das Land der Kurfürsten von Brandenburg mit Preußen zum Königreich. Nach der ersten polnischen Teilung 1772 und dem Erwerb Westpreußens setzte sich der Name Ostpreußen für die altpreußischen Gebiete durch. Ost- und Westpreußen wurden 1815 getrennt und dann wieder 1824/28 bis 1878 zur Provinz Preußen vereinigt, nach 1878 erfolgte wieder eine Aufteilung in Ost- und Westpreußen. Nach dem Ersten Weltkrieg kamen Teile Ostpreußens zu Polen (Gebiet um Soldau) und unter alliierter Verwaltung und ab 1923 zu Litauen (»Memelgebiet«). Die restlichen Teile Westpreußens wurden nach dem Ersten Weltkrieg Ostpreußen angefügt, 1939 bzw. im Zuge des Zweiten Weltkrieges kamen die nach dem Ersten Weltkrieg abgetrennten Gebiete wieder zu Ostpreußen bzw. zum Reich. 1945 wurde der nördliche Teil Ost-

preußens unter sowjetische, der westliche Teil unter polnische Verwaltung gestellt und die verbliebene deutsche Bevölkerung ausgesiedelt. 1990 wurde im Zusammenhang mit der Vereinigung von BRD und DDR der als Folge des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges entstandene Zustand endgültig bestätigt.

Westpreußen bezeichnete die Gebiete von Pommerellen, Kulm, Elbing, Christburg, Marienburg und die Hochstifte Kulm und Ermland, die der Deutsche Orden 1466 an Polen abtrat. 1659 wurde Westpreußen in das polnische Königreich eingegliedert. Im Zuge der ersten und zweiten Teilung Polens (1772 und 1793) fielen die westpreußischen Gebiete an Preußen, 1815 wurde nach dem Wiener Kongress Westpreußen wiedererrichtet. 1824/28 bis 1878 war Westpreußen mit Ostpreußen zur Provinz Preußen vereinigt, ab 1878 war Westpreußen wieder selbständige Provinz. Nach dem Ersten Weltkrieg fiel der größte Teil Westpreußens an Polen, nur die östlich der Weichsel gelegenen Gebiete blieben nach Volksabstimmungen als Regierungsbezirk Westpreußen beim Deutschen Reich bzw. bei der preußischen Provinz Ostpreußen. Im Zuge des Zweiten Weltkrieges kam Westpreußen wieder zum Reich (»Reichsgau Danzig-Westpreußen«). Nach 1945 kam das Gebiet unter polnische Verwaltung und bei der Vereinigung von BRD und DDR wurde das als Folge des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges zu Polen gekommene Gebiet 1990 endgültig als Teil Polens bestätigt.

Posen war im 10. Jahrhundert Sitz der Herzöge von Polen und



»Aus Posen
zugewandert«
(Postkarte, 1939)

polnisches Großherzogtum an der Warthe. 1779/93 fiel Posen an Preußen. Nach der Neuordnung Europas durch den Wiener Kongress wurde Posen zwischen Preußen und Russland geteilt, Preußen erhielt den Netzedistrikt und den Westteil bis zur Prosna, und Teile des Posener Gebietes wurden an die preußische Provinz Westpreußen angeschlossen. Das Großherzogtum wurde ab 1830 preußische Provinz. Nach dem Ersten Weltkrieg fiel Posen bis auf kleine westliche Randgebiete an Polen. Während des Zweiten Weltkrieges war Posen deutsch besetzt (»Reichsgau Wartheland«). Nach Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg fiel Posen wieder an Polen, was 1990 nach der Vereinigung von BRD und DDR endgültig bestätigt wurde.

Schlesien bezeichnete das Gebiet an der mittleren und oberen Oder. Seit dem Mittelalter wurde das Gebiet mehrfach geteilt und wieder zusammengeschlossen. Die verschiedenen Teile Schlesiens unterstanden unterschiedlichen Herrschaften (Polen, Böhmen, Brandenburg, Sachsen). Seit dem 16. Jahrhundert gehörte Schlesien zu Österreich und der Habsburger-Monarchie. Nach drei preußisch-habsburgischen Kriegen kamen gegen Mitte des 18. Jahrhunderts große Teile Schlesiens zu Preußen. Nach dem Wiener Kongress wurde die preußische Provinz Schlesien gebildet, die sich im Rahmen der Industrialisierung zu einer der reichsten Regionen Deutschlands entwickelte. Nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte unter weiterhin preußischer Herrschaft eine Teilung in Ober- und Niederschlesien. Die bei Österreich verbliebenen schlesischen Gebiete gingen zu kleineren Teilen an Polen und zu größeren Teilen an die Tschechoslowakei, dessen schlesische Gebiete im Rahmen nationalsozialistischer Expansionspolitik 1938 zum Sudetenland kamen. Die Teilung in Ober- und Niederschlesien wurde 1934/38 wieder aufgehoben und 1941 erneut unter Einbeziehung 1939 vom »Dritten Reich« angeeigneter Gebiete vorgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel Schlesien abgesehen von kleinen Gebieten westlich der Lausitzer Neiße, die an die DDR gingen, an Polen, was 1990 nach der Vereinigung von BRD und DDR endgültig bestätigt wurde.

Die »Ruhr-Polen«

Im Ruhrgebiet besteht die weit verbreitete Ansicht, dass es sich bei den Zuwanderern im Industrialisierungsprozess vornehmlich um »Polen« gehandelt habe. Namen, die auf »-ski« enden, weisen angeblich auf diese polnische Herkunft vieler Menschen im Ruhrgebiet hin. Diese Vorstellung ist nicht ganz richtig, da aus den preußischen Ostprovinzen ganz unterschiedliche Menschen ins Ruhrgebiet und auch nach Gelsenkirchen zuwanderten. Die Bevölkerungs- und Nationalitätenstatistik des Deutschen Reiches hielt die Herkunft der Menschen nicht eindeutig auseinander und ist daher teilweise irreführend. Ebenso wie in der öffentlichen Wahrnehmung wurde oft nicht zwischen Polen, Masuren und Kaschuben unterschieden. Bis zum Ersten Weltkrieg dürften nach den vorliegenden Schätzungen über 300.000 Polen vor allem ins nördliche Ruhrgebiet gekommen sein. Nicht berücksichtigt ist dabei eine große Anzahl von Zuwanderern ins Ruhrgebiet, die nur vorübergehend kamen und nach mehr oder weniger langer Zeit wieder in die alte Heimat zurückkehrten.

Die zuwandernden Polen, die bis 1918 nicht über einen eigenen Nationalstaat verfügten, kamen aus den vier preußischen Ostprovinzen. Bei den bis in die Gegenwart einfach als »Polen« bezeichneten Zuwandern handelte es sich also rechtlich um sogenannte Inlandspolen. Das preußisch-deutsche Ausländerrecht gestattete mit Ausnahme landwirtschaftlicher Saisonarbeit die Arbeit von »Auslandspolen« (aus Österreich-Ungarn und Russland) in Deutschland nicht. Im Unterschied zu den Zuwanderern der Gegenwart handelte es sich bei den Polen im Ruhrgebiet um preußische Staatsbürger, die einen deutschen Pass besaßen und sich in dem engen vom preußisch-

deutschen Obrigkeitsstaat gesetzten Rahmen auch politisch artikulieren konnten und durften.

Im Kreis Gelsenkirchen betrug der Anteil der fremdsprachigen Bergarbeiter an der gesamten Bergarbeiterschaft 1893 27,98 %. Bei der Betrachtung der Zuwanderung aus Nordostdeutschland darf also nicht vergessen werden, dass die fremdsprachigen Arbeitskräfte nur einen, wenn auch bedeutenden Teil darstellten und aus Nordostdeutschland eben auch viele deutschsprachige Menschen zuwanderten. Aber auch die deutschsprachigen Zuwanderer, die ja ebenfalls aus ländlichen Lebensverhältnissen stammten, standen vor ähnlichen Orientierungs- und Anpassungsproblemen wie die polnisch sprachigen Zuwanderer.

Mit der massenhaften Zuwanderung aus den vier Ostprovinzen ins Ruhrgebiet entstanden erhebliche soziale Spannungen, da die Zuwanderer in der neuen und fremden Umgebung eine eigene Subkultur herausbildeten und sich von der übrigen Bevölkerung separierten. Die Trennungslinien zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen wurden auch in Gelsenkirchen durch die Diskriminierung seitens der einheimischen oder bereits früher zugewanderten Bevölkerung verschärft, die in den Ruhrpolen von den Zechenherren angeworbene Lohndrücker sah. Dazu kam eine scharfe Überwachung durch die Polizei. Der Staat versuchte, allen »nationalpolnischen« Bestrebungen – auch präventiv – entgegenzutreten. Hierin zeigten sich die Konsequenzen der rigiden Nationalitätenpolitik des Deutschen Reiches. Massenausweisungen von Polen 1885, das Ansiedlungsgesetz, das den Aufkauf von Grund und Boden aus polnischem Besitz für eine deutsche Bauernkolonisation im Osten vorsah und den Bodenerwerb für Polen beschränkte, und die 1887 erlassenen restriktive Schulgesetze vergifteten das Klima zwischen Deutschen und polnischer Minderheit endgültig.

Die polenfeindliche Germanisierungspolitik in den Ostprovinzen fand ihre Fortsetzung im Ruhrgebiet: Neben dem mit aller Schärfe

angewandten Reichsvereinsgesetz, das in Versammlungen die Benutzung der deutschen Sprache vorschrieb und Jugendlichen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen untersagte, sah die Bergpolizeiverordnung des Oberbergamtes von 1899 vor, dass Beschäftigungsmöglichkeiten nur gegeben sein sollten, wenn eine Verständigung in deutscher Sprache möglich wäre, und verbot auch die Zweisprachigkeit von Aufschriften in den Bergwerken. In der Schulpolitik versuchte die Obrigkeit die Weitergabe der polnischen Sprache zu verhindern. Der staatliche Druck verschärfte die Gegensätze zwischen Deutschen und Polen, die sich nun bewusst bemühten, ihre polnische Nationalität zu wahren. Zu diesem Zweck wurden zahlreiche polnische Vereine gegründet. Beispielsweise grenzte sich die breite polnische Turnvereinsbewegung »Sokol« scharf von den natio-



Fahne eines
polnischen
Knappenvereins
im Ruhrgebiet
(1893)

nalistischen Vereinen der »Deutschen Turnerschaft« ab, die wiederum die polnischen Turner als »Reichsfeinde« sahen. Seit November 1901 bestand ein Sokol-Verein in Ückendorf. Einem dann im September 1904 gegründeten rheinisch-westfälischen Gauverband, der auf das Revier beschränkt wurde, gehörten dann Sokol-Vereine in Bismarck, Gelsenkirchen und Ückendorf an. Um den polizeilichen Auflagen zu entgehen, gemeinschaftlich aufzutreten, die eigenen Symbole auch öffentlich tragen und freie Reden halten zu können, wichen die Sokol für Turnfeste bis nach Holland aus (z. B. 1905 nach Winterswijk). 1909 wurde zur schärferen Überwachung der Ruhrpolen und ihrer organisatorischen Bestrebungen die »Zentralstelle für Überwachung der Polenbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet« gebildet, die sich bei Arbeitgebern für die Ausgrenzung der organisierten Polen einsetzte.

Nach dem Ersten Weltkrieg wanderten viele Polen aus dem Ruhrgebiet zurück in den neu geschaffenen polnischen Staat. Während der belgisch-französischen Ruhrbesetzung ließen sich weitere polnisch stämmige Bergleute für französische Zechen abwerben.

Kapitel 14

Masuren

Neben den polnisch stämmigen Zuwanderern kamen auch etwa 180.000 Masuren ins Ruhrgebiet. Auch in Gelsenkirchen stellten sie einen erheblichen Anteil der Zuwanderer. Polnischsprachige und katholische Zuwanderer konzentrierten sich nach der Jahrhundertwende offenbar besonders in Bottrop (Zuwanderer aus Oberschlesien bei Zeche Prosper), Herne, Recklinghausen und Bruch (Zuwanderer aus Posen auf den Zechen König Ludwig, Friedrich der Große, Shamrock, Pluto), evangelische Masuren in Gelsenkirchen und Watten-scheid. Es gab relativ enge Beziehungen zwischen bestimmten Abwanderer-Regionen und bestimmten Zuwandererregionen, weil die Zuwanderer sich offenbar im Ruhrgebiet zunächst Bekannte, Freunde und Verwandte als »Anlaufstellen« suchten. Für Gelsenkirchen lässt



Masurinnen auf dem Weg zur Kirche (undatiert)

sich eine Verbindung zu Allenstein und Ortelsburg feststellen, so dass die Stadt zeitweise mit dem Namen Klein-Ortelsburg belegt wurde.

Bei den Masuren handelte es sich um eine überwiegend evangelische Bevölkerungsgruppe. 1903 sollen beispielsweise auf Zeche Graf Bismarck 1.602, auf Consolidation 1.198, auf Rheinelbe 918, auf Hibernia und Wilhelmine Viktoria zusammen 861 und auf Ewald 1.193 Masuren gearbeitet haben. Im Jahr 1910 soll der masurische Anteil an der Gelsenkirchener Bevölkerung 16,2 % ausgemacht haben – angesichts der hohen Fluktuation unter den Bergarbeitern allerdings nur eine Momentaufnahme. Bei den Masuren handelte es sich um eine Bevölkerungsgruppe, die sich im Mittelalter in Ostpreußen aus Pruzzen, Masowiern und Deutschen formiert hatte und einen altpolnischen Dialekt sprach. Da seit Jahrhunderten unter preußischer Herrschaft lebend, waren sie überwiegend evangelisch, kronloyal und grenzten sich deutlich von den Polen ab. Selbst bezeichneten sich die Masuren als »Altpreußen«. Insbesondere die Sprache wie auch weitere kulturelle Formen erwiesen sich auch unter preußischer Herr-



Masurischer
Kleingärtner
(1936)

schaft als recht stabil. Die Verbindungen zum nördlichen Polen rissen mit der Zeit ab, wozu insbesondere die konfessionelle Spaltung beitrug.

Diese Konfliktlinie bestimmte wesentlich die das Verhältnis zwischen Polen und Masuren und prägte später auch die Zuwanderergesellschaft im Ruhrgebiet. Die Masuren zeigten sich, obwohl sie von den Behörden ähnlich wie die Polen behandelt wurden, aufgrund ihrer überlieferten preußisch-deutschen Grundhaltung integrationswilliger. Sie gaben eher ihren Rückkehrwunsch auf und holten ihre Familien in die neue Heimat nach. Allerdings blieben auch die Masuren als spezifische Gruppe der Zuwanderergesellschaft des Ruhrgebiets mindestens in der ersten Generation unter sich und bewahrten traditionelle Anschauungen und Verhaltensweisen. In einer Darstellung von Herbert Kirrinis über die Bevölkerungsstruktur der Emscherzone von 1965 heißt es:

»In der neugewählten Heimat des Ruhrgebiets zogen sich die Masuren – entgegen den Polen – vom öffentlichen Leben zurück. »Mischehen« blieben weit in der Minderzahl, und das Gefüge der Familien mit durchschnittlich 4–6, aber auch bis zu 10 Kindern, blieb fest. Zu den Eltern bestand ein fast patriarchalisches Verhältnis. Man lebte in den Zechenkolonien, ging zur Arbeit auf den »Pütt« und betätigte sich in der Freizeit im Schrebergarten. Die Gedankenwelt der ersten Ostpreußengeneration in der Emscherzone kreiste noch um Boden, Heimat und Religion. Die Frauen gingen mit dunklem Kleid und Schultertuch zur Kirche, tragen auch heute noch das schwarze Kopftuch. Das aus der Heimat mitgebrachte Gesangbuch wurde in ein weißes Taschentuch gewickelt. Bis der eigentliche Gottesdienst begann, wurden ein oder mehrere aus der Gemeinde vorgeschlagene Lieder gesungen. Überhaupt spielte sich das allgemeine Leben in einer durchaus religiösen Sphäre ab. Ein Gelsenkirchener Zeitungswerber erhielt einmal die charakteristische Antwort: »Wozu

brauch' ich Zeitung? Hab' ich doch Bibel.< Dieses intensive Leben in einer kirchlichen Ordnung ließ die Zuwanderer leicht in Extreme fallen. So entstanden neben den masurischen Gemeinden zahlreiche Sekten und Gebetsvereine, von denen viele heute noch existieren. Dazu kam es auch zur Gründung von evangelischen Arbeitervereinen. Gleichzeitig fand die deutsche Sprache immer mehr Eingang, und insgesamt muß man auch festhalten, daß sämtliche Vereinigungen dieser Art gerade auch in Zeiten turbulenter politischer Entwicklungen überspitztem Radikalismus vorbeugten und mäßigend wirkten.»

Im Unterschied zu den polnischen Zuwanderern kümmerte sich die Obrigkeit intensiv um die Integration der Masuren und förderte deren Treue zu Kaiser und Reich. Sie erhielten in den evangelischen Gemeinden masurischsprachige Geistliche, die sich etwa seit der Jahrhundertwende um diese Zuwanderergruppe kümmerten. 1907 gab es sieben masurischsprachige Geistliche in den evangelischen Gemeinden, darunter Oskar Mückeley, der langjährige Masurenseelsorger im Bereich Gelsenkirchens.



Masurinnen
vor der Kirche
(um 1925)

Zumindest teilweise wurde die protestantische Arbeiterschaft, die den nationalen, konservativen und im politischen Spektrum rechts angesiedelten Parteien anhing, durch die seit 1882 in Gelsenkirchen existierenden evangelische Arbeitervereine organisiert. Neben der Förderung einer christlichen Gesinnung, geselliger Unterhaltung und Belehrung wollten diese Vereine auch den Patriotismus ihrer Mitglieder fördern und »ein friedliches Verhältnis unter Arbeitgebern und Arbeitnehmern [...] pflegen«.

Werbe-Aufruf an die Masuren

(zitiert nach Josef Reding, Karl-Heinz Kirchhoff, Heinrich Husmann, Links der Lippe, Rechts der Ruhr, Gelsenkirchen 1969, S. 142 f.)

»Masuren!

In rheinländischer Gegend, umgeben von Feldern, Wiesen und Wäldern, den Vorbedingungen guter Luft, liegt ganz wie ein masurisches Dorf, abseits vom großen Getriebe, eine reizende, ganz neuerbaute Kolonie des westfälischen Industriegebietes. Diese Kolonie besteht vorläufig aus über 40 Häusern und wird später auf etwa 65 Häuser erweitert werden. In jedem Haus sind nur 4 Wohnungen, 2 unten, 2 oben. In jede Wohnung gehören etwa 3 bis 4 Zimmer. Die Decken sind 3 m hoch, die Länge bzw. die Breite des Fußbodens beträgt über 3 m. Jedes Zimmer, sowohl oben als auch unten, ist also schön groß, hoch und luftig, wie man sie in den Städten des Industriebezirks kaum findet.

Zu jeder Wohnung gehört ein sehr guter und trockener Keller, so daß sich die eingelagerten Früchte, Kartoffeln usw. dort sehr gut halten werden.

Ferner gehört dazu ein geräumiger Stall, wo sich jeder sein Schwein, seine Ziege oder seine Hühner halten kann. So braucht der Arbeiter nicht das Pfund Fleisch oder seinen Liter Milch zu kaufen. Endlich gehört zu jeder Wohnung auch ein Garten von etwa 23 bis 24 Quadratrußen. So kann sich jeder sein Gemüse, sein Kumpst und seine Kartoffeln, die er für den Sommer braucht, selbst ziehen. Wer noch mehr Land braucht, kann es in der Nähe von Bauern billig pachten. Außerdem liefert die Zeche für den Winter Kartoffeln zu niedrigen

Preisen. Dabei beträgt die Miete für ein Zimmer (mit Stall und Garten) nur 4 Mark monatlich, für die westfälischen Verhältnisse ein sehr niedriger Preis. Außerdem vergütet die Zeche für jeden Kostgänger monatlich eine Mark. Da in einem Zimmer 4 Kostgänger gehalten werden können, wird die Miete also in jedem Monat um 4 Mark billiger, ganz abgesehen davon, was die Familie an den Kostgängern selbst verdient. Die ganze Kolonie ist von schönen, breiten Straßen durchzogen, Wasserleitung und Kanalisation sind vorhanden. Abends werden die Straßen elektrisch beleuchtet. Vor jedem zweiten Haus liegt auch ein Vorgärtchen, in dem man Blumen und auch Gemüse ziehen kann. Wer es am schönsten hat, bekommt eine Prämie.

In der Kolonie wird sich in nächster Zeit auch ein Konsum befinden, wo allerlei Kaufmannsware, wie Salz, Kaffee, Heringe usw. zu einem sehr niedrigen Preise von der Zeche geliefert wird; auch wird dort ein Fleischkonsum errichtet werden. Für größere Einkäufe liegen Castrop, Herne, Dortmund ganz in der Nähe. Ledige Leute, die nicht in Privatkost gehen wollen, können in einer Menage zu sehr niedrigen Preisen wohnen und essen. Den Ankommenden wird in der ersten Zeit ein Barvorschuß, je nach Bedarf bis zu 50 Mark, gegeben.

Für Kinder sind dort Schulen gebaut worden, so daß sie nicht zu weit laufen brauchen, auch die Arbeiter haben bis zur Arbeitsstätte höchsten 10 Minuten zu gehen. Bis zur nächsten Bahnstation bracht man etwa 1/2 Stunde.

Wer sparsam ist, kann noch Geld auf die Sparkasse bringen. Es haben in Westfalen viele Ostpreußen mehrere tausend Mark gespart. Masuren, es kommt der Zeche vor allem darauf an, ordentliche Familien in diese ganz neue Kolonie hineinzubekommen. Ja, wenn es möglich ist, soll diese Kolonie nur mit masurischen Familien besetzt werden. So bleiben die Masuren unter sich und haben mit Polen, Westpreußen usw. nichts zu tun.

Jeder kann denken, daß er in seiner östlichen Heimat wäre. Es gibt Masuren, die bei der Zeche schon lange tätig sind und sich bei der

anständigen Behandlung wohl fühlen. Als Beweis wird in Masuren bald ein solcher Arbeiter als Zeuge erscheinen.

Jede Familie erhält vollständig freien Umzug, ebenso jeder Ledige freie Fahrt. Sobald eine genügende Zahl vorhanden ist, wird ein Beamter der Zeche sie abholen. Die Zeche verlangt für den freien Umzug keine Bindung, eine bestimmte Zeit dort zu bleiben, wie andere Zechen. Wem es nicht gefällt, kann von dort aus weiterziehen. Die Verwaltung der Zeche hofft aber, daß es den masurischen Familien so gut gefallen wird, daß sie ans Weiterziehen gar nicht denken werden, wenn erst die Briefe der Zugekommenen angekommen sind. Überlege sich also ein jeder die ernste Sache reiflich! Die Zeche will keinen aus der Heimat weglocken, auch keinen seinen jetztigen Verhältnissen entreißen, sie will nur solche ordentliche Menschen, die in der Heimat keine Arbeit oder nur ganz geringen Verdienst haben, helfen, mehr zu verdienen und noch extra zu sparen, damit sie im Alter nicht zu hungern brauchen. Vorgetäuscht wird durch dieses Plakat nichts; es beruht alles auf der Wahrheit.

Wer sich die Angelegenheit reiflich überlegt hat, sage dies seinem Wirt, bei dem das Plakat aushängt. Dieser schreibt dann an Herrn Wilhelm Royek in Harpen bei Bochum. Es werden dann in kurzer Zeit zwei Herren erscheinen, die das Nähere bekanntgeben werden. Jeder besorge sich gleich seine Papiere, Arbeitsbuch und Geburtsschein (Militärbuch genügt nicht). Diese Papiere werden von den beiden Herren gleich mitgenommen. Später kommt dann ein Beamter der Zeche, um die sich Meldenden abzuholen, da die Wohnungen erst Ende September bezogen werden können.«

Neue Wanderungsbewegungen

Infolge der beginnenden Rationalisierung in der Schwerindustrie während der 1920er Jahre kam die Bevölkerungsbewegung kurzzeitig zum Erliegen. Im Zweiten Weltkrieg wurden dann massenhaft Zwangsarbeiter aller Kategorien zur Aufrechterhaltung der Kriegsproduktion ins Ruhrgebiet deportiert. Die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, besonders aus Osteuropa, stellten einen hohen Anteil der Beschäftigten in den verschiedenen Industriezweigen – im Ruhrbergbau 38%, in der eisenschaffenden Industrie 33%, in der Metallwirtschaft 37,6%. In Gelsenkirchen schufteten zehntausende von Zwangsarbeitern.

Der Völkermord an den europäischen Juden traf auch die jüdische Bevölkerung Gelsenkirchens. Hunderte jüdische Menschen wurden aus Gelsenkirchen unter aller Augen in Ghettos und Vernichtungslager deportiert, Von den aus Gelsenkirchen geflohenen jüdischen



Lagerküche im
Zwangsarbeiter-
lager der Schacht-
anlage Holland/
Rheinlbe an der
Leithestraße 140
(Foto: Bergbau-
Archiv)

Bürgerinnen und Bürgern wurden viele aus anderen Orten und Ländern deportiert, wenn Ihnen nicht die Flucht aus dem nationalsozialistischen Einflussbereich gelungen war. Gelsenkirchen verlor eine ganze Bevölkerungsschicht, viele alteingesessene Familien und Geschäftsleute und auch die ostjüdischen Zuwanderer. Nur wenige Dutzend Überlebende kehrte, oft auch nur vor ihrer Auswanderung, nach Gelsenkirchen zurück.

Opfer der rassistischen Politik der Nationalsozialisten wurden auch Sinti und Roma, die einen Lebensmittelpunkt in Gelsenkirchen hatten.

Schließlich führte der vom »Dritten Reich« angezettelte Zweite Weltkrieg zu einer erheblichen »Durchmischung« der europäischen Bevölkerung durch Flucht, Vertreibung, Deportation und neue Grenzziehungen. Da für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg dringend Arbeitskräfte für den Ruhrbergbau und die Eisen- und Stahlindustrie benötigt wurden, bemühte man sich nach 1945 um »Neubergleute« und den Zuzug neuer Arbeitskräfte. So fanden viele Menschen aus allen Teilen Deutschlands nach Gelsenkirchen. Tausende von Heimatvertriebenen kamen im Lauf der Zeit in die Stadt und prägten die örtliche Bevölkerung mit.

Mit dem Erschöpfen der bundesdeutschen Arbeitskraftreserven Ende der 1950er Jahre und mit dem Ende der Zuwanderung aus der DDR nach dem Mauerbau 1961 mussten zunehmend ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden, die durch die Übernahme minderqualifizierter Tätigkeiten dem westdeutschen Arbeitskräftepotential den Weg in höherqualifizierte Arbeitsstellen öffneten. Viele Beschäftigte der Gelsenkirchener Wirtschaft stiegen so in Angestellten- und Leitungspositionen auf, während angeworbene Ausländer Arbeitertätigkeiten übernahmen. Bilaterale Abkommen über die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer wurden mit Italien (1955), Spanien (1960), Griechenland (1960), der Türkei (1961), Portugal (1964), Tunesien (1965), Marokko (1965) und Jugoslawien (1968) abgeschlossen.



Ankunft tunesischer Gastarbeiter am Hauptbahnhof Gelsenkirchen. Die Nordafrikaner waren durch die Zeche Consolidation angeworben worden. (1969)

Wiederum wurden – wie in Zeiten der Industrialisierung – die Menschen von den Unternehmen offensiv angeworben. In der Bundesrepublik stieg die Zahl ausländischer Arbeitnehmer von 260.000 im Jahr 1960 auf 2,6 Mio. zur Zeit des von der Bundesregierung erlassenen Anwerbestopps 1973. Während ein Teil der angeworbenen Arbeitskräfte nach vielen Jahren der Arbeit in Gelsenkirchen in die alte Heimat zurückkehrte und sich mit dem Ersparten eine bescheidene Existenz im Herkunftsland aufbaute, fanden andere in der Fremde eine neue Heimat – wie viele Polen oder Masuren vor ihnen. Die Zahl der Ausländer und der Ausländeranteil stiegen in den folgenden Jahren weiter an, weil viele der zugewanderten Arbeitskräfte ihre Familien nachholten und insgesamt die Familien der angeworbenen Arbeitnehmer deutlich höhere Geburtenraten aufwiesen als die übrige Wohnbevölkerung. Wie schon bei früheren Wanderungsbewegungen zeigte sich auch hier, dass man Arbeitskräfte angeworben und dabei übersehen hatte, dass man Menschen geholt hatte.



Türkische Berg-
leute beim Anset-
zen eines Stollen
(1969)

Im Ruhrgebiet wurden ausländische Arbeitnehmer vor allem vom Bergbau angeworben. 1982 betrug der Ausländeranteil an den Beschäftigten der Ruhrkohle AG 16,8%, 1989 dann 18,2%, unter Tage 1982 sogar 25,1% und 1989 26,2% – bei der Kohlegewinnung vor Ort, der härtesten Arbeit, sogar etwa 50%. In Gelsenkirchen lebten Ende der 1990er Jahre bei einer Einwohnerzahl von etwa 290.000 knapp 40.000 Menschen ohne deutschen Pass (= knapp 14%). Aufgrund der Familienstrukturen der nach Gelsenkirchen zugewanderten, meist jüngeren Menschen, ist der Gelsenkirchener Bevölkerungsteil ohne deutschen Pass durch größere »Jugendlichkeit« geprägt, so dass in den jüngeren Jahrgängen deutlich höhere Anteile von Menschen ohne deutschen Pass zu finden sind. Insgesamt trägt dieser Teil der städtischen Bevölkerung zur »Verjüngung« der infolge des Strukturwandels, der Arbeitsplatzverluste und des Geburtenrückgangs bei der deutschstämmigen Einwohnerschaft eher »alten« Stadtbevölkerung bei.

Die in der Gegenwart in Gelsenkirchen lebenden Menschen ohne deutschen Pass, ausländischer Herkunft oder mit sogenanntem Migrationshintergrund sind alles andere als eine einheitliche Gruppe: Schon die seit den 1960er Jahren angeworbenen »Gastarbeiter«, ihre Familien und deren Kindern erster und zweiter Generation, die jeweils auch eigene Identitäten ausbilden, sind keineswegs homogen.

Die größte Gruppe stellen die Türcinnen und Türken, insgesamt nahezu jeden 10. Gelsenkirchener Einwohner. Daneben finden sich z. B. »Gastarbeiter« und ihre Nachfahren aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Marokko, aus Spanien, aus Italien usw. Auch sozial verlaufen hier mehrfache Trennungslinien, beispielsweise zwischen dem aus der Türkei stammenden erfolgreichen Selbständigen, dem arbeitslosen und nur schlecht schulisch ausgebildeten Gastarbeiterkind, dem etablierten italienischen Restaurantbesitzer, dem türkischen Bergmann, dem ausländischen Spezialisten in der Gelsenkirchener Industrie oder dem erfolgreich im Dienstleistungsbereich arbeitenden Migranten dritter Generation.

Eine vielfach differenzierte Gruppe von Menschen ohne deutschen Pass sind Flüchtlinge mit einem definierten Rechtsstatus wie anerkannte Asylberechtigte oder sogenannte Kontingent-Flüchtlinge im Rahmen der EU-Flüchtlingspolitik bzw. internationaler Absprachen. Hinzu kommen Flüchtlinge, über deren weiteren Status in der Bundesrepublik im Rahmen der oft mehrjährigen Asylverfahren noch nicht endgültig entschieden wurden. Einen noch unsicheren Rechtsstatus haben die De-facto-Flüchtlinge, die praktisch die Bundesrepublik nicht verlassen und auch nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Sie sind Opfer einer konflikthafter Weltpolitik, die von zahlreichen Vertreibungsverbrechen und Fluchtbewegungen geprägt ist. Angesichts der Wohlstandsunterschiede haben auch weltweit legale und illegale Wanderungsbewegungen in die reicheren Staaten der Welt eingesetzt, die letztlich auf der legitimen Suche von Menschen nach ihrem persönlichen Überleben und Glück beruhen.

In Gelsenkirchen leben zudem viele Menschen aus anderen EU-Staaten, die aufgrund der fortschreitenden Integration Europas und der nunmehr durchgesetzten freien Bewegung von Waren, Dienstleistungen und Menschen im Ruhrgebiet arbeiten und hier auch als EU-Bürgerinnen und Bürger ein Wahlrecht haben.

Eine relativ große Gruppe, die vielfach trotz oft vorhandenem deutschen Pass als »Ausländer« wahrgenommen wird, sind die sogenannten Spätaussiedler, die als Nachfahren deutscher Familien aus Osteuropa in die Bundesrepublik kamen und teilweise nicht-deutschstämmige Verwandte mitbrachten. Wie bei Menschen anderer Nationalität bringen auch diese zugezogenen Menschen andere Lebens- und Verhaltensweisen mit nach Gelsenkirchen.

Ausweislich sozialer Strukturdaten sind die Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte zu Teilen als benachteiligt zu bezeichnen. Insbesondere gelingt es offenbar nur schwer, den Kindern und Jugendlichen eine ausreichende Bildungsbeteiligung zu verschaffen. Zahlreiche Jugendliche haben Schwierigkeiten im Bildungssystem und folglich bei der Suche nach einem kaum, einen qualifizierten Ausbildungsplatz. Das Sprachproblem vieler Kinder und Jugendlicher stellt hier eine wichtige, aber nicht die einzige Hürde dar. Die Folgen sind eine überdurchschnittliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit von Sozialleistungen.



Gemeinsame Broschüre des Türkischen Arbeitervereins und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Förderung der Bildungsmöglichkeiten der Kinder türkischer Eltern (1978)

So wie es keine einheitliche Gruppe von Zuwanderern in Gelsenkirchen gibt, ist auch die Bevölkerung mit deutschem Pass nicht homogen: Unterschiedliche Generationenerfahrungen, verschiedene Ausbildungsgänge oder neue und andere Lebens- und Verhaltensweisen prägen die Menschen. Wie schon zu Zeiten des Industrialisierungsprozesses ist die Gelsenkirchener Bevölkerung eine bunt zusammengewürfelte Mischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Erfahrungen und unterschiedlichen Lebensstilen. Diese Pluralität ist Ergebnis moderner wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller und politischer Strukturen. Das Zusammenleben ist nicht immer konfliktfrei und vielfach auch durch Vorurteile geprägt. Wie bereits während des Industrialisierungsprozesses wird das Zusammenwachsen der Bevölkerung Gelsenkirchens einige Zeit in Anspruch nehmen und Mühen und Toleranz erfordern.

IV. Ordnung der Stadt – kommunale Neuordnung

Als 1875 die Gemeinde Gelsenkirchen die Stadtrechte erhielt, betraf dies nur einen kleinen Teil des heutigen Stadtgebietes. In der Gegenwart sagen dazu manche »Altstadt« oder »Alt-Gelsenkirchen«. Es dauerte nach dem Beginn der Industrialisierung Jahrzehnte, bis Gelsenkirchen seine heutige Gestalt erhielt.

Entwicklung des Stadtgebietes

Gelsenkirchen ist ein typisches Beispiel verspäteter Stadtbildung. Es vergingen Jahrzehnte bis auch nur halbwegs einheitliche und leistungsfähige Verwaltungsstrukturen entstanden.

Nach der Neuordnung durch den Wiener Kongress (1815) hatte südlich der Emscher das Kirchdorf Gelsenkirchen mit den Gemeinden Heßler, Schalke, Braubauerschaft, Bulmke, Hüllen und Ückendorf zum Amt Wattenscheid im Landkreis Bochum im Regierungsbezirk



Das Gelsenkirchener Rathaus im Bau (1896)

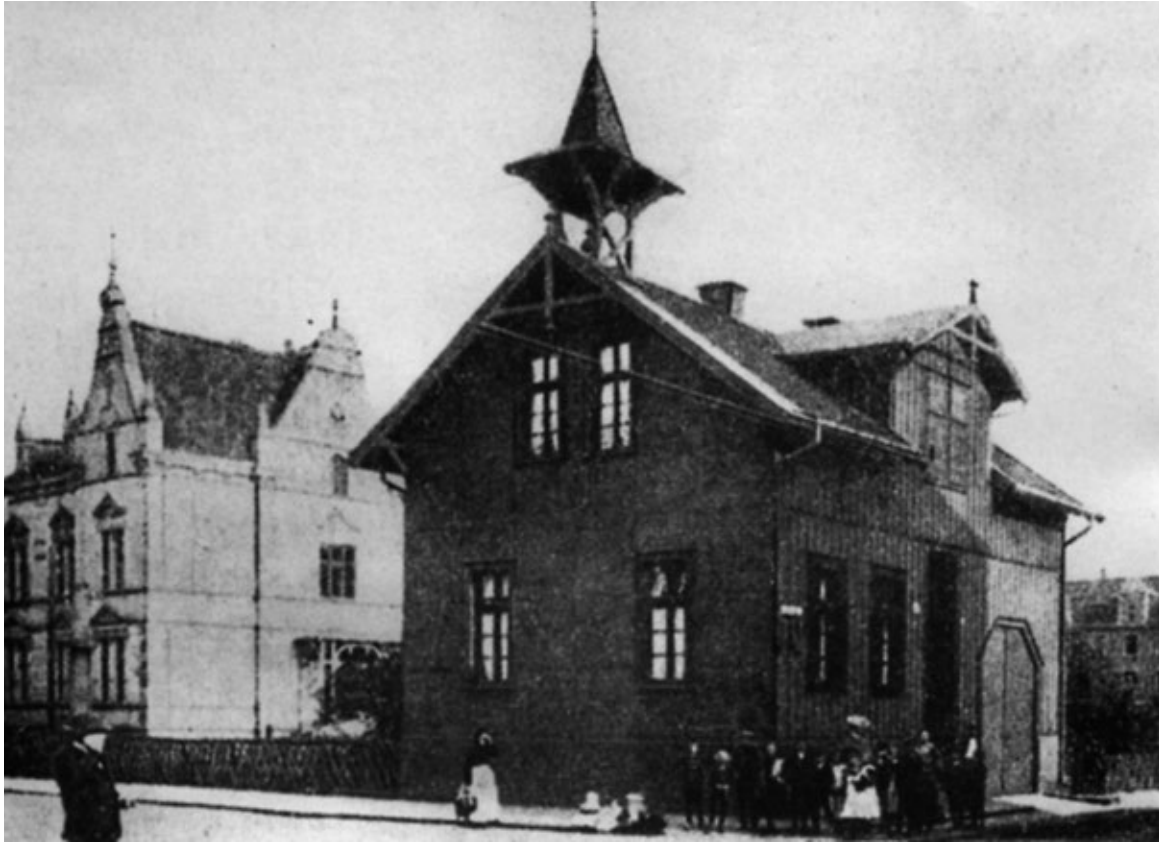
Arnsberg gehört. Rotthausen in der Bürgermeisterei Altenessen gehörte zum Kreis Essen im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Nördlich der Emscher gehörte das Amt Buer mit seinen Bauernschaften zum Landkreis Recklinghausen im Regierungsbezirk Münster.

Mit der Industrialisierung und dem Bevölkerungsanstieg wurde die verwaltungsmäßige Zersplitterung nicht etwa beseitigt, vielmehr versuchten die einzelnen Verwaltungseinheiten der Selbständigkeit zu erlangen. So wurde Gelsenkirchen 1868 mit den Gemeinden Heßler, Schalke, Braubauerschaft, Bulmke und Hüllen ein eigenständiger Amtsverband im Landkreis Bochum. Die Gemeinde Ückendorf verblieb zunächst beim Amt Wattenscheid.

Nach dem Scheitern einer gemeinschaftlichen Stadtbildung von Gelsenkirchen und Schalke wurde Gelsenkirchen allein am 29. November 1875 Stadt. Schalke wurde 1877 Amtssitz der verbliebenen Gemeinden Schalke, Heßler, Braubauerschaft, Bulmke und Hüllen. Am 1. September 1876 wurde Ückendorf aus dem Amt Wattenscheid herausgetrennt und bildete ein eigenes Amt. 1885 wurde aus dem Landkreis Bochum der Landkreis Gelsenkirchen herausgetrennt, der die Stadt Gelsenkirchen, das Amt Schalke mit den Gemeinden Schalke, Heßler, Braubauerschaft, Bulmke und Hüllen, das Amt Ückendorf, die Stadt Wattenscheid und das Amt Wanne umfasste. 1887 wurde das Amt Schalke wiederum unterteilt in ein Amt Schalke mit den Gemeinden Schalke und Heßler und ein Amt Braubauerschaft (ab 1900 Bismarck) mit den Gemeinden Braubauerschaft, Bulmke und Hüllen. 1896 schied die Stadt Gelsenkirchen als nunmehr eigener Stadtkreis aus dem Landkreis Gelsenkirchen aus. Erst 1903 wurden die umliegenden Gemeinden der Stadt Gelsenkirchen zugeschlagen und damit im Süden des Raumes Gelsenkirchen eine relativ einheitliche Struktur hergestellt.

1924 wurde der Stadt das zur Bürgermeisterei aufgestiegene Rotthausen angegliedert. Im Jahr 1928 wurden dann im Rahmen der



Amtshaus und
Polizeigebäude in
Rotthausen
(1910). Vor der
Angliederung an
Gelsenkirchen war
dies der Sitz der
Verwaltung Rott-
hausens.

kommunalen Neugliederung im Ruhrgebiet das 1911 zur Stadt avancierte Buer, die Stadt Gelsenkirchen und das 1891 geschaffene Amt Horst zusammengelegt. Von späteren unbedeutenden Grenzkorrekturen abgesehen, war damit das heutige Stadtgebiet entstanden.

Kapitel 18

Die Verleihung der Stadtrechte

Die Gemeinde Gelsenkirchen, die 1843 noch 653 Einwohner gezählt hatte, war mit dem einsetzenden Kohlenbergbau rasch gewachsen. Zu Beginn der 1870er Jahre überschritt die Bevölkerung der Gemeinde bereits die 10.000-Marke. Bei Erreichen einer solchen Einwohnerzahl konnten nach der entsprechenden Kommunalverfassung nun die Stadtrechte beantragt werden, wobei allerdings auch »städtisches Leben« in der Gemeinde – ein dehnbarer Tatbestand – feststellbar sein sollte. Einen Antrag auf Erhebung zur Stadt stellte die Gelsenkirchener Gemeindevertretung am 12. Mai 1873. Dem Antrag der Gemeindevertretung wurde von der preußischen Obrigkeit stattgegeben und so wurde Gelsenkirchen am 29. November 1875 Stadt.

Transkription der beglaubigten Abschrift des Landratsamtes in Bochum über der Verleihung der Stadtrechte für die Gemeinde Gelsenkirchen (Stadtarchiv, Ge IV/21/8, Bl. 54):



Das Stadtwappen der Stadt Gelsenkirchen als Ortseingangsschild (unbekannt)

»Auf den Bericht vom 29. November d(es) J(ahre)s will Ich der im Kreise Bochum gelegenen Gemeinde Gelsenkirchen die Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 hiermit verleihen und zugleich genehmigen, daß die genannte Gemeinde fortan auf dem Provinzial-Landtage von Westfalen im Stande der Städte vertreten werde. Ich überlasse Ihnen, hiernach, insbesondere wegen Ueberweisung der Gemeinde Gelsenkirchen an den Collectiv-Verband der Städte des Märkischen Wahlbezirks – Artikel II lit(tera): B. N(umer)o 4b der Verordnung vom 13. Juli 1827, Gesetz-Sammlung Seite 109 – das Erforderliche Ihrerseits zu verfügen.

Berlin, den 29. November 1875

(gez(eichnet)): Wilhelm.

*(g(egen)gez(eichnet)): Gr(af) Eulenburg
an den Minister des Innern. ad I. B.8572*

Für richtige Abschrift (:L(ocus) S(igilli):)

(gez(eichnet)): Grollmus

Geheimer Kanzlei-Direktor

Zur Beglaubigung vorstehender Abschriften.

(gez(eichnet)): Zoesinger

Regierungs-Secretair

Pro copia vera!

unleserliche Unterschrift

Kreissecretair«

Kapitel 19

»Preußens Wilder Westen«

Der Industrialisierungsprozess gestaltete die Dörfer auf dem Gebiet der späteren Stadt Gelsenkirchen fundamental um. Wohl nicht ganz umsonst sprach man manchmal auch über Preußens »Wilden Westen«, wenn man vor dem Ersten Weltkrieg die »boomtowns« in Rheinland und Westfalen meinte.

Wie es im Industrialisierungsprozess in diesen Kommunen auf dem Gebiet der heutigen Stadt Gelsenkirchen aussah, schilderte ein wissenschaftlicher Beobachter gegen Ende der 1920er Jahre für Buer im Jahr 1895, als diese Gemeinde schon über 16.000 Einwohner hatte, auf der Grundlage der zeitgenössischen Überlieferung (Theodor Feldhege in einer Dissertation über die Finanzwirtschaft in Buer):

Trotzdem der Kohlenbergbau schon seit einer Reihe von Jahren in einzelnen Randgebieten des Gemeindebezirks (Beckhausen: 1873/79, Erle: 1882/84) Einzug gehalten hat, trägt das 6.200 ha große Gemein-



Blick auf Buer
von Westerholt
aus (1880)

degebiet im Jahre 1895 immer noch den Stempel eines alten Ackerdorfes. Nur wenige öffentliche Gebäude (Amtshaus, die hölzerne Markthalle, 2 Schulgebäude und ein Spritzenhaus) tragen dem öffentlich-wirtschaftlichen Raumbedürfnis Rechnung [...]. Mehrere bereits in früheren Jahrzehnten erbaute Provinzialstraßen (Bochum-Dorsten-1820/34; Buer-Horst- 1848/50; Osterfeld-Recklinghausen-1868/78) tragen als chausseemäßig ausgebaute Durchgangs- und Zubringerstraßen gleichzeitig dem Buerschen Verkehrsbedürfnis Rechnung; an den Gemeindegrenzen vermitteln 2 kurze Kreisstraßen (Scholven-Marl-1869/72; »Hohes Schemm«-1873) und vereinzelte – nicht ausgebaute – Kommunalwege den Verbindungs- und Übergangsverkehr. Die wenigen durch Aschebelag notdürftig fahrbar gehaltenen Gemeindewege des inneren Gemeindebezirks warten ebenfalls noch auf ihren straßenmäßigen Ausbau; ihre Zahl ist im übrigen noch derart gering, daß ihnen zur Unterscheidung bis zum Jahre 1895 nicht einmal offiziell ein Name zugeteilt worden ist. Bei Dunkelheit werden die Hauptwege durch vereinzelt angebrachte



Blick in die Schalker Straße an der Beckeradsdelle (1905).
Der Aschebelag auf vielen Straßen in Buer war in Winter und bei feuchten Wetterverhältnissen oftmals kaum befahrbar.



Blick in die
Hochstraße
vom Restaurant
»Zur Börse«
in Richtung
Urbanuskirchplatz
(1900)

Öllampen spärlich beleuchtet. Eine planmäßige Reinigung oder Entwässerung ist den Buerschen Kommunalwegen fremd; die Niederschlag- und Schmutzwässer werden durch offene Gräben aufgenommen und in die das Gemeindegebiet durchziehenden größeren Dorfgräben geleitet. [...] Müllabfuhr, Straßensprengung und Wasserleitung sind für die damalige Zeit ebenfalls Luxus: Brunnen, Nachbarschafts- und Interessentenpumpen versorgen die Bevölkerung mit Wasser [...]. Die den Ortskern bildenden Häuser – mit ihren Schiefergiebeln und Vorgärten, Hausbänken und Bäumen – geben dem ›Städtebild‹ das typische Dorfgepräge, das durch Baupolizei oder planmäßige Vermessung kaum beeinflusst wird. Notdürftig aufgestellte Fluchtlinienpläne – von Bebauungsplänen ganz zu schweigen – haben fast nur theoretische Bedeutung; [...] selbst die Hauptverkehrsstraße (Hochstraße), die allein den Vorzug der Kopfsteinpflasterung besitzt, ist an verschiedenen Stellen auf 4 m eingengt. [...] Der Schnellverkehr zu den Nachbargemeinden liegt natürlich ebenfalls noch sehr im argen; Postkutsche und Fuhrwerksverkehr sind die Vorläufer der

heutigen modernen Verkehrsmittel; eine Straßenbahn berührt den Gemeindebezirk nicht; die den südlichen Zipfel des Gemeindegebiets durchschneidende, im Jahre 1880 erbaute Eisenbahnlinie Winterswyk-Wanne ist das einzige Beförderungsmittel, das nach langwierigem Fußmarsch bis zum abgelegenen Bahnhof eine schnellere Überwindung von Entfernungen gewährleistet.«

In der Stadt Buer konnten bis zum Ersten Weltkrieg an öffentlichen Einrichtungen nur 16 katholische und 13 evangelische Schulen mit 215 Klassen, der Schlachthof mit Kindermilchanstalt (1906–1908), die Sparkasse und das Versorgungsheim (1893 als Armenhaus gebaut, 1908 umbenannt) geschaffen werden. Der Rathausneubau war 1912 abgeschlossen. Durchschnittlich bildeten etwa 58 Kinder eine Schulklasse. Damit stellte sich die Situation noch besser dar als wenige Jahre zuvor, als bis zu 90 Kinder eine Schulklasse besuchten. Die Lage der Schulkinder in Buer war aber wesentlich schlechter als in anderen Großstädten.

Obwohl sie sich euphorisch als »Industriegroßstadt im Grünen« mit über 100.000 Einwohnern bezeichnete, verfügte die Stadt Buer bis zum Ende der 1920er Jahre über keine städtische Badeanstalt, keinen ausreichenden Saal, kein Berufsschulgebäude, keine ausreichenden Unterkunftsmöglichkeiten für Elementar- und höhere Schulen, kein Theater und immer noch keine vollständige Kanalisation.

Kapitel 20

Die Städtevereinigung und kleine Unterschiede

Über 80 Jahre nach der Zusammenlegung der Stadt Gelsenkirchen, der Stadt Buer und des Amtes Horst gibt es neben dem »Gelsenkirchener im allgemeinen« den »Gelsenkirchener im besonderen« und vor allem den »Bueraner als solchen«. Von Horst aus fährt man »in die Stadt«, wenn man nach »Alt-Gelsenkirchen« fährt und jeweils von und nach Gelsenkirchen bzw. Buer »über die Emscher bzw. den Kanal«. Auch wenn es sich schlecht greifen lässt und immer wieder auch geleugnet wird, gibt es da etwas zwischen Süd und Nord.

Was macht den Unterschied?

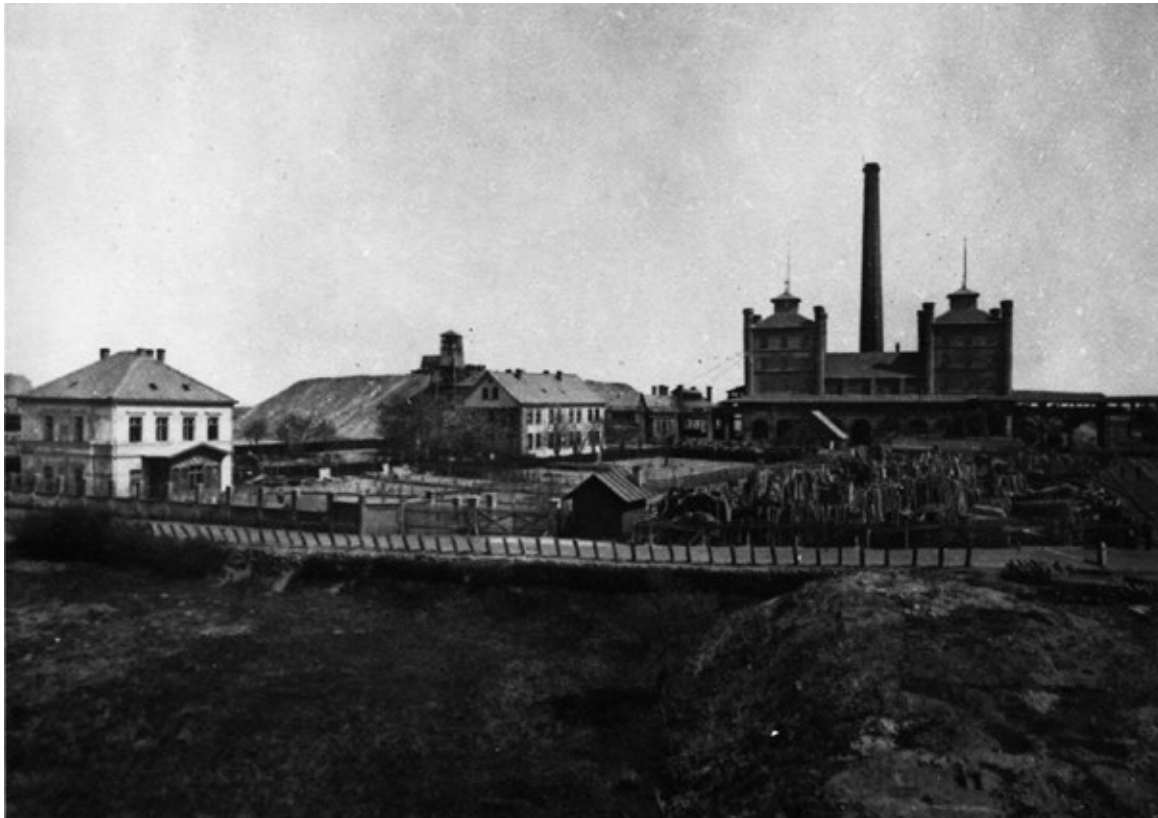
Neben den schwer greifbaren Mentalitätsunterschieden lassen sich zunächst Unterschiede in der Gestalt der beiden Stadtzentren ausmachen, die auf die Unterschiede in der Industrialisierungsgeschichte zurückzuführen sind. Buer war schon ein recht großes und in seinem Kern gewachsenes Dorf, als es von der Industrialisierung erfasst wurde, während die viel kleinere Gemeinde Gelsenkirchen kaum einen Dorfkern herausgebildet hatte und sogar so unbedeutend erschien, dass man den Bahnhof Gelsenkirchen 1847 etwa 700 m neben dem Dorf errichtete, das damit seine Bahnhofstraße erhielt. Hinzu kam, dass Gelsenkirchen Zechen und Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie erhielt, während Buer nur Zechenstandort, und das auch nicht im Ortskern, wurde. Gelsenkirchen wurde so viel stärker von Versorgungsleitungen der miteinander vernetzten Montanbetriebe durchzogen als Buer. Weiterhin war die Technik bereits weiter fortgeschrit-



Hauptbahnhof
Gelsenkirchen:
Stationsgebäude
(1902). In einiger
Entfernung ist der
Rand des Dorfes
Gelsenkirchen
erkennbar.

ten, als Buer etwa 20 Jahre nach Gelsenkirchen vom Bergbau ergriffen wurde. So errichtete man in Gelsenkirchen insgesamt auf eher kleineren Grubenfeldern Förderanlagen mit teilweise nicht allzu großer Leistungskraft, während in Buer gleich moderne Großschachtanlagen errichtet wurden. Die Fläche von Buer erhielt also weniger Übertage-Anlagen als Gelsenkirchen. Während in Gelsenkirchen also die ruhrgebietstypische Gemengelage von Industrieanlagen, Versorgungsleitungen, Verkehrswegen und Wohnungen sowie Siedlungen entstand, konnte in Buer gewissermaßen »ordentlicher« gebaut werden. Hinzu kam, dass im Buerschen Norden die drei Staatszechen Bergmannsglück, Scholven und Westerholt systematisch errichtet wurden und mit ihnen für die damalige Zeit mustergültige Siedlungen entstanden.

Neben den äußeren Unterschiede sowie einem in allen Stadtteilen zu beobachtendem Lokalpatriotismus wirkt zudem auch über 80 Jahre nach der Städtevereinigung untergründig fort, dass die Zusammenlegung mit Gelsenkirchen in bedeutenden Teilen der Bueraner Bevölkerung Ende der 1920er Jahre abgelehnt worden war.



Zeche Holland, Schacht I/II an der Ückendorfer Straße. Als eine der frühesten Gründungen erreichte die Zeche Holland nie die Größe der Grubenfelder im nördlichen Stadtbereich.



Blick in die Mühlenstraße in der Kolonie Bergmannsglück (1909). Die im Hintergrund erkennbare Zeche war um die Wende zum 20. Jh. mit ihren umfangreichen Grubenfeld und ihrer modernen Zechensiedlung der Prototyp einer Großzeche.

Die kommunale Neuordnung beschäftigte das preußische Innenministerium, die ganze Region Ruhrgebiet, die 1920 mit den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) eine erste administrative Klammer erhalten hatte, und insbesondere die Kommunen in dem ganzen Jahrzehnt von 1920 bis 1930. Zahlreiche Denkschriften gingen zwischen den verschiedenen Akteuren hin und her und begründeten meist Expansionswünsche der verschiedenen Städte. In der komplexen Diskussion bemühten sich natürlich alle Akteure in den Ruhrgebietsstädten darum, ihre jeweilige Stellung zu verbessern.

So wurde später dem Bueraner Oberbürgermeister vorgeworfen, er habe zur Städtevereinigung beigetragen, um Oberbürgermeister der größeren Stadt zu werden. Gegen die Behauptung, sich im Kontext der Städtevereinigung persönliche Vorteile verschafft zu haben, unternahm der Bueraner Oberbürgermeister Zimmermann juristische Schritte und bekam Recht. Die erste Forderung nach einer Zusammenlegung von Gelsenkirchen, Buer und Horst hatte denn auch der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Carl von Wedelstaedt 1921 erhoben, nachdem Gelsenkirchens Versuche, sich nach Süden auszudehnen, gescheitert waren.

In Buer war man von den Plänen des Gelsenkirchener Oberbürgermeisters zunächst wenig begeistert, wohl auch nicht der Oberbürgermeister von Buer.



Portrait des
Gelsenkirchener
Oberbürgermeis-
ters Carl von
Wedelstaedt
(1864–1959)

Erst 1925 kam es zu einem Spitzengespräch zwischen Vertretern Gelsenkirchens und Buers – und das auch nur um die Idee eines Zweckverbandes zu besprechen. Während zwischenzeitlich die Gemeinde Horst wegen ihrer nach der vorübergehenden Schließung der Zeche Nordstern katastrophalen wirtschaftlichen Lage eine Anlehnung an Buer suchte, gewann unter dem Einfluss des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk der Gedanke zur Vereinigung von Gelsenkirchen und Buer in der Neuordnungsdiskussion an Einfluss. In Buer wandte sich nun die katholische Zentrumsparterie mit ihren Stadtverordneten gegen die Städtevereinigung, die nun auch vom Bueraner Oberbürgermeister begrüßt wurde. Auch der Rat der Stadt Buer lehnte noch im Oktober 1927 nur gegen die Stimmen der Kommunisten die Städtevereinigung ab.

Die Zentrumsfraktion repräsentierte mit ihrer Haltung wohl eine Mehrheit der Buerischen Einwohnerschaft, die sich auf zahlreichen Bürgerversammlungen gegen die Städtevereinigung aussprach. Schließlich führte der »Allgemeine Verkehrsverein Buer« gar eine »Volksabstimmung« durch, bei der sich 60 % der wahlberechtigten Bürger Buers für die Selbständigkeit ihrer Stadt und gegen die Städtevereinigung aussprachen. Weil der Rat der Stadt Buer offensichtlich taktierte und auf den Faktor Zeit setzte und die Städtevereinigung nicht wirklich eindeutig ablehnte wie umgekehrt die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung der Städtevereinigung einmütig begrüßte, konnte der Bueraner Oberbürgermeister in einem Schreiben an den preußischen Finanzminister die Situation so interpretieren, dass »außer der Zentrumsparterie keine Gegner der Verschmelzung« existierten. Und so konnte schließlich nach weiteren Diskussionen, in denen die Gegner der Zusammenlegung von Gelsenkirchen, Buer und Horst nicht mehr wirklich zu Wort kamen, die Städtevereinigung durch das »Gesetz über die weitere Neuregelung der kommunalen Grenzen im westfälischen Industriebezirk« besiegelt werden.

Der Oberbürgermeister der alten Stadt Gelsenkirchen, Carl von Wedelstaedt, leitete in der Übergangsperiode nach der Städtevereinigung vom 1. April 1928 die Stadtverwaltung. Der über 60-jährige Carl von Wedelstaedt hatte es aber angesichts seines vorgerückten Alters abgelehnt, noch einmal als Oberbürgermeister für eine ganze Wahlperiode (12 Jahre) anzutreten. So war der Weg frei für Emil Zimmermann. Der vorherige Oberbürgermeister der Stadt Buer wurde am 27. Juni 1928 nach Absprachen aller in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien, außer den Kommunisten, zum Oberbürgermeister der neuen Stadt gewählt.

Nachdem Buer 1911 Stadtrechte erhalten hatte, war nach dem kommissarischen Bürgermeister und früheren Bueraner Amtmann August de la Chevallerie (12.3.1852–31.1.1915) zunächst Dr. Karl Russel (15.1.1870–4.1.1950) von 1912–1919 Bürgermeister. Ihm folgte Emil Zimmermann bis zur Städtevereinigung von 1928. In Rotthausen führte Heinrich Hohoff (9.4.1873–14.9.1939), der die Gemeindeverwaltung von 1906–1923 leitete, nach der rheinischen Gemeindeordnung den Titel Bürgermeister, während der Leiter der Gemeinde Horst in Westfalen den Titel Amtmann führte. Amtmänner in Horst waren Franz Heinrich Kranefeld (25.12.1855–3.9.1914) in den Jahren 1891–1914, Hubert Kalvelage in den Jahren 1915 bis 1919 und schließlich Dr. Wilhelm Schumacher (3.7.1883–8.3.1947) bis zur Zusammenlegung von Buer, Gelsenkirchen und Horst.

Die Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen seit 1877

1877–1900	Wilhelm Vattmann	(3.8.1847–12.4.1912)	Zentrum
1900–1919	Theodor Machens	(11.10.1861–17.2.1932)	Zentrum
1919–1928	Carl von Wedelstaedt	(14.6.1864–6.2.1959)	keine Angaben
1928–1933	Emil Zimmermann	(13.4.1884–8.2.1951)	Deutsche Demokratische Partei
1933–1945	Carl Böhmer	(15.12.1864–12.11.1960)	NSDAP
1945–1946	Emil Zimmermann	(13.4.1884–8.2.1951)	FDP
1946–1963	Robert Geritzmann	(9.2.1893–12.9.1969)	SPD
1963–1969	Hubert Scharley	(11.2.1905–23.8.1969)	SPD
1969–1975	Josef Löbbert	(26.5.1916–22.2.1996)	SPD
1975–1989	Werner Kuhlmann	(27.2.1921–22.5.1992)	SPD
1989–1996	Kurt Bartlewski	geb. 13.1.1930	SPD
1996–1999	Dieter Rauer	geb. 2.12.1950	SPD
1999–2004	Oliver Wittke	geb. 24.9.1966	CDU
ab 2004	Frank Baranowski	geb. 17.6.1962	SPD

Kapitel 21

Der erste Oberbürgermeister in bundesrepublikanischer Zeit

Robert Geritzmann (1893–1969)

Der erste gewählte Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen nach der Befreiung vom Nationalsozialismus war Robert Geritzmann. Er folgte Emil Zimmermann nach, den die Briten im Mai 1945 ernannt hatten. Zimmermann war nach der Befreiung vom Nationalsozialismus gewissermaßen wiedeingesetzt worden, nachdem er 1933 dem Nationalsozialisten Carl Böhmer hatte weichen müssen.

Auch Geritzmanns erste Wahl zum Oberbürgermeister war nicht durch demokratisch gewählte Stadtverordnete legitimiert, sondern erfolgte durch den von den Briten ernannten Bürgerrat, dessen Zusammensetzung berufsständische Elemente und die parteipolitischen Stärkeverhältnisse der Jahre vor dem »Dritten Reich« widerspiegelte. Die Briten hatten mit ihrer Verordnung 21 vom 1. April 1946 die revidierte deutsche Gemeindeordnung eingeführt, die in den Kommunen eine Doppelspitze aus dem politischen Repräsentan-



Portrait des
Gelsenkirchener
Oberbürger-
meisters von
1928–1933 und
1945–1946,
Emil Zimmermann
(1884–1951)

ten unter der Bezeichnung Oberbürgermeister und dem Chef der Verwaltung unter der Bezeichnung Oberstadtdirektor vorsah. Während Zimmermann nunmehr Oberstadtdirektor wurde, setzte sich Geritzmann nach zwei Wahlgängen und einer Stichwahl gegen den Vertreter der Christlichen Vereinigung, den Vorläufer der CDU, als Oberbürgermeister durch.

Erst nach der ersten Kommunalwahl vom Oktober 1946, die der SPD aufgrund des von den Briten verordneten Mehrheitswahlrechts eine übergroße Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung brachte, war Robert Geritzmann wirklich durch Wahlen legitimiert.

Robert Geritzmann war Bergarbeitersohn, geboren am 9. Februar 1893 in Essen-Überruhr. Er wurde der erste Oberbürgermeister, den die Gelsenkirchener Sozialdemokraten in der Geschichte der Stadt stellen konnten.

Im Jahr 1907 nahm Robert Geritzmann vierzehnjährig Arbeit in der eisenschaffenden Industrie Gelsenkirchens an. Als Metallarbeiter war er bis 1913 angestellt – dann wurde er zum Heeresdienst eingezogen. Wie viele aus seiner Generation kehrte er als »Schwerkriegsbeschädigter« aus dem Ersten Weltkrieg zurück und konnte seinem alten Beruf nicht mehr nachgehen.

Bereits vor dem Weltkrieg hatte Robert Geritzmann sich im sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiterverband gewerkschaftlich organisiert. Um 1910 war er auch in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eingetreten.



Portrait des ersten demokratisch gewählten Nachkriegsbürgermeisters der Stadt Gelsenkirchen, Robert Geritzmann (1893–1969)

Es ist anzunehmen, dass Robert Geritzmann auch schon vor dem Ersten Weltkrieg aktiv in einem Arbeitersportverein war, denn 1919 machten ihn die Vertreter der Gelsenkirchener Arbeitersportvereine, die nach der obrigkeitsstaatlichen Verfolgung im Kaiserreich nun in der Weimarer Republik einen ganz erheblichen Aufschwung erlebten, zum Vorsitzenden des »Arbeitersportkartells«, dem Zusammenschluss aller Sportvereine, die sich zur politischen Arbeiterbewegung bekannten, von den traditionsbewussten Arbeiter-Turnern über die Arbeiter-Radfahrer, die -Fußballer, -Athleten, -Tennisspieler und -Schachspieler bis hin zu dem Touristenverein »Die Naturfreunde«. Für diese Aufgabe war Robert Geritzmann die ideale Person, denn nach seiner Rückkehr aus dem Krieg wurde er nach vorübergehender Arbeit in verschiedenen Berufen Geschäftsführer und Wirt im Gelsenkirchener Gewerkschaftshaus. Traditionsgemäß waren die Gewerkschaftshäuser und deren Gastwirtschaften wichtige Treffpunkte der organisierten Arbeiterschaft und zentrale Orte der Kommunikation. Die relativ herausgehobene Stellung, die Robert Geritzmann in der Sozialdemokratischen Bewegung Gelsenkirchens einnahm, wurde auch daran deutlich, dass ihn seine Partei 1924, 1928 und 1929 als Kandidaten zu den Kommunalwahlen aufstellte. Ein Mandat erhielt Robert Geritzmann aufgrund der schlechten Wahlergebnisse der SPD in der Weimarer Zeit allerdings nicht.

Während des »Dritten Reiches« galt der Sozialdemokrat Robert Geritzmann den Nationalsozialisten natürlich als potentieller Gegner. Überwachungen der Gestapo brachten allerdings keine gerichtsverwertbaren Beweise über »staatsfeindliche« Betätigung, obwohl die weitere Tätigkeit Geritzmanns als Gastwirt die Möglichkeit bot, zu vielen in Gelsenkirchen gebliebenen Genossen den Kontakt aufrechtzuerhalten.

So ist es nicht ganz verwunderlich, dass Robert Geritzmann sofort nach der Wiedergründung der SPD nach der Besetzung Gelsenkirchens zum Vorsitzenden der Alt-Gelsenkirchener SPD gemacht wurde

und schließlich auch zum Vorsitzenden der rasch gebildeten SPD-Unterbezirksorganisation (bis 1957), die das ganze Stadtgebiet umfasste. Bereits wenige Tage nach der Besetzung Gelsenkirchens, einige Wochen vor der offiziellen Kapitulation des Deutschen Reiches, hatte Geritzmann für die gerade erst wiedererstehende SPD vom Stadtkommandanten die Beteiligung an der Verwaltung der besetzten Stadt gefordert.

Angesichts seiner führenden Stellung in der wiederaufgebauten SPD war es nur selbstverständlich, dass Robert Geritzmann von seiner Partei für den Bürgerrat nominiert wurde und von den Briten schließlich auch in dieses Amt eingesetzt wurde. Als die Briten den ernannten Bürgerrat aufforderten, einen Bürgermeister zu wählen, der allerdings der Bestätigung durch die Besatzungsmacht bedurfte, wählte man am 15. März 1946 Robert Geritzmann. Das Amt des Oberbürgermeisters hatte Robert Geritzmann bis 1963 inne. Anfangs bedurfte er der jährlichen Bestätigung in seinem Amt, später alle zwei Jahre. 1963 trat Robert Geritzmann wegen seines fortgeschrittenen Alters zurück und machte Hubert Scharley Platz.

Ein großer Teil des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg wurde also von Robert Geritzmann begleitet. Für seine Verdienste wurde Geritzmann im April 1963 die Ehrenbürgerschaft der Stadt Gelsenkirchen verliehen.

Nach dem damaligen Verständnis war es nur konsequent, dass Robert Geritzmann auch weitere öffentliche Ämter wahrnahm. Sein wichtigstes Mandat war das im Bundestag: Jeweils bei Bundestagswahlen direkt im Gelsenkirchener Wahlkreis gewählt, gehörte Geritzmann dem Bundestag von 1949 bis 1961 an. Neben diesen Tätigkeiten, die es ermöglichten, auf verschiedenen politischen Ebenen für die Interessen der Stadt und ihrer Bürger aktiv zu werden, gehörte Geritzmann zahlreichen regionalen und überregionalen Gremien und den Aufsichtsräten mehrerer bedeutender Werke an.

Mittlerweile über 80 Jahre alt gehörte der ehemalige Oberbürgermeister als »elder statesman« auch noch in der Wahlperiode ab 1964 dem Rat der Stadt Gelsenkirchen an und konnte 1966 noch für 20-jährige Ratsarbeit geehrt werden.



V. Baugeschichten



Errichtung von Werkssiedlungen und Kolonien

Wohnraum für die ersten zugezogenen Arbeitskräfte war knapp, teuer und oftmals ungesund. Ab Ende der 1860er Jahre sahen sich die Industriebetriebe daher gezwungen, sich im Werkswohnungsbau zu engagieren, um überhaupt eine ausreichende Zahl von Arbeitskräften anwerben zu können und sich über die Koppelung von Arbeits- und Mietvertrag einen relativ festen Stamm von Arbeitern zu sichern.

Eine geradezu stürmische Entwicklung des Siedlungsbaus setzte um 1870 ein, nachdem zuvor eher einzelne Werkswohnungen und Straßenzüge errichtet worden waren. Nach dem »Gründerkrach« (1873) folgte eine Phase, in der kaum Werkswohnungen errichtet



Wohnhäuser der Siedlung Vogelheide der Firma Boecker & Co. (Gutehoffnungshütte) in Schalke (1875). Der frühe Siedlungsbau in Gelsenkirchen wurde durch relativ einfache Ziegel- und Holzbauten im Stil damaliger landwirtschaftlicher Gebäude bestimmt.



Die Zechenkolonie
Ottilienau in
Ückendorf, die
später in Flöz
Dickebank umbe-
nannt wurde.
(1900)

wurden. Erst gegen Ende der 1880er Jahre konzentrierten sich die mittlerweile zu kapitalkräftigen Großbetrieben und -konzernen fortentwickelten Gelsenkirchener Firmen der Montanindustrie erneut auf den Werkswohnungsbau. Viele weitere Siedlungen folgten in der Hochindustrialisierungsphase seit den 1890er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg.

Solche geschlossenen Siedlungen in Gelsenkirchen waren beispielsweise die Alte Kolonie Alma neben der Zeche (1869–1873), die Ottilienau (Flöz Dickebank) nahe bei Rheinelbe und Alma (1872–1875), die Kolonie Dahlbusch bei Schacht 2 dieser Zeche am Hörde-
weg (1873), die Kolonie Kesselfabrik in Bulmke (1870er Jahre, besteht nicht mehr), die Kolonie Sophienau am Schacht Consolidation 2 (1872, besteht nicht mehr), die Funkenburg an der Grillo-
straße (1885), die Kolonie Grillo an der damaligen König-Wilhelm-
Straße (1871), die Häuser der Glas-Manufaktur neben dem Betrieb (1873), die Siedlung der chemischen Fabrik (1873, besteht nicht mehr), in Heßler die drei Kolonien der Zeche Wilhemine Viktoria an Schacht 1 (1873, besteht nicht mehr) und die Siedlung Klaphecken-
hof am Schacht 2 (1872 und 1881) sowie die Siedlung Grawenhof



Blick auf die Kolonie »Im Sundern« der Zeche Graf Bismarck, Baujahr 1925/1926, Sandkasten mit Kindergruppe (1935). Die Konstruktion neuerer Arbeitersiedlungen wie der Abgebildeten zielte unter anderen auf eine effiziente Nutzung des zur Verfügung stehenden Raumes ab.

bei Schacht 2 (1885). Dazu kamen noch die Haverkampsiedlung (1881–1890) der Wanner Zeche Unser Fritz und die Siedlung Parallelstraße der Zeche Graf Bismarck.

Im Norden des Gelsenkirchener Raumes bestanden bei der Schachtanlage Graf Bismarck 2 die Kolonie Auguststraße und bei der Zeche Hugo Kolonien an der Beckeradsdelle (1891), an der Hugostraße (1892) und am Schiefersberg (vor 1894). Insbesondere seit den 1890er Jahren wurden nicht mehr nur Werkswohnungen nach dem (bergschadenanfälligen) Reihungsprinzip errichtet, sondern ambitionierte Entwürfe ganzer Siedlungen als geschlossene und aufgelockerte Einheiten geschaffen. Beispiele durchaus unterschiedlicher Siedlungstypen sind in Gelsenkirchen die Neue Siedlung Alma (1907–1920) und in Buer die Schievenfeldsiedlung der Zeche Graf Bismarck (1912–1914), die Bismarcksiedlung, die Schüngelbergsiedlung bei Zeche Hugo und die noch vor dem Weltkrieg gebauten bzw. begonnenen Siedlungen der staatlichen Schachtanlagen wie die Bergmannsglücksiedlung, die Kolonie Scholven und in Horst die Johan-

nastraße. Bis 1922 wurden in den staatlichen Zechenkolonien im Norden über 4.000 Wohnungen errichtet, deren Bau den wohnungs-reformerischen Ideen der Zeit folgte. Dementsprechend finden sich beispielsweise bei den Zechen Scholven und Bergmannsglück mustergültige Siedlungen, die sich an Gartenstadt-Modellen orientieren.

Einige Großunternehmen bauten Kolonien nicht nur um ihre Arbeiter unterzubringen, sondern auch um sie zu kontrollieren. Siedlungen wurden als Teil der betrieblichen Sozialpolitik auch geschaffen, um die Arbeiterschaft sozialpatriarchalisch an Betrieb und Unternehmer zu binden, die enorme Fluktuation einzudämmen und das Aufkommen von Klassenkonflikten zu verhindern. In den von den industriellen Werken errichteten Siedlungen galten außerordentlich restriktive Hausordnungen, die die Arbeiterschaft gegen verderbliche Einflüsse abschirmen sollten. Die Verbindung von Arbeits- und Mietvertrag stellte dabei den sichtbaren Ausdruck der Reglementierung des Arbeiterlebens auch im Reproduktionsbereich dar. Praktisch



Arbeiterhaus in
der Kolonie
Bergmannsglück
(1909)

konnte man beispielsweise in einer Arbeitersiedlung kaum eine sozialdemokratische Zeitung oder bei einem streng protestantisch orientierten Unternehmer ein katholisches Arbeiterblatt beziehen, ohne aufzufallen und gemäßregelt zu werden.

Der oft an ländliche Wohn- und Lebensweise anknüpfende Baustil der Kolonien sollte schließlich auch äußerlich dazu beitragen, überlieferte patriarchalische Vorstellungen bei den Zuwanderern zu erhalten. Gewissermaßen wollte man so verhindern, dass aus den Zuwanderern aus dem agrarischen Osten im Westen selbstbewusste Arbeiter wurden, die sich möglicherweise weitreichende Rechte erkämpfen könnten. Praktisch entstanden aber mit den Kolonien berufs- bzw. betriebshomogene Wohngebiete, die Chancen der Solidarisierung und des Aufbaus informeller Solidarstrukturen schufen. Beispielsweise konnte sich über eine Zechensiedlung ein Streik rasch verbreiten. In den montanindustriellen Kolonien, in denen die Bewohner das gleiche Schicksal teilten, immer mit zu niedrigen Löhnen für zu viele Familienmitglieder auskommen zu müssen, entwickelten sich alltägliche Formen der Solidarität und der Selbsthilfe, die die Bewältigung des Alltags oft überhaupt erst möglich machten. Die Wohnweise der Ruhrbergarbeiter und der Bergarbeiterwohnungsbau behielten ihre Bedeutung bis in die Gegenwart. Auch die Internationale Bauausstellung Emscher Park (1989–1999) setzte in modernisierter Form den Gedanken der Kolonien fort, ergänzte Siedlungen wie beispielsweise die Bueraner Schüngelbergsiedlung oder schuf neue Siedlungen wie die Küppersbuschsiedlung.

Das Bergrevier Gelsenkirchen lag 1893 mit einem Anteil von Koloniebewohnern an der Revierbelegschaft von 13,35 % an der Spitze der Bergreviere im Oberbergamtsbezirk (Durchschnitt 6,71 %). Gegenüber den »offiziellen« Angaben lag der Anteil der Koloniebewohner an den Zechenbelegschaften wegen der ebenfalls in den Kolonien wohnenden, ebenfalls im Bergbau beschäftigten Bergarbeitersöhne und der Schlafgänger wesentlich höher. Vor dem Ersten Weltkrieg



Isometrische Ansicht der Gewerkschaft Orange, einschließlich Kessel-Kolonie, von dem Werler Industriemaler Adolf Stampfer. Anhand der Form der Kolonie zeigt sich deutlich die Intention der Bindung des Arbeiters an die Zeche. Die Siedlung bildet mit der Zeche eine Einheit und wird von dieser vom Rest des Stadtgebietes isoliert.

waren es dann im Bergrevier Gelsenkirchen 30,0% der Bergarbeiter, die in Kolonien und Werkswohnungen wohnten. Der überwiegende Teil der Bergarbeiterschaft und die weitaus meisten Metallarbeiter, deren Arbeitgeber sich im Siedlungsbau kaum engagierten, lebten aber in mehr oder weniger hässlichen, schlecht ausgestatteten und überfüllten Massenquartieren.

Die Kolonien wurden meist in unmittelbarer Nähe der Schachtanlagen errichtet, deren Standort meist wiederum überhaupt keine Rücksicht auf gegebene räumliche Strukturen genommen hatte. So wurden die Kolonien oft fernab von den vorhandenen Bauernschaften und Dörfern errichtet, was die soziale Distanz zwischen Einheimischen und zugezogenen Koloniebewohnern noch vergrößerte. Solche Segregationsprozesse wurden durch den Bau sozial homogener Siedlungen verstärkt, die soziale Differenzierungen räumlich sichtbar machten und somit Konflikte verschärfen konnten. Durch den spezifischen Industrialisierungstyp im späteren Ruhrgebiet entstanden also zunächst einmal weder räumlich-bauliche noch soziale Voraussetzungen zur Herausbildung von kommunalen Gemeinwesen. Die Ruhrgebietskommunen waren zunächst nur Ansammlungen von Industriebetrieben und Siedlungen.

Ein Beobachter (Theodor Feldhege in einer Dissertation über die Finanzwirtschaft in Buer) stellte Mitte der 1920er Jahre zu den Siedlungen der Zeche Hugo fest:

»Dagegen muß die Lage einzelner Straßen direkt am Werke im Tal, trotz des reichlich zur Verfügung stehenden günstiger gelegenen Baugeländes als gesundheitlich nicht ausreichend bezeichnet werden. Da im Norden die im Niveau erheblich höhere Stadtmitte gelegen ist, lagert sich hier besonders bei ungünstigem Winde und feuchter, nebliger Luft in den Straßen und Wohnungen die für die Gesundheit des Menschen unzuträgliche, mit chemischen Gasen von hohem spezifischem Gewicht überladene Luft ab. [...] Die Abwässer- und Fäkalientfernung entspricht erst seit den letzten Jahren infolge der Kanalisierung und Regulierung des Lanferbaches den hygienischen Anforderungen.«

Schlafgängerwesen

Da auch der umfangreiche Bau von Werkssiedlungen und Kolonien, die von der raschen Zuwanderung verursachte Wohnungsnot nicht kurzfristig beheben konnte, mussten die Zuwanderer andere Möglichkeiten suchen, im Ruhrgebiet »unterzukommen« ... Sie wurden oftmals zu »Schlafgängern«: So bezeichnete man meist junge zugewanderte Arbeitskräfte, die sich bei einer Arbeiterfamilie einmieteten, wobei oft nur ein Bett vermietet wurde oder untervermietete Zimmer mehreren Menschen zur Verfügung standen, die dort »zum Schlafen gingen«. Das Schlafgängerwesen war keineswegs grundsätzlich unbeliebt, da es einerseits für die jungen ledigen Zuwanderer das Wohnproblem löste und für sie eine Anlaufstelle bildete und andererseits die Quartiergeber bei den Mietkosten entlastete. 1888/89 sollen unter den etwa 40.000 Einwohnern von Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen 9.860 als Schlafgänger gelebt haben. Damit war der Höhepunkt erreicht.

In den Augen des herrschenden Bürgertums war das Schlaf- und Kostgängerwesen ein Hort der Sünde und Unsittlichkeit. Der Landrat des Kreises Recklinghausen, zu dem Buer und Horst gehörten, berichtete z. B. im November 1898 an den Regierungspräsidenten in Münster (Staatsarchiv Münster, Reg. M 5689):

»[...] Die Folge hiervon ist, daß auch die Wohnhäuser erheblich teurer sind wie früher und demgemäß die Wohnungsmieten hoch sind und fortgesetzt steigen. Die Arbeiter miethen daher nur die allernothwendigsten Räume, häufig bei zahlreicher Familie nur 2 Zimmer. Haben sie mehr Räume, dann werden Kost- oder Quartirgänger gehalten.



Blick in die Küche einer Arbeiterwohnung. Dieser Bereich diente oftmals ganzen Familien als Wohnraum (1920)

ten, um auf diese Weise einen Theil der Miethe wieder herauszuschlagen. Hierdurch geht dann der Vortheil der guten, gesunden Wohnung in Folge zu dichten Zusammenwohnens wieder verloren. Es kommt häufig genug vor, daß ein Zimmer als Wohn-, Koch- und Schlafraum für die aus mehreren Personen bestehende Familie dient. Die Nachweisung über das Kost- und Quartirgängerwesen ist beigefügt. Hiernach sind in 1.827 Quartiren 11400 Kost- und Quartirgänger untergebracht. Die Nachteile, welche das Kostgängerwesen im Gefolge hat, sind sehr große, namentlich in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung. Wo mehrere Kostgänger in einer Familie oder in einem Hause zusammenwohnen, werden in der Regel an den Sonn- und Feiertagen in der Wohnung des Kostgebers Saufgelage veranstaltet. Die Kostgänger lassen Bier und Schnaps heranholen; die Familie des Kostwirths trinkt natürlich mit. Fast jeder Bergmann hat eine Ziehharmonika; nun wird getrunken, gespielt und getanzt, bis alles drunter und drüber geht. Den Schluß bildet dann eine allgemeine Schlägerei, wobei häufig genug Messer und Revolver eine große Rolle spielen. Am tollsten gehts meistens bei den Polen zu. Die polnischen Frauen und

Mädchen tanzen mit den Kostgängern, häufig barfuß und nur nothdürftig bekleidet. Daß hierbei auch der Unsittlichkeit in hohem Maße gefrönt wird, ist unzweifelhaft. In besonders hohem Maße wird die Sittlichkeit dadurch gefährdet, daß die Kostgänger häufig die Nacht in ihrer Wohnung zubringen, während der Kostwirth Nachtschicht hat. Es tritt eine Annäherung zwischen den Kostgängern und der Ehefrau des Kostwirths und den sonstigen weiblichen Mitgliedern der Familie ein, die nicht ohne Folgen bleibt. Der Kostwirth verlangt die Entfernung der Kostgänger aus der Wohnung, die Frau widersetzt sich, und es treten die widerwärtigsten Familienszenen ein. Unter den Bergleuten hat man die Redensart: »sich mit voller Kost« einzuquartieren, d. h. mit der stillschweigend gegebenen Erlaubniß des geschlechtlichen Verkehrs mit der Frau. Von einer sittlichen Erziehung der Kinder kann selbstverständlich keine Rede sein, sie werden schon von frühester Jugend von Grund aus verdorben und der Unsittlichkeit in die Arme getrieben. Durch das Halten von Kost- und Quartirgängern werden die Wohnräume des Kostwirths, wie oben bereits erwähnt, derart eingeschränkt, daß dadurch der Gesundheit der Familie vielfach Abbruch gethan wird.«

Den beengten Wohnverhältnissen, den Familienverhältnissen, dem relativ geringen Alter der Einwohner und den intensiven Kommunikationsstrukturen im Produktions- und Reproduktionsbereich entsprach auch die Gestaltung der wenigen arbeitsfreien Zeit, die die (bürgerlichen) Gemüter dereinst aufregte: Der Gelsenkirchener Bürgermeister berichtete 1878 von der hohen Zahl der Wirthschaften und sprach von einem »Zustand, der selbstverständlich im Interesse der Moral und der Volkswirtschaft nicht länger geduldet werden darf«. Bis zur Gegenwart weist das Ruhrgebiet wohl im Verhältnis zu anderen Regionen der Bundesrepublik eine besonders hohe Kneipendichte auf und die Einrichtung der Trinkhalle ist vor allem im Ruhrgebiet verbreitet.

Das Gelsenkirchener Rathaus

Manchmal gelten in Städten die Gebäude als besonders markant, die es nicht mehr gibt.

So erinnern sich viele Menschen in Gelsenkirchen mit Wehmut an das abgerissene alte Bahnhofsgebäude, an dessen Stelle ein neuer Bahnhof errichtet wurde, der zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 wegen seiner mangelnden Funktionalität und seiner wenig ansprechenden Gestaltung erneut umgebaut wurde.

Neben dem alten Bahnhof, in den letzten Jahren seiner Existenz auch nicht gerade ein sehr ansprechendes Gebäude, ist ein weiteres



Der Umbau des
Bahnhofsvor-
platzes mit Blick
auf das neue
Bahnhofsgebäude
(1904)

abgerissenes, aber nicht vergessenes Bauwerk das alte Gelsenkirchener Rathaus, über das sich wohl auch geschmacklich streiten ließe. In der jungen Stadt Gelsenkirchen war schon länger über den Neubau eines Rathauses diskutiert worden, als viele Stadtverordnete am 21. Februar 1891 den Bau eines neuen Rathauses beantragten.

Wie es bei jungen aufstrebenden Kommunen üblich war, so auch wenig später in Buer, sollte für die Stadt ein Rathaus errichtet werden, das deren Größe und Bedeutung als eine der wichtigsten Kohlestädte des Kontinents symbolisierte.

Zu einem Architektenwettbewerb wurden 53 Entwürfe für ein Gelsenkirchener Rathaus eingereicht. Obwohl ein erster, ein zweiter und ein dritter Preis in dem Wettbewerb vergeben wurden, erschien in Gelsenkirchen keiner der Entwürfe wirklich umsetzbar. So beauftragte man einen der Preisrichter mit der Erarbeitung eines neuen Bauplanes, der letztlich sehr an den Entwurf der Gewinner des Architektenwettbewerbs erinnerte.

Am 25. Mai 1895 erfolgte der erste Spatenstich für das neue Gelsenkirchener Rathaus. Nach nur gut zweijähriger Bauzeit konnte das



Rathaus Gelsen-
kirchen mit Blick
in die Ahstraße
(1906)



Eröffnung des neuen Hans-Sachs-Hauses mit einem Tag der offenen Tür am Samstag, den 31. August und am Sonntag, den 1. September 2013

durchaus großzügige Rathaus eingeweiht werden. Nur etwa dreißig Jahre später wurde das Gelsenkirchener Rathaus von den damaligen Stadtvätern und -müttern als nicht mehr zeitgemäß angesehen. Wiederum wurde ein Architekturwettbewerb durchgeführt und schließlich das Hans-Sachs-Haus als neues Gelsenkirchener Rathaus errichtet.

Das alte Rathaus am Gelsenkirchener Machensplatz überließ man der Polizei, die schon seit der Errichtung des Gebäudes ihre Gefängniszellen im Keller des Verwaltungsbaus hatte. Das alte Rathaus, das im Zweiten Weltkrieg nur beschädigt, nicht zerstört wurde, diente auch in der Nachkriegszeit als Polizeigebäude. Im Rahmen der Neuordnung der Gelsenkirchener Innenstadt wurde das alte Rathaus 1970 abgerissen. An dessen Standort steht heute das Hamburg-Mannheimer-Hochhaus.

Bombennächte und Wiederaufbau

Die bauliche Gestalt der aufstrebenden Stadt Gelsenkirchen der Industrialisierungsphase ist heute kaum noch zu erkennen. Dies hat seine Ursache nicht nur in dem praktisch permanenten Wandel der Industrieanlagen, sondern auch in den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges.

In der ersten Kriegsphase war die Gelsenkirchener Bevölkerung noch kaum von direkten Auswirkungen des Krieges betroffen. Allerdings verschlechterte sich die Versorgungslage, und zahlreiche Gelsenkirchener verloren als Soldaten ihr Leben. Dies änderte sich ab Ende 1943. Bis dahin waren zwar bei über 100 Luftangriffen fast 400



Die zerstörten Anlagen der Hydrierwerk Scholven AG (1944)

Gelsenkirchener Bürger ums Leben gekommen, doch verstärkten sich nun die strategischen Luftangriffe gegen kriegswichtige Industrien, die in Gelsenkirchen konzentriert waren. Mitte Juni 1944 legten Bombenangriffe das Horster Hydrierwerk still; bis Kriegsende gelang die Wiederaufnahme der Arbeit trotz hohen personellen Einsatzes – auch und gerade von Zwangsarbeitern – nicht mehr. Das Hydrierwerk Scholven wurde am 19. Juli 1944 lahmgelegt. Der Schalker Verein, wo man u. a. Granaten herstellte, wurde durch mehrere Bombardierungen im Herbst 1944 stark zerstört, ebenso wurden große Teile der Werksanlagen des Mannesmannröhrenwerkes Grillo-Funke zerstört.

Besonders die beiden Tagesangriffe vom 6. November 1944 richteten große Verwüstungen an. Der größte Bombenangriff auf Gelsenkirchen war von den Alliierten allerdings durch abgeworfene Flugblätter und Rundfunkmeldungen angekündigt worden. Die Behörden der Nationalsozialisten hatten die Warnungen aber als feindliche



Zerstörte Ahstraße,
in der Bildmitte
die Propsteikirche,
rechts die Polizei-
wache (1945)

Propaganda abgetan. Gegen Mittag des 6. November, etwa um 14.00 Uhr, begann der Großangriff mit Spreng- und Brandbomben, die etwa 1.700 Bomber auf Alt-Gelsenkirchen abwarfen. Nach Ende des knapp einstündigen Angriffs bot sich den Gelsenkirchenern das Bild größter Zerstörungen. Die überall tobenden Brände konnten nicht gelöscht werden, da auch die Wasserversorgung an vielen Stellen unterbrochen war. Ein zweiter Angriff erfolgte dann gegen Abend um 19.15 Uhr.

Die Bilanz: In den Stadtteilen Altstadt, Bulmke, Hüllen und Schalke war kaum ein Haus noch unzerstört. Wasser-, Gas- und Stromversorgung und das Straßenbahn- und Straßennetz waren mehrfach unterbrochen. 518 Menschen starben im Bombenhagel, weit über tausend Gelsenkirchener wurden verletzt.

Weitere Bombenangriffe auf die kriegswichtige Industrie Gelsenkirchens folgten. Nach Tagesangriffen am 9. bis 13. November 1944 musste auch auf Zeche Graf Bismarck die Förderung stillgelegt werden. Durch Bombenangriffe wurden am 19. Februar 1945 die Schacht-



Zerstörter
Südflügel des
Hans-Sachs-Hauses
(1944)

anlagen 6 und 8 von Dahlbusch und deren Zentralkokerei lahmgelegt. Wegen der Bombenschäden musste Consolidation 1/4 1944 stillgelegt werden. Ein weiterer Großangriff auf Gelsenkirchen am 5. März 1945 richtete große Verwüstungen an und forderte zahlreiche Menschenleben. Am 19. März 1945 trafen Bomben das Hans-Sachs-Haus, die Südecke stürzte ein und 81 Menschen starben im Luftschutzkeller des Gebäudes. Insgesamt forderte der Krieg in Gelsenkirchen 3.092 zivile Opfer.

Durch die Auswirkungen des Krieges waren von dem Bestand des Jahres 1939 von 93.028 Wohnungen 70.744 Wohnungen beschädigt, davon 10.904 Wohnungen zu 41–60% und 12.021 Wohnungen zu über 60%. Bis Ende März 1950 waren erst etwa die Hälfte der beschädigten Wohnungen repariert worden.

So schlimm wie die Wohnungen hatte es die Industrie, die ja das eigentliche Ziel der Bombenangriffe gewesen war, nicht getroffen. Aufgrund des allgemeinen Eindrucks wurde das Ausmaß der Schäden an der Industrie überschätzt. Tatsächlich war die Substanz indus-



Bombenschäden am Schacht I/VI der Zeche Consolidation. Nur vergleichsweise geringe Schäden unter Tage trotz erheblicher Zerstörungen an der Oberfläche (1945)

triellen Anlagevermögens nicht entscheidend angegriffen. Beispielsweise befanden sich wichtige Anlagen bei den Bergwerken untertage, viele Übertage-Anlagen waren zudem nur begrenzt beschädigt. Die Industriekapazität wurde durch die Zerstörung der Verkehrswege und die verheerende soziale Lage der Arbeiter stärker beeinträchtigt als durch die Schäden an Produktionsanlagen. Dennoch nahmen die meisten Betriebe schon bald die Produktion wieder auf.



Das Gelsenkirchener Theater

Die Theatergeschichte in Gelsenkirchen ist lang und verwickelt und immer wieder von Rückschlägen gekennzeichnet. Allerdings hat das Theater mit seinem heutigen Gebäude, das in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre entstand, einen attraktiven und immer noch außergewöhnlich anspruchsvoll gestalteten Spielort erhalten, der das Stadtbild in der Innenstadt prägt.

Bereits seit 1950 wurde nach der Zerstörung der Stadthalle, dem früheren Spielort, über den Neubau eines Theaters diskutiert. Im Wiederaufbau war ein Theaterbau eine schwierige Frage, da sich angesichts begrenzter Mittel immer wieder die Frage stellte »Wohnungen oder Theater?«.



Vorstellung der Pläne und Modelle für den Bau des neuen Gelsenkirchener Theaters – Entwürfe des Architektenteams Münster (1954)



Feierlichkeiten zur
Grundsteinlegung
des Musiktheaters
(1956)

Die Gelsenkirchener Stadtverordneten entschieden sich für Wohnungen und Theater. Schon 1951 wurden Mittel für die Planung und den Grunderwerb für ein Theater im städtischen Haushalt bereitgestellt. Nach der Standortentscheidung wurde 1954 ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Nach der Entscheidung über das Architektenteam konnte am 22. Juni 1956 der Grundstein für das Gelsenkirchener Theater gelegt werden.

Die Urkunde zur Grundsteinlegung schildert den Theaterbau und die dahinterstehenden Beweggründe (Gelsenkirchener Blätter, 13/1956):

»Im letzten Jahr des zweiten Weltkriegs, am 6. November 1944, fiel die Gelsenkirchener Stadthalle, die als Haus des Gelsenkirchener Stadttheaters diente, den Bomben zum Opfer.

Nach dem Krieg ging die Stadt zunächst an den Wiederaufbau der Wohnungen. Die Verkehrslage der zerstörten Stadthalle, die durch den Anbau eines modernen Bühnenhauses zu einem Theater hergerichtet war, schloß den Wiederaufbau dieses Gebäudes aus. Im Zuge der Stadtplanung wurde der Platz am Alten Markt als günstigerer Ort



Eine aktuelle
Frontansicht des
Musiktheater
im Revier

für den Neubau der Städtischen Bühnen ausgewählt. Allen Bedenken und Einwendungen zum Trotz hat der Rat der Stadt einmütig den Bau eines würdigen Theaters für notwendig befunden. Nach sorgfältiger Prüfung verschiedener Entwürfe wurden am 24. Januar 1955 die Architekten Dipl.-Ing. Deilmann, von Hausen Rave und Ruhnau aus Münster beauftragt, dieses Haus zu bauen, dessen Grundstein heute gelegt wird.

Dieser stolze Neubau möge der schwer schaffenden Bevölkerung der Industriestadt Gelsenkirchen eine Stätte der Begegnung sein!. Als Bauwerk möge das neue Haus ein Zeichen unbeugsamen Lebens- und Kulturwillens der Stadt sein!

Möge Gott das Werk segnen und unsere Stadt beschützen!

Gelsenkirchen, den 22. Juni 1956, als Theodor Heuss Präsident und Konrad Adenauer Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Fritz Steinhoff Ministerpräsident und Paul Luchtenberg Kulturminister von Nordrhein-Westfalen waren.

*Geritzmann, Oberbürgermeister
Hülsmann, Oberstadtdirektor«*

Etwa zwei Jahre nach der Grundsteinlegung konnte das Richtfest gefeiert werden. Am 15. Dezember 1959 wurde das Theater feierlich eröffnet.

Die Gestaltung des Gelsenkirchener Theaters war baulich inspiriert durch die Vorstellungswelt des Bauhauses, wie sie Mies van der Rohe auch beim Mannheimer Nationaltheater umgesetzt hatte. Für die Ausgestaltung des Innenraums konnten avantgardistische Künstler wie Jean Tinguely, Norbert Kricke, Paul Dierkes und Yves Klein gewonnen werden.

VI. Politische Lager und Wahlen

Das Industriezeitalter, das in den Gelsenkirchener Raum hineinbrach, brachte nicht nur Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen mit sich, sondern wandelte auch die lokale politische Kultur. Schrittweise bildete sich ein industriegesellschaftliches politisches System heraus, das bis zur Gegenwart fortwirkt. Es entstand aus der gesellschaftlichen Differenzierung und Gruppenbildung entlang verschiedener Konfliktlinien. Letztlich bildete sich ein lokales Handlungsfeld und Parteiensystem mit besonderen Prägungen.

Gerade das Ruhrgebiet wurde durch eine scharfe politisch-kulturelle Spaltung in verschiedene politische Lager geprägt.

Politischer Katholizismus und 2-Lager-System

In den 1870er Jahren stieg zunächst der Politische Katholizismus zu einer starken politischen Bewegung auf. Im Zusammenhang mit dem gleichzeitig mobilisierend und integrierend wirkenden Kulturkampf mit dem preußisch-deutschem Obrigkeitsstaat konnte die katholische Kirche ein weit in das tägliche Leben hineinragendes Organisationsnetz aufbauen. Entlang der konfessionellen Konfliktlinie kristallisierte sich zunächst ein Zweilagersystem heraus. Neben dem katholischen Lager mit seinen vielfältigen Integrationsangeboten und seinem umfangreichen Vereinswesen bildeten die nicht-katholischen Gruppen ein zweites protestantisch-nationales Lager, das neben bürgerlichen Schichten auch national-sozialpatriarchalisch orientierte und protestantische Arbeiter band.



Jubilare des
Katholischen
Gesellenvereins im
Ketteler-Saal in
Horst (1933)

Wie die Zentrumspartei »politischer Ausschuss« des katholischen Lagers war, wurden die Nationalliberalen politischer Ausdruck dieses protestantisch-nationalen Lagers, dessen organisiertes Vorfeld z. B. in den vielen patriotischen Vereinigungen bestand. Zumindest teilweise wurde die nationale bzw. konservative protestantische Arbeiterschaft durch die seit 1882 existierenden evangelischen Arbeitervereine organisiert. Neben der Förderung einer christlichen Gesinnung, geselliger Unterhaltung und Belehrung wollten diese Vereine auch den Patriotismus ihrer Mitglieder stärken.

In Buer, das später von der Industrialisierung erfasst wurde und noch lange überwiegend katholisch geprägt blieb, konnten die protestantisch geprägten Nationalliberalen nur schwer Fuß fassen und blieben schwach.



Aushang des evangelischen Arbeitervereins Schalke in der Grillostraße 110. (1912)

Kapitel 28

Sozialdemokratie und 3-Lager-System

Für die Sozialdemokratie war vor allem der große Bergarbeiterstreik von 1889 ein Schlüsselereignis. Beeinträchtigt durch die behördliche Verfolgung unter den Sozialistengesetzen (1878–1890) und stets im Wettbewerb mit dem Sozialkatholizismus stehend, konnte die sozia-

Unterstützungsauf-
ruf des zentralen
Streikkomitees
an alle Gewerbe-
treibenden und
Arbeiter des rhei-
nisch-westfäli-
schen Kohlereviers
(1889)

An die Bürger und Gewerbetreibenden im rheinisch-westfälischen Kohlerevier.

Die unnochgiebige Gesinnung der Arbeitgeber hat die weitaus große Mehrzahl der Bergarbeiter in die **traurige Nothwendigkeit** versetzt, durch eine **allgemeine Arbeitseinstellung** ihr gutes Recht zu erzwingen. Wir sind entschlossen, in **streng gesetzlicher Weise bis zum Neuerhsten auszuharren**, damit die Lohnfrage endlich geregelt und uns ein halbwegs menschenwürdiges Dasein gesichert werde.

Indem wir hierzu übergangen, stützen wir uns in erster Linie auf unser **gutes Recht** und dann aber auch auf die **Sympathien**, welche der mit so vielen Tadeln an unsere materielle Existenz geknüpfte **Mittelstand** uns von jeher bewiesen hat. Wenn es dem Bergmann **gut geht**, hat auch der Gewerbetreibende reichlich zu leben. Wenn wir **darben**, wird auch der Mittelstand alsbald seinen Wohlstand gefährdet sehen. Mag daher auch mit Recht behauptet werden, daß ein erfolgreicher Verlauf der Lohnbewegung in erster Linie den **Bergleuten** zu Gute komme, so ist es doch auch nicht weniger wahr, daß unser Kampf, wenn er mit einem Siege endet, auch den **Gewerbetreibenden** im Kohlereviere reichliche Früchte zeitigen wird.

Unter diesen Umständen glaubt das unterfertigte Central-Comité seinen Fehlgriß zu thun, wenn es sich an die Bürger im Kohlereviere mit der Bitte um **materielle Unterstützung** wendet. Wir bitten in erster Linie die **kleinen Gewerbetreibenden**, welche mit unsern Kameraden bisher in geschäftlichem Verkehr gestanden sind, denselben **bis zur äußersten Grenze des Möglichen Zahlungsausstand** zu gewähren.

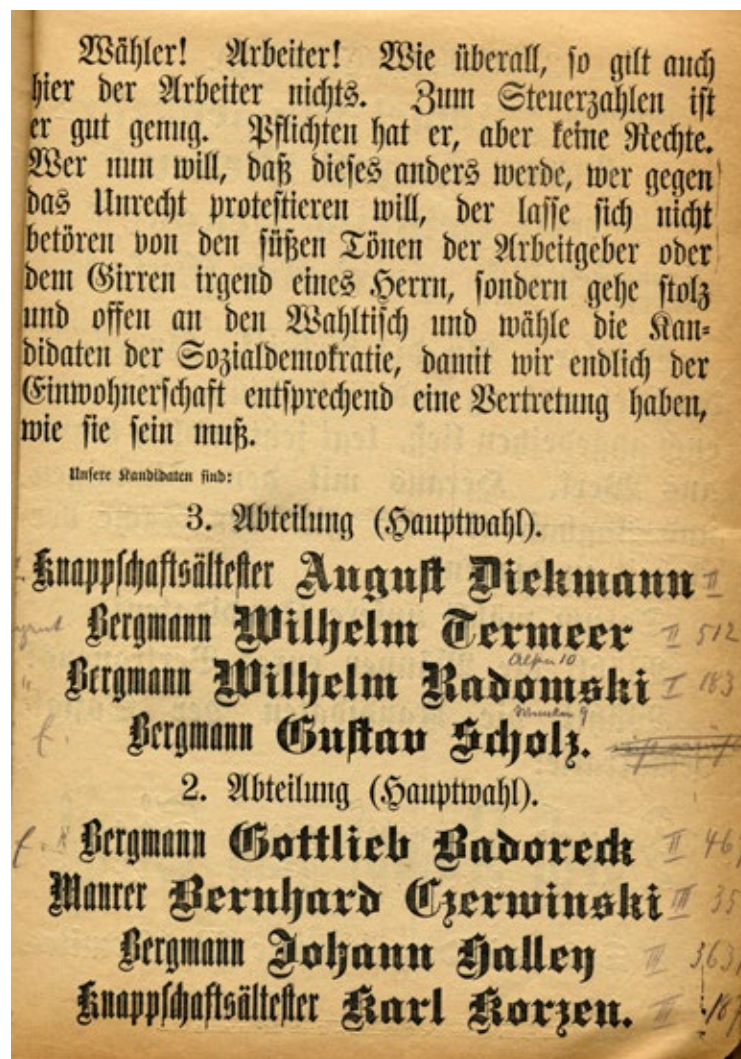
Wir richten ferner an Alle, die hierzu in der Lage sind, die dringende Bitte, durch **Gewährung von Geldunterstützung** uns in den Stand setzen zu wollen, den an uns gestellten Anforderungen nach Möglichkeit nachzukommen. Die peinliche Lage der in **Heimhäusern** wohnenden und von den **Heim-Consumanten** vielfach abhängigen Kameraden versetzt uns in die Nothwendigkeit, **jetzt schon** mit einem solchen Ansuchen an die Bürgerschaft heranzutreten. Diese Leute sind dem von oben geübten **Druck** in erster Linie ausgesetzt und müssen, falls sie fest bleiben sollen, an der **Gesamtheit der Bergleute** den nothwendigen Rückhalt finden. Wenn wir uns, um hier **sofort und recht kräftig eingreifen** zu können, an die Bürgerschaft wenden, so geschieht dies deshalb, weil deren vielerprobte **Opferwilligkeit** über jeden Zweifel erhaben ist und sich auch in diesem Falle glänzend bewähren wird.

Das Central-Strikecomité:

Weber-Bachum, Bunte-Dorfmund, Mühlenbeck-Essen,
Diekmann-Nickendorf.

listische Arbeiterbewegung sich erst in den 1890er Jahren als relevante politische Kraft etablieren. Vorwiegend auf Kosten des protestantischen Lagers entwickelte sich die Sozialdemokratie zur Massenbewegung.

Aus zwei wurden drei politische Lager. Dabei blieb die SPD mit ihrer nur schmalen organisierten Mitgliedschaft aber zunächst eine noch wenig prägende Sammlungsbewegung unterschiedlicher Protestpotentiale, die angesichts der Massenzuwanderung von dem außerordentlich starken politischen Katholizismus nicht oder durch die sozialpatriarchalischen Unternehmer und die Nationalliberalen nicht mehr gebunden werden konnten. Anlässe für Protest gab es zahlreich, so die Vernachlässigung des Schulsystems für die zahlreichen Kinder oder das Fehlen anderer sozialer Dienstleistungen, die sich die Gemeinden im Raum Gelsenkirchen mit ihrer überwiegend steuerschwachen Bevölkerung nicht leisten konnten.



Wahlaufzug der SPD Rotthausen (1912). Die SPD bemühte sich zunehmend um eine Mobilisierung des sozialdemokratischen Wählerpotenzials in der Arbeiterschaft.

Polen und 4-Lager-System

Unter Berücksichtigung des nur relativ kurz bestehenden organisierten Zusammenhangs unter zugewanderten polnischen Arbeitern im Ruhrgebiet, die sich aufgrund nationaler Ressentiments in der deutsche Gesellschaft und der Entwicklung eines eigenen polnischen Nationalbewusstseins entlang ethnischer und religiöser Trennlinien separierten und ein eigenes Milieu herausbildeten, kann ab etwa der Jahrhundertwende auch von einem Vierlagersystem gesprochen werden. Gerade die Diskriminierung der Polen war zu einem Katalysator der selbständigen Organisation der polnischen Zuwanderer geworden.

Wahlen im Kaiserreich

Im Raum Gelsenkirchen hatte sich also wie im Ruhrgebiet insgesamt bis zum Ersten Weltkrieg eine »politisierte Sozialstruktur« herausgebildet, die vor allem der Konfessions- und der Klassenlinie sowie ethnischen Differenzierungen folgte und sich auf getrennte Kommunikations- und Organisationsstrukturen stützte. Die vier politischen Lager verfügten also jeweils über ein ausgebautes Netz von Umfeldorganisationen, die mobilisierend und integrierend wirkten.

Die Lagerbildung lässt sich an den Wahlergebnissen beobachten. Da nur die Reichstagswahlen nach einem allgemeinen, gleichen Männerwahlrecht vorgenommen wurden, während die anderen Wahlen nach dem undemokratischen Dreiklassenwahlrecht durchgeführt wurden, sind nur die Reichstagswahlergebnisse für eine Beurteilung der Stärke der vier politischen Lager geeignet.

Das Gebiet der heutigen Stadt Gelsenkirchen gehörte im Süden bis zur Emscher zum Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen und im Norden zum Wahlkreis Recklinghausen-Borken.

Die folgenden Wahlergebnisse zeigen die Entwicklung der Lager sehr deutlich:

Wahlergebnisse im Reichstagswahlkreis Bochum-Gelsenkirchen 1871–1912 in Prozent der gültigen Stimmen

RTW	Wahlberechtigte	gültige Stimmen	Liberele bis 1884, dann Nationalliberale	Zentrum	Sozialdemokraten	Polen
1871	24.514	53,0	59,2	40,5		
1874	43.693	62,0	58,8	39,9	1,5	
1877	49.087	65,5	54,3	40,5	5,1	
1878	49.000	77,6	54,1	43,6	2,2	
1881	53.811	58,0	53,6	46,2		
Stichwahl	53.811	74,8	49,6	50,4		
1884	62.352	75,9	54,3	45,5		
1887	63.607	84,2	59,3	38,4	2,2	
1890	73.358	76,5	33,3	40,0	14,9	
Stichwahl	73.358	80,0	49,1	50,9		
1890	73.358	66,0	39,1	37,5	20,2	
Nachwahl						
Stichwahl	73.358	72,2	51,6	48,4		
1893	85.815	77,1	38,5	30,8	29,6	
Stichwahl	85.815	78,1	48,6	51,4		
1898	108.441	77,5	37,6	35,7	26,6	
Stichwahl	108.441	79,7	54,2	45,8		
1903	132.177	83,4	30,3	28,5	35,5	5,6
Stichwahl	132.177	75,2	49,6		50,4	
1907	143.835	87,2	32,2	27,0	33,8	6,9
Stichwahl	143.835	81,7	49,2		50,8	
1912	162.955	88,9	29,9	26,0	36,8	7,3
Stichwahl	162.955	88,2	54,9		45,1	

Wahlergebnisse im Reichstagswahlkreis Recklinghausen-Borken 1871–1912 in Prozent der gültigen Stimmen

RTW	Wahlberechtigte	gültige Stimmen	Nationalliberale	Zentrum	Sozialdemokraten	Polen
1871	19.791	48,5	6,3	87,5		
1874	21.709	60,7	0,9	94,7		
1877	22.873	50,3	4,4	95,0		
1878	23.670	58,2		93,0		
1881	23.434	44,5	1,6	95,5		
1884	24.890	65,2		93,8		
1887	27.051	69,9		90,6		
1890	30.190	56,6	0,5	86,3	7,0	
1890	30.190	56,6	0,5	86,3	7,0	
1893	33.747	66,4		50,6	7,4	
1898	43.864	49,3	0,8	88,0	9,4	
1903	57.621	76,4	9,4	62,2	20,1	8,0
1907	69.620	84,5	11,1	60,0	19,4	9,4
1912	92.533	84,2		52,0	27,3	9,9

Ergebnisse der Reichstagswahlen 1890–1912 in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen

RTW	Wahlberechtigte	gültige Stimmen	Nationalliberale	Zentrum	SPD	Sonstige (überw. Polen)
1890		4.729	22,6	49,8	23,2	4,3
1893		5.211	24,5	42,9	29,3	3,4
1899		18.254	32,8	39,7	27,6	
1903	27.524	86,6	26,0	34,7	35,0	4,3
Stichwahl	27.524	74,1	46,0	—	54,0	
1907		26.408	32,1	33,4	29,2	5,3
Stichwahl		24.138	51,3	—	48,7	
1912	35.174	90,1	29,2	31,0	33,8	6,0
Stichwahl	35.174	89,0	58,3	—	41,7	

Reichstageswahlen in Stadt Buer 1890–1912 in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen

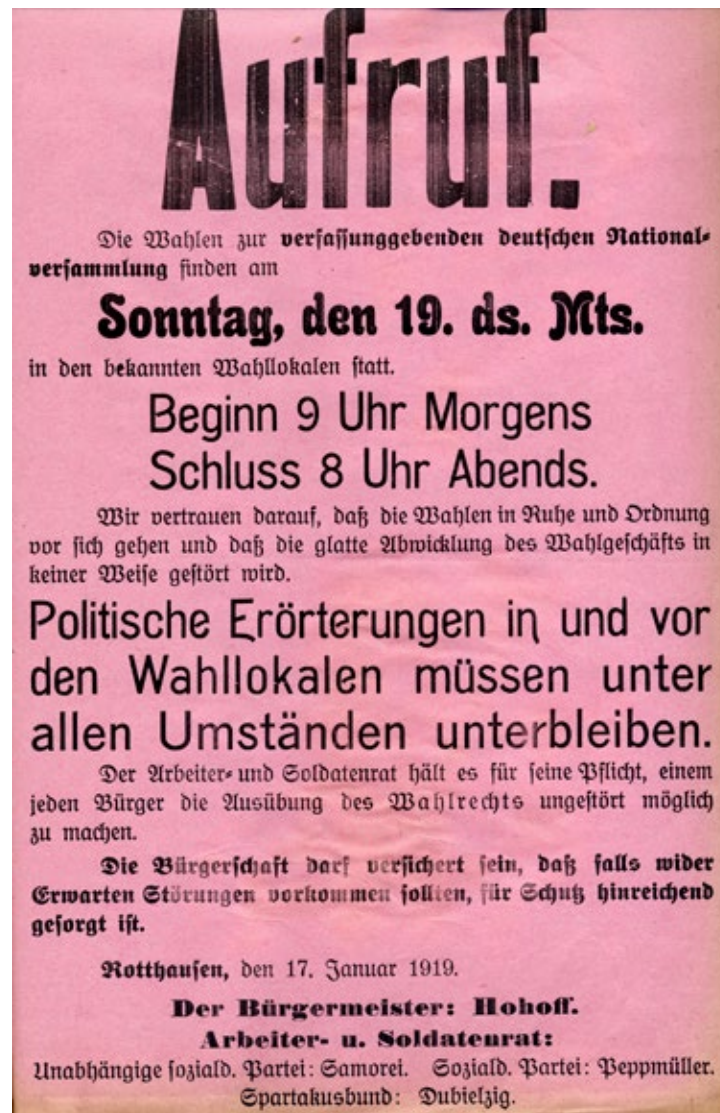
RTW	Wahlberechtigte	gültige Stimmen	Nationalliberale	Zentrum	SPD	Sonstige (überw. Polen)
1890		1.190	1,3	83,9	14,8	
1893				80,7	26,0	
1898	4.976	40,4	13,1	68,5	15,7	2,7
1903	6.454	75,0	18,3	48,4	30,0	3,4
1907	8.419	76,4	18,0	46,3	31,8	3,9
1912	13.397	79,0		37,8	44,7	17,5

Für eine stark von der Arbeiterschaft geprägte Region wie das Ruhrgebiet ist die relative Schwäche der Sozialdemokratie bemerkenswert. Sie konkurrierte um die Arbeiterwähler mit dem Sozialkatholizismus, mit den Kandidaten der polnischen Arbeiterschaft und schließlich mit den Nationalliberalen. Diese konnten mit einem relativ unbekannten protestantischen Arbeiter als Kandidaten sogar 1912 den Bochum-Gelsenkirchener Wahlkreis von der Sozialdemokratie zurückerobern – und das gegen Otto Hue, einen der bekanntesten Bergarbeiter-Gewerkschafter. Der Einbruch des Zentrums 1893 im Reichstagswahlkreis Recklinghausen-Borken ist auf Auseinandersetzungen im Zentrum zurückzuführen, als ein Arbeiterkandidat und ein bürgerlicher Kandidat beim Zentrum gegeneinander antraten und der Arbeiterkandidat gewählt wurde.

Kapitel 31

Weimarer Republik

Nach dem Ersten Weltkrieg zerstörte die Spaltung der Arbeiterbewegung das politische Lager der Vorkriegs-Sozialdemokratie. Über die Zwischenstufe der »Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei« (USPD) bildeten sich, allerdings mit zahlreichen Überschneidungen bis zur Bolschewisierung der KPD, zwei sich als sozialistisch verstehende Lager mit unterschiedlichen Milieubindungen, unterschiedlichen politischen Leitbildern und unterschiedlichen strategischen Vorstellungen. Bei der KPD sammelten sich solche Arbeitergruppen, die in den langfristigen Vorstellungen der SPD keine Perspektive erblicken konnten und vor dem Weltkrieg von der verspäteten Sozialdemokratie nicht hatten geprägt werden können. Nach vorübergehenden Gewinnen waren die Verluste der Sozialde-



Aufruf zur Wahl
der National-
versammlung
(Januar 1919)



Angehörige des
Arbeiter- und
Soldatenrats in
Rotthausen (1919)

mokraten zugunsten der KPD enorm. Gerade in den jungen Industriestädten des nördlichen Ruhrgebiets wurde die KPD mit ihrem schwankenden Anhang seit 1924 zur stärkeren Kraft in der Arbeiterbewegung, oft auch zur stärksten Partei, während die SPD noch hinter dem Zentrum die drittstärkste Kraft bildete. Gleichzeitig war aber auch in Gelsenkirchen die Zeit der Weimarer Republik die Hochphase einer sozialdemokratischen Arbeiterbewegungskultur »von der Wiege bis zur Bahre« mit Arbeitersportvereinen, Konsumgenossenschaft, Kinderorganisationen, Arbeiterwohlfahrt und Sterbekasse.

Als katholische Weltanschauungs- und Gesinnungspartei vereinigte das Zentrum in seinen Reihen sowohl bedeutende Teile der katholischen Arbeiterschaft als auch das katholische Bürgertum, das mit Kaufleuten, Ärzten, Rechtsanwälten, Redakteuren und Lehrern überwiegend die politische Führungsschicht stellte. Christliche Gewerkschaften und das mit diesen in einer »Waffenbrüderschaft« vielfach verbundene umfangreiche Netz katholischer Gesellen-, Knappen- und Arbeitervereine stellten ein eigenes Arbeiterbewegungsmilieu dar,

das sich scharf von der Sozialdemokratie und von den Kommunisten abgrenzte.

Das heterogene katholische Lager wurde insbesondere durch die Identifikationsmöglichkeiten, die das Leben im Umfeld der katholischen Gemeinden und ihrer Vereine und Verbände bot, und auch durch ein dichtes Netz persönlicher Kontakte zusammengehalten. Die Wahlergebnisse deuten allerdings auch auf einen einsetzenden Erosions-

prozess zwischen dem Beginn der Republik und der Reichstagswahl 1930 hin, der auf eine abnehmende Verbindlichkeit der katholischen Sozialmoral zurückzuführen sein dürfte, aber auf die Konkurrenz christlich-sozialer Splittergruppen.

Das polnische Lager verschwand schon bald nach dem Weltkrieg mit der Abwanderung vieler nationalpolnisch orientierter Zuwanderer bzw. mit der fortschreitenden Integration der Zuwanderer.

Das im Kaiserreich von Nationalliberalen und Konservativen getragene Lager überwiegend protestantischer Kräfte erlebte in der Republik große Veränderungen. Die während der Weimarer Republik zumindest zu Beginn durchaus ansehnlichen Wahlergebnisse sowie die stabile Stellung der offen republikfeindlichen Deutschnationalen (Deutsch-Nationale Volkspartei, DNVP) zeigten, dass diese »bürgerliche« Partei durchaus auch einigen Anhang in der protestanti-



Wahlplakat
der KPD



Motorisierter
Wahlkampf des
nationalistischen
Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold
(1924)

schen Arbeiterschaft hatte. Dieser Erfolg wurde insbesondere durch das protestantische Vereinswesen und dessen Milieustrukturen im Umfeld der evangelischen Gemeinden abgestützt. Auch die zahlreichen bürgerlich-nationalen Vereine und Verbände, darunter auch zahlreiche nationalistisch orientierte Sportvereine, konstituierten für die zersplitterten bürgerlichen Parteien ein politisiertes Vorfeld, das sich zum Ende der Weimarer Republik immer weiter nach rechts wandte.

Die Desintegration im bürgerlichen Lager zeigte sich aber im Aufkommen von bürgerlichen Splitterparteien, die der in die Parlamente verlängerte Arm meist mittelständischer Interessengruppen waren. Die erfolgreichste dieser Interessenparteien war die 1920 gegründete »Wirtschaftspartei« (WP), die sich seit 1925 »Reichspartei des deutschen Mittelstandes« nannte und eng mit dem Zentralverband der Haus- und Grundbesitzervereine, aber auch mit den Organisationen des Handwerks und des Kleinhandels verbunden war. Der »Christlich-Soziale Volksdienst«, der in Gelsenkirchen unter dem Namen »Evangelischer Volksdienst« (EVD) einigen Erfolg hatte, knüpfte an ältere,



sozialkonservative protestantisch-soziale Traditionen an und war ein Produkt der Spaltung der DNVP.

Mit Einschränkungen bei der schon bald völlig einflusslosen liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP, dann Deutsche Staatspartei DStP) und bei der nur vorübergehend vernunftrepublikanischen Deutschen Volkspartei (DVP) kultivierte das bürgerlich-nationale Lager ein ausgeprägt antidemokratisches Weltbild und Politikverständnis, geprägt von Antiparlamentarismus, Antipluralismus, militaristischen Denkmustern, Verdrängung der Kriegsniederlage und rückwärtsgewandtem Antimodernismus, die ideologisch dem Nationalsozialismus den Boden bereiteten.

Nach Anfängen nationalistischer, völkischer und nationalsozialistischer Gruppierungen bereits in den frühen 1920er Jahren, die ausweislich der Wahlergebnisse recht bedeutungslos blieben, erlebte die NSDAP ab dem Ende der 1920er Jahre ihren raschen Aufstieg. Aus den Wahlergebnissen zeigt sich, dass der Aufstieg der NSDAP insbe-



Dr. Alfred Meyer (NSDAP) am Rednertisch auf der Wiese: Agitation gegen den Young-Plan (1929)

sondere auf Kosten des bürgerlich-nationalen Lagers und mit Hilfe ehemaliger Nichtwähler vor sich ging. Da das bürgerlich-nationale Lager auch im Milieu national orientierter Angestellter und im Milieu national gesinnter protestantischer Arbeiter einigen Anhang hatte, dürfte sich aus diesen Teilen der Arbeitnehmerschaft auch ein Teil der NSDAP-Wähler rekrutiert haben. Offenbar stellt sich der Nationalsozialismus als eine Bewegung dar, der es unter dem Vorzeichen eines negativen Konsenses gegen die Weimarer Republik gelang, verschiedene Milieus und vor allem auch ungebundene Nichtwähler zu sammeln und gegen die Demokratie zu bündeln.

Das Lager des politischen Katholizismus mit der Zentrumsparterie an der Spitze, das angesichts seiner inneren Konflikte auf kirchlich-konfessionelle Integration setzte, und, in geringerem Maße, die Ruhr-SPD, die z.T. starke Verluste an die KPD hinnehmen musste, erwiesen sich als relativ resistent gegenüber der nationalsozialistischen Herausforderung.

Dementsprechend lagen die Ergebnisse der NSDAP in Gelsenkirchen deutlich unter dem Reichsdurchschnitt:

Wahlen in Gelsenkirchen während der Weimarer Republik (Gebiet von 1928) in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen

	Z	SPD	USPD	KPD	DDP/ DStP	DVP	DNVP/ KF	EVD	WP	Völk./ NSDAP
NVW 1919	29,3	42,2	14,3	—	3,6	zus.	10,6	—	—	—
PLVW 1919	30,6	45,1	10,7	—	3,5	zus.	10,0	—	—	—
KW 1919	33,1	23,8	15,6	—	3,2	zus.	12,1	—	—	—
RTW 1920	30,5	12,8	26,0	7,6	1,7	14,6	2,4	—	—	—
PLW 1921	32,6	16,6	6,6	22,9	2,5	14,2	4,7	—	—	—
KW 1924	26,8	9,8	0,6	24,0	4,1	zus.	15,5	—	—	0,9
RTW 1924 I	27,2	9,5	1,2	35,2	2,5	10,9	7,7	—	—	1,8
RTW 1924 II	29,0	17,1	0,5	20,7	3,3	12,6	11,3	—	—	1,0
PLW 1924	29,4	16,9	0,5	21,1	3,2	12,7	11,4	—	0,3	0,9
KW 1928	22,6	17,9	—	24,3	1,9	7,6	4,8	6,2	6,8	0,9
RTW 1928	22,9	20,1	—	25,1	2,1	10,5	5,6	0,5	7,3	1,0
PLW 1928	22,9	20,1	—	25,1	2,1	10,5	5,5	0,6	7,3	1,0
KW 1929	28,5	13,6	—	22,2	1,5	10,2	4,0	5,7	6,5	1,9
RTW 1930	23,6	13,9	—	26,4	1,0	8,7	6,2	3,1	3,7	10,4
PLW 1932	27,6	11,5	—	23,1	0,4	3,2	4,3	1,8	0,9	24,3
RTW 1932 I	25,1	13,2	—	30,0	0,3	1,9	4,3	1,3	0,4	23,9
RTW 1932 II	24,8	12,7	—	31,3	0,2	2,1	6,3	1,8	0,3	19,5
RTW 1933	23,6	11,9	—	23,0	0,3	1,4	6,0	1,3	—	32,3
PLW 1933	23,4	11,9	—	22,9	0,3	1,4	5,6	1,6	—	32,1
KW 1933	23,4	9,5	—	15,4	0,2	1,2	5,9	1,7	—	40,1

[[ohne Marginalie werden die Spalten zu schmal]]

Nationalsozialismus

Nur eine verschwindend geringe Minderheit leistete aktiv Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde – dabei handelte es sich in Gelsenkirchen überwiegend um Kommunisten und Sozialdemokraten, aber auch um Menschen, die aus ihrem christlichen Glauben widerstanden. Große Teile der Arbeiterschaft integrierten sich aber in die Strukturen des »Dritten Reichs«, so dass das NS-System von innen niemals ernsthaft gefährdet war. Die Masse der Bevölkerung erduldet die Herrschaft der Nationalsozialisten und passte sich an, nicht wenige unterstützten das System aktiv. Nach der Zerschlagung des organisierten Widerstandes um 1935/36 zogen sich die meisten Angehörigen der oppositionellen politischen Lager – von spektakulären Einzelfällen abgesehen – auf eine abwartend-passive Resistenz



Einweihung des
NSDAP-Hauses in
Schalke am
3.11.1935

zurück. Eine solche Haltung war in familiären und manchen kirchlichen Schutzräumen, in gleichgesinnten Freundeskreisen und bisweilen auch am Arbeitsplatz möglich – es drohte jedoch stets die Denunziation.

Um 1936/37 beherrschten die Nationalsozialisten die lokale Gesellschaft weitgehend unangefochten – vor allem die Vollbeschäftigung in Folge des Rüstungsbooms trug zu hoher Zustimmung bei. Viele Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener

beteiligten sich an der rassistischen Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung, profitierten auch von deren Drangsalierung, Verfolgung und schließlich auch deren Beraubung und Deportation. Bis zur Wende im Zweiten Weltkrieg um 1942 fand der vermeintlich erfolgreiche Nationalsozialismus zahlreiche Mitläufer und auch Anhänger in der Gelsenkirchener Bevölkerung, die trotz der weiterhin nicht einfachen Lebensumstände der Arbeiterschaft der Illusion der Volksgemeinschaft folgte. Sportler wie die im »Dritten Reich« so erfolgreichen Schalcker Fußballspieler ließen sich vom NS-System instrumentalisieren, Verwaltungen und Behörden vollzogen willig die verbrecherische Politik, die Masse der Bevölkerung sah während des Zweiten Weltkrieges über das massenhafte Leiden und Sterben zehntausender Zwangsarbeiter hinweg.



Plakatwand mit Anschlägen der NSDAP zur Wahl am 10. April



Vorrundenspiel
zur Deutschen
Meisterschaft des
FC Gelsenkirchen-
Schalke 04 gegen
Polizei Chemnitz
(1936)



Parkbeleuchtung
in Gelsenkirchen:
Heil Schalke 04!
(1937)

Die Gelsenkirchener Bevölkerung spürte den Krieg erst ab 1943 hautnah, als Flächenbombardements und strategische Luftangriffe gegen kriegswichtige Industrien, die in Gelsenkirchen stark konzentriert waren, begannen. Besonders die Großangriffe vom 6. November 1944 und vom 5. März 1945 richteten große Verwüstungen in Gelsenkirchen an. Ganze Stadtteile und viele Betriebe wurden zerstört. Betriebsverlagerungen, Familienevakuierungen und die sogenannte Kinderlandverschickung führten zu einer weitgehenden Entvölkerung der Stadt, in der vor allem die (männlichen) Arbeitskräfte und die zahlreichen Zwangsarbeiter zurückblieben.

Die Kriegswirtschaft funktionierte bis kurz vor der Befreiung Gelsenkirchens durch amerikanische Truppen Ende März 1945 (Buer und Horst) bzw. Anfang April 1945 (Alt-Gelsenkirchen). Auch in der »Zusammenbruchsgesellschaft« ab 1943 blieben die Betriebe die zentralen Orte.

Kapitel 33

Entwicklung der Lager in der Bundesrepublik

Im öffentlichen Leben des Ruhrgebiets spielten rasch nach der Befreiung vom Nationalsozialismus Vertreter der politischen Parteien wieder die Hauptrolle. Beim Wiederaufbau des Parteiensystems im Ruhrgebiet waren die Verhältnisse der Weimarer Zeit Anknüpfungspunkt. In den ersten Nachkriegsmonaten und -jahren entstanden



Der SPD Bezirks-
parteitag 1949 im
Hans-Sachs-Haus.
In den Nachkriegs-
jahren knüpfte das
Gelsenkirchener
Parteiensystem
weitestgehend an
die Weimarer
Republik an.

zunächst mit einigen Veränderungen die alten politischen Lager der späten 1920er und frühen 1930er Jahre entlang der alten Konfliktlinien wieder. Trotz der 12-jährigen Unterdrückung zeigten die politischen Lager eine erhebliche Anpassungsfähigkeit an die gewandelten Verhältnisse der Nachkriegszeit.

Wiederaufbau der SPD

Kern der Wiedergründung der Sozialdemokratie waren die alten sozialdemokratischen Traditionsmilieus. Die ersten Mitglieder und die maßgeblichen unteren und mittleren Funktionäre der Nachkriegs-Sozialdemokratie waren also überwiegend von der alten Tradition der Weimarer SPD geprägt und knüpften an die überlieferten Verhaltensweisen an. Da viele Sozialdemokraten, die schon vor 1933 kommunalpolitische Erfahrungen gesammelt hatten, frühzeitig Kontakt mit der Militärregierung aufnahmen und mit kommunalen Aufgaben betraut wurden, gewannen in der Sozialdemokratie die schon vor 1933 führenden Sozialdemokraten rasch wieder an Einfluss. Sozialstrukturell blieb die SPD in den 1950er Jahren überwiegend Arbeiterpartei.



SPD-Bezirksparteitag Westliches Westfalen, Delegiertenversammlung im Hans-Sachs-Haus 1949

Wiederaufbau und Untergang der KPD

Die Ruhr-KPD wurde wie die SPD in personeller und programmatischer Kontinuität zur kommunistischen Bewegung der Endphase der Weimarer Republik aufgebaut. Die KPD mit ihren Nebenorganisationen konnte gerade im Ruhrgebiet noch einmal, allerdings schwächer als zu Weimarer Zeiten, an ihre milieuhaften Strukturen anknüpfen. Zunächst gelang es der KPD und insbesondere auch der Freien Deutschen Jugend (FDJ), neben dem überlebenden Kern des früheren kommunistischen Lagers neue Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Der von den Kommunisten propagierte demokratische Sammlungsgedanke entsprach den Vorstellungen vieler Menschen, die sich eine Überwindung des Faschismus und eine Neuordnung nur in gemeinsamer Anstrengung verschiedener Bevölkerungsgruppen vorstellen konnten.

Besonders groß war der Einfluss der KPD in Teilen der Gewerkschaften, insbesondere in der Industriegewerkschaft Bergbau. Bis gegen Ende der 1950er Jahre, auf einzelnen Schachtanlagen auch darüber hinaus, spielten kommunistische Betriebsräte noch eine Rolle. Aber nach erfolgreichen betriebspolitischen Bemühungen mit einer eige-



Der Gelsenkirchener KPD-Politiker Walter Jarrek, während des Krieges ein Widerstandskämpfer gegen das nationalsozialistische Regime, auf einer Parteikundgebung (1949)

nen Betriebsgruppenarbeit waren Sozialdemokraten schon um 1948 in Betriebsräten und Gewerkschaftsorganisationen der Montanindustrie des Ruhrgebiets dominant.

Nachdem die Vereinigung zwischen KPD und SPD in den Westzonen am Widerstand der Sozialdemokraten gescheitert war, orientierten sich die Kommunisten im aufkommenden Kalten Krieg stärker an der Entwicklung der sowjetisch besetzten Zone bzw. der DDR. Daher brachen viele der neu gewonnenen Mitglieder mit der kommunistischen Bewegung, die mit der Rechtfertigung der Politik der UdSSR ihre Glaubwürdigkeit als Protagonist gesellschaftlicher Neuordnungsvorstellungen verlor und sich innerlich stalinisierte.

Aufbau von Zentrum und CDU

Überlebende aus der christlich-katholischen Arbeiterbewegung und dem katholischen Vereinswesen, katholisch orientierten Gruppen aus dem Mittelstand und überlebende Honoratioren der ehemaligen Zentrumspartei konnten wie Sozialdemokraten und Kommunisten personell, organisatorisch und ideologisch an Weimarer Traditionen anknüpfen. In den ehemaligen Zentrums-Hochburgen in Rheinland und Westfalen, so auch in Gelsenkirchen, entstand aber zunächst nicht das Zentrum neu, sondern es wurden politische Vereinigungen gegründet, die dem Gedanken einer interkonfessionellen, christlich orientierten Sammlungspartei folgten. In Gelsenkirchen lautete der Name »Christliche Vereinigung«. Mit der Gründung der »Christlich Demokratischen Partei Westfalens« am 2. September 1945 in Bochum und der gleichzeitigen Gründung der rheinischen Landespartei gewann der Gedanke der interkonfessionellen Sammlung organisatorische Konturen.

Kleinere Gruppen verfolgten parallel eine andere Zentrums-Traditionslinie, die einer katholisch-orientierten



Auszählung der Stimmen bei der Wahl der Bürgermeister in der Stadtverordneten-sitzung am 15.11.1954. Die CDU kann sich in Gelsenkirchen bis Anfang der 50er Jahre als feste politische Größe etablieren.

Partei. Der Gedanke einer Fortsetzung des Zentrumstradition wurde insbesondere aus den Kreisen der am Sozialkatholizismus Orientierten, die ein Zusammengehen mit den oft konservativen protestantischen Kräften ablehnten, und von Zentrums-Traditionalisten vorangetrieben. Letztlich existierten so bis in die 1950er Jahre, als das Zentrum dann weitgehend von der CDU aufgesogen war, Zentrum und CDU nebeneinander. Sowohl diese Spaltung als auch die Tatsache, dass die ehemals stark an Arbeiterinteressen orientierte sozialpolitische Ausrichtung des Zentrums in der stärker mittelständisch-bürgerlich geprägten CDU unter Adenauer wegen der gelungenen Integration deutschnationaler und wirtschaftsliberaler Kreise an Bedeutung verlor, trug zu einer Lockerung der Bindung von Teilen der katholischen Arbeiterschaft an die CDU bei. Symptomatisch waren die Konflikte zwischen Konrad Adenauer und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold, der in Nordrhein-Westfalen und auch im Ruhrgebiet für eine »soziale Politik« in Anknüpfung an den Sozialkatholizismus und in Kooperation mit den Gewerkschaften stand.

Die CDU im Ruhrgebiet blieb trotz der Aufnahme neuer Ele-

Stadtarchiv
Gelsenkirchen

An alle Neustädter und Ueckendorfer!

Am kommenden Sonntag, dem 9. November, müssen wir wählen.

Wir aus der Neustadt und Ueckendorf wählen

Alfred Schwarz

Er ist aus dem Wahlbezirk 10 und Sozialdemokrat, jung, rechtschaffen, mit einem Wort, der beste Wortführer der Neustadt und Ueckendorf.

Sozial - Alfred Schwarz tritt besonders für die ein, die die Fürsorge am nötigsten haben

Demokrat - Alfred Schwarz vertritt den Standpunkt, daß alle mitbestimmen sollen, was in unserer Stadt geschehen soll.

Wendet Euch in allen Angelegenheiten an
Alfred Schwarz, Schwanenstraße 24



Das ist Alfred Schwarz

*Ein Garant
für
Frieden
und
Wohlstand*

Wahlplakat der
Gelsenkirchener
SPD zu Wahl 1952

mente strukturell überwiegend eine Fortführung des politischen Katholizismus, und diese Tendenz verstärkte sich noch mit dem Niedergang des Zentrums und dem Übertritt zahlreicher seiner Mitglieder und Funktions- und Mandatsträger zur CDU. Im CDU-Landesverband Westfalen-Lippe betrug der Katholikenanteil unter den Mitgliedern Anfang der 1980er Jahre noch 72,5 %, unter den Funktionären lag er noch deutlich höher. Während die Landesverbände der CDU in Rheinland und Westfalen als gut organisiert galten, war die Partei bis in die 1960er Jahren auf der Kreisebene und in den Stadtteilen noch weitgehend Honoratiorenpartei geblieben.

Darüber hinaus sank zusätzlich zur bereits in der Weimarer Zeit einsetzenden Säkularisierung der katholisch-konfessionelle Einfluss durch die Durchmischung der Ruhrgebietsbevölkerung und den Zuzug von Neubergleuten und Vertriebenen. Das Mobilisierungspotential für die CDU war also auch insgesamt geschrumpft und schrumpfte weiter. Dies schwächte mittel- und langfristig die CDU im Ruhrgebiet und in Gelsenkirchen.

Der Untergang des protestantisch-nationalen Lagers

Das alte protestantisch-nationale Lager war wegen seiner Verstrickungen in den Nationalsozialismus mit dessen Scheitern führungs- und perspektivlos geworden. Im Ruhrgebiet konnte die entstehende FDP nur kleine Teile des ehemals liberalen Bürgertums und einige Reste des nationalen Lagers, auch aus dem Umfeld der NSDAP, gewinnen. Da die SPD bei den ersten Wahlen vor der Gründung der Bundesrepublik insbesondere in der Emscher-Region zwei- bis dreimal höhere Wahlergebnisse als vor dem »Dritten Reich« erreichte, das katholische Lager bei relativ hoher Wahlbeteiligung leichte Gewinne zu verzeichnen hatte und die KPD nicht mehr an die Erfolge der krisenhaften Endphase der ersten deutschen Republik anknüpfen konnte, ist einzig die Vermutung plausibel, dass das parteipolitisch nicht reorganisierte nationale Lager sich nach 1945 in Teilen nun zur Sozialdemokratie wandte. Kurt Schumachers »nationaler Kurs« trug dazu bei, dass Teile des protestantisch-nationalen Lagers und auch eine Reihe von Vertriebenen und Flüchtlingen zur SPD fanden. Andere Teile des national-protestantischen Lagers übernahm die dem Anspruch nach interkonfessionelle CDU.

Nach den ersten Klimaverbesserungen zwischen Sozialdemokratie und Protestantismus in den Nachkriegsjahren stellte für eine Reihe politisch aktiver Protestanten die »Gesamtdeutsche Volkspartei« (GVP), die sich gegen die Blockkonfrontation im Kalten Krieg wandte, eine wesentliche »Brücke« zur SPD dar. Der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann, der die CDU aus Protest gegen Adenauers Politik verlassen hatte, führte nach der Auflösung der GVP 1957 einen Teil

ihrer Mitglieder, insbesondere ehemalige Aktivisten der Bekennenden Kirche sowie protestantische Akademiker und Intellektuelle, zur Sozialdemokratie. Die nordrhein-westfälische SPD gewann so wichtige Mitglieder wie Gustav Heinemann, Johannes Rau und Dieter Posser.



»Sozialdemokratisierung« des Ruhrgebiets und Gelsenkirchens

In den 1950er Jahren gelang der SPD der Aufstieg zur dominanten Partei im Ruhrgebiet und in Gelsenkirchen in erster Linie, weil sie ein regionales Politikmodell entwickeln konnte. Die Ruhr-SPD und ihr gewerkschaftliches Vorfeld wurde in gewisser Weise Ausdruck der kollektiven Erfahrungen der »kleinen Leute« in den Industriestädte-teilen des Ruhrgebiets und deren Interessenvertreter, indem sie deren Anspruch auf Gerechtigkeit und soziale Sicherheit artikulierte.

Das Modell lokaler Politik im Ruhrgebiet entstand in der spezifischen Nachkriegssituation, als der betrieblichen Ebene angesichts der Lähmung aller anderen Institutionen eine besondere Bedeutung zukam. Die Versorgung der Belegschaften und ihrer Familien und die Lösung vieler praktischer Probleme in der Zeit der Not bildete die Basis für das Vertrauen der von den Montanbetrieben abhängigen Bevölkerung in die Betriebsräte. In den Betriebsräten, mit



Protest der SPD gegen die Deutsche Aufrüstung zum Wahlkampf 1957. Die SPD stellt konsequent soziale Interessen der Bevölkerung in den Mittelpunkt des Wahlkampfes

denen die wichtigen alltäglichen Aufgaben verbunden waren, erlangten gerade die Sozialdemokraten bald erheblichen Einfluss.

In den 1950er Jahren boten die Strukturen der Montanmitbestimmung mannigfache Möglichkeiten der konkreten Vertretung von Arbeiterinteressen. In Gestalt von Betriebsräten, Aufsichtsräten, Sozial- und Arbeitsdirektoren, Gewerkschaftsfunktionären, Kommunalpolitikern, Grubenkontrolleuren, Knappschaftsältesten und Funktionären in sozialdemokratischen und lagerübergreifenden Freizeitorganisationen formte sich das Politikmodell der basisnahen Interessenvertretung für große Teile der Bevölkerung. Die bedeutende Rolle der Betriebsräte und Gewerkschafter wurde noch gesteigert, indem oft dieselben Personen in der Kommunalpolitik (z. B. als Stadtverordnete) aktiv wurden und auch für Mandate im Landtag oder im Bundestag kandidierten. Über ein Netz von basisnahen Einrichtungen und Strukturen setzte sich die SPD weniger als Volkspartei denn als Milieupartei der Ruhrgebietsbevölkerung bzw. der Industriearbeiterschaft und ihrer Familien im Revier durch.

Struktureller Hintergrund war eine von der bundesrepublikanischen abweichende Entwicklung: Zum einen blieb das Ruhrgebiet im Vergleich zum Bundesgebiet eine traditionelle Arbeiterregion, in der durchaus Reste des Klassengegensatzes, wenn auch in befriedeter Form, erfahrbar waren.

Zum anderen führte die frühzeitige Krise der Schlüsselbranche der Ruhrindustrie zu einer von der Geschichte der Bundesrepublik partiell abgekoppelten Entwicklung: Im Ruhrgebiet fand das »Wirtschaftswunder« nicht so statt wie in der Bundesrepublik, hier musste man sich seit 1958 ernste Gedanken über die Zukunft des Steinkohlenbergbaus machen und Zehntausende Ruhrbergarbeiter verloren ihren bisherigen Arbeitsplatz, mussten. Sie mussten sich neu orientieren und mindestens vorübergehend mit Gedanken an erneute soziale Not leben – davon waren letztlich mehrere hunderttausend Menschen im Ruhrgebiet mehr oder weniger direkt betroffen.

Wandel in den Lagerstrukturen

Seit den 1950er Jahren dienten die besonderen politischen Strukturen im Ruhrgebiet zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen in Betrieb, Stadtteil, Stadt und Region. Hier wurde für Wohnungen gesorgt, hier wurden Lösungen zur Bewältigung der Folgen des Strukturwandels mit seinen zahlreichen Betriebsschließungen gefunden und wichtige materielle Verbesserungen erreicht. Auch in der Kom-



Eröffnung des Ruhr-Zoos am 14.4.1949, Besucher an den Papageienschaukeln

municipalpolitik wurden Einrichtungen geschaffen, die der Masse der Bevölkerung, ihren sozialen Interessen und ihren Freizeitbedürfnissen dienen sollten – Sportanlagen, der Ruhr-Zoo, Grünflächen und auch das Theater sind Beispiele des Ausbaus der Infrastruktur für die Bevölkerung. In der zunehmend differenzierten Gesellschaft der Bundesrepublik gelingt es aber immer weniger, solche Kommunikationsgeflechte aufrechtzuerhalten, weil die verschiedenen Gruppen immer schwerer zusammengeführt werden können. Bei den Wahlergebnissen ist auch in Gelsenkirchen diese Desintegration vor allem



Die Grünen treten am 5. Oktober 1980 mit den beiden Kandidaten Paul Sawatzki und Johannes Stüttgen zum ersten Mal in Gelsenkirchen zur Bundestagswahl an

an der absinkenden Wahlbeteiligung zu erkennen. Aus den sogenannten neuen sozialen Bewegungen entstand die Partei Die Grünen und insgesamt zeigte sich in der jüngsten Zeit eine Dekonzentration des Parteiensystems.

Vor dem Hintergrund der Zumutungen des Strukturwandels schafften es auch rechtsextremistische Gruppierungen in der Gelsenkirchener Bevölkerung einige Anhänger zu finden, wie die Übersicht von Wahlergebnissen auf den folgenden Seiten zeigt.

Wahlergebnisse in der Bundesrepublik in Gelsenkirchen in Prozent der abgegebenen Stimmen

Wahl	Wahl- bet.	FDP	CDU	Zen- trum	Grüne	SPD	KPD
KW 1946	84,4	5,4	27,3	11,5		37,9	17,9
LTW 1947	74,7	7,1	20,4	14,4		32,2	25,9
KW 1948	67,2	4,9	22,5	14,2		38,5	13,8
BTW 1949	77,4	4,4	24,9	12,1		36,5	15,3
LTW 1950	70,5	6,8	28,6	10,4		37,0	10,5
KW 1952	74,0	5,7	35,6			44,3	8,3
BTW 1953	83,3	4,6	39,2	4,2		42,4	5,7
LTW 1952	68,0	6,8	33,4	5,2		42,3	8,2
KW 1956	73,9	5,5	30,6	4,6		57,3	
BTW 1957	85,8	4,4	45,6			46,1	
LTW 1958	72,0	4,5	40,6	1,2		52,4	
KW 1961	73,0	6,9	37,7			52,3	
BTW 1961	86,5	7,7	39,7			48,4	
LTW 1962	69,7	4,0	36,7			54,6	
KW 1964	72,6	4,2	33,5			61,3	
BTW 1965	85,6	4,5	36,1			56,5	
LTW 1966	75,2	4,2	30,6			64,1	
BTW 1969	85,1	3,4	33,7			58,5	
KW 1969	62,3	4,0	36,0			57,7	
LTW 1970	69,3	3,8	34,2			58,6	
BTW 1972	90,4	4,9	28,6			65,5	

Wahl	Wahl- bet.	FDP	CDU	Zen- trum	Grüne	SPD	KPD
LTW 1975	85,1	4,4	32,7			61,4	
KW 1975	84,6	4,8	33,1			60,3	
BTW 1976	90,9	5,0	30,7			63,1	
KW 1979	66,4	4,5	34,2			59,6	
LTW 1980	78,5	3,1	30,2		2,5	63,7	
BTW 1980	87,8	7,0	28,9		1,0	62,4	
BTW 1983	87,4	3,0	32,3		4,6	59,5	
KW 1984	60,5	1,5	28,9		9,4	58,8	
LTW 1985	73,0	2,5	24,4		4,0	67,9	
BTW 1987	83,2	3,6	28,8		6,3	60,3	
KW 1989	59,1	2,5	26,0		9,6	53,0	
LTW 1990	66,6	2,7	25,1		5,0	63,4	
BTW 1990	73,0	6,2	30,1		3,5	56,0	
BTW 1994	77,3	4,1	26,7		5,5	58,5	
KW 1994	77,2	1,5	29,0		9,9	55,7	
LTW 1995	58,7	1,8	26,3		8,0	61,1	
BTW 1998	80,3	3,6	21,9		5,1	62,3	
KW 1999	44,4	2,1	41,9		6,0	41,6	
LTW 2000	50,4	7,2	27,0		4,7	55,6	
BTW 2002	75,0	6,9	24,0		7,1	56,5	
KW 2004	48,5	3,3	35,4		6,8	41,9	
EW 2005	34,2	5,0	34,8		9,1	36,7	
LTW 2005	56,5	3,6	33,1		3,8	50,6	
BTW 2005	73,6	5,5	23,2		5,7	53,8	
KW 2009	45,8	4,5	22,5		6,4	50,4	
EW 2009	34,1	7,7	28,4		9,1	38,1	
BTW 2009	64,9	9,0	23,2		6,9	42,0	
LTW 2010	52,4	3,6	23,8		7,5	47,9	

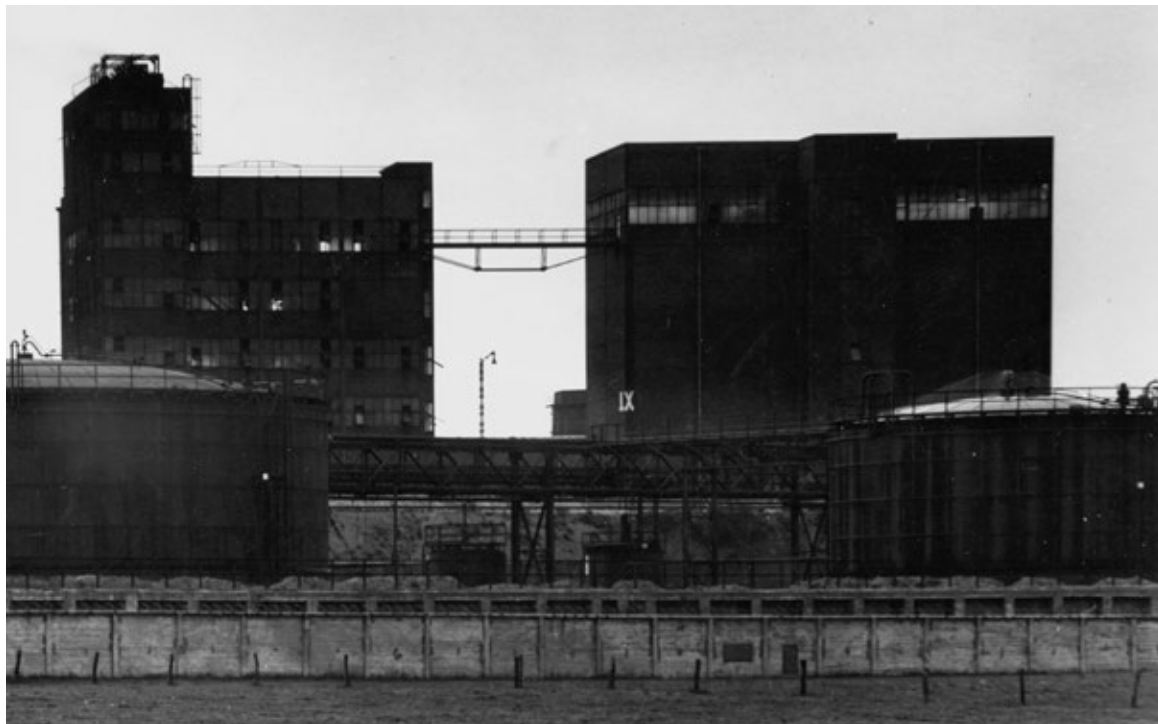
VII. Auf dem Weg zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft

Gelsenkirchen ist trotz seiner vorindustriellen Geschichte eine Stadt des Industriezeitalters, die durch die Schwerindustrie geprägt wurde – wirtschaftlich, sozial und auch kulturell und mental. Das Ende des Industriezeitalters brachte umfassende Veränderungen mit sich, die mit dem Begriff des Strukturwandels beschrieben werden. Für die Menschen in Gelsenkirchen bedeutet dies viele Zumutungen, aber auch Chancen.

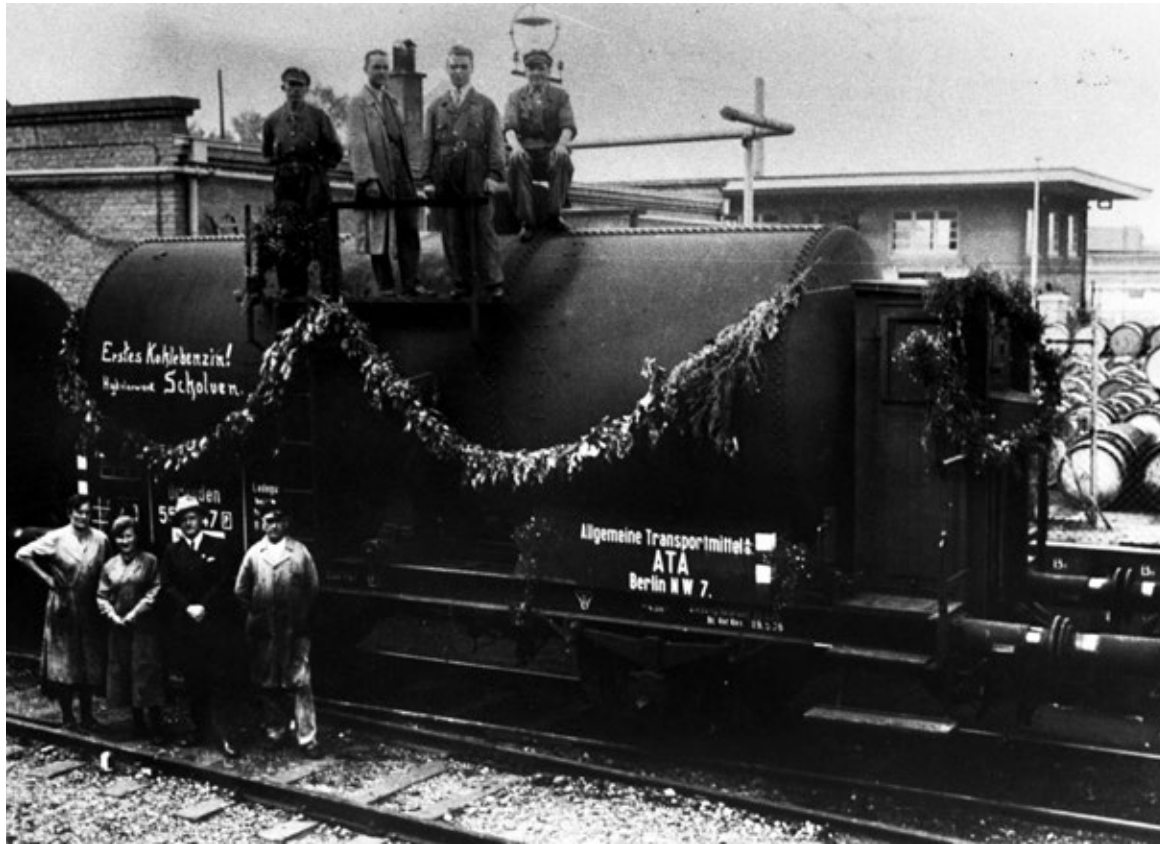
Der verzögerte Strukturwandel

Bis zum Ersten Weltkrieg war Gelsenkirchen zu einer der bedeutendsten Montanstädte der Welt aufgestiegen. In den 1920er Jahren deuteten sich dann erste strukturelle Wandlungen an: Die Nachfrage nach Kohle und Stahl verringerte sich nach dem Abschluss der eigentlichen Aufbauphase der Industrie in Europa, die internationale Konkurrenz verschärfte sich. Erstmals machte sich die Konkurrenz anderer Energiequellen (Mineralöl, Braunkohle, Wasserkraft) bemerkbar und die Rationalisierungen der Energiewirtschaft und auch der Eisen- und Stahlindustrie zeigten Wirkung auf Kohleverbrauch und -absatz.

Nach den massiven Betriebsschließungen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise erlebten Bergbau und Eisen- und Stahlindustrie dann im

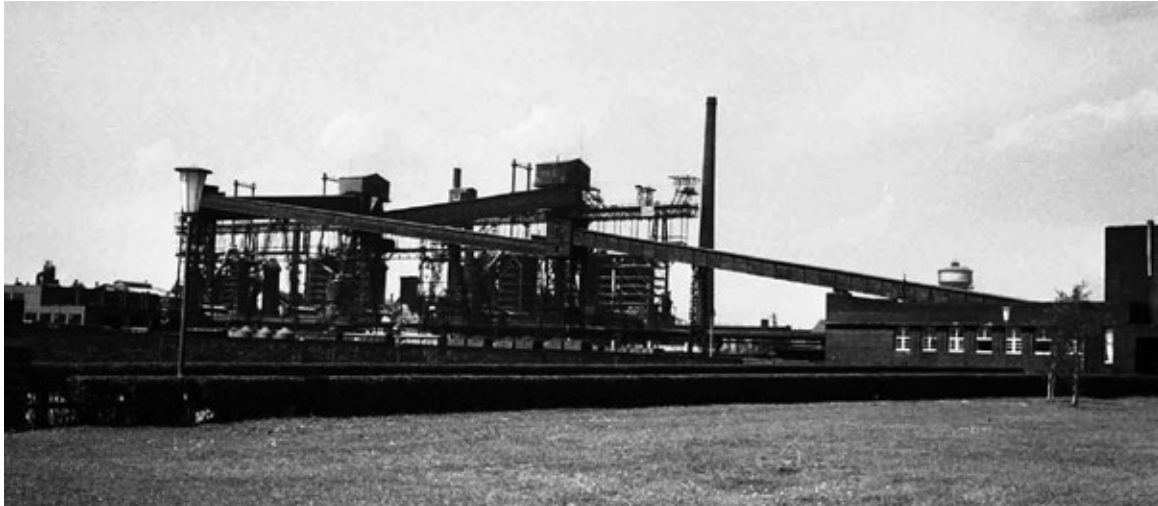


Blick von Norden
auf das Hydrier-
werk Scholven
(vor 1945)



Mitarbeiter
vor und auf
geschmückten
Tankwaggon mit
der Aufschrift:
»Erstes Kohle-
benzin! Hydrier-
werk Scholven«
(1936)

»Dritten Reich« aufgrund der gerade auch durch die Rüstungsproduktion staatlich angeheizten Konjunktur einen erneuten Aufstieg. Die Gelsenkirchener Bergbauunternehmen profitierten auch von der Autarkiepolitik des »Dritten Reiches«, das zur Herstellung des für die Kriegsführung notwendigen Benzins die industrielle Kohleverflüssigung energisch vorantrieb. So wurde 1936 die Gelsenberg Benzin AG als Tochtergesellschaft der Gelsenkirchener Bergbau-AG gegründet, die sofort mit dem Bau eines Hydrierwerkes bei der bis dahin stillliegenden Schachanlage Nordstern 3/4 begann. Pünktlich zu Kriegsausbruch lieferte das Werk Benzin aus der leichtflüchtigen Kohle der Schachanlage. Von der Errichtung des Hydrierwerkes Scholven, das ab 1935 aus dem 1929 begonnenen Stickstoffwerk Scholven entstand, profitierte die Zeche Scholven. Die beiden Hydrierwerke schufen eine große Anzahl neuer Arbeitsplätze. Auch der Metallbereich in der Gelsenkirchener Industrie florierte infolge der Aufrüstungspolitik.



Das Verwaltungsgebäude der Kokerei Alma (im Hintergrund die Hochöfen der Deutschen Eisenwerke) (1952). Nach dem Kriegsende werden umfassende Maßnahmen zur Erneuerung der Montanindustrie betrieben.

Nach dem Ende des von den Nationalsozialisten verursachten Zweiten Weltkrieges entstand im Ruhrgebiet angesichts des Kohlenmangels in Europa und der Bedeutung der Grundstoffindustrien für den Wiederaufbau die alte schwerindustrielle Struktur wieder. Der Wiederaufbauboom verdeckte wie schon die Aufrüstungspolitik der Nationalsozialisten erneut die eigentlich gegebenen Anpassungsnotwendigkeiten bei der Montanindustrie des Ruhrgebiets. Durch die einseitige, politisch motivierte Förderung der Montanindustrie des Ruhrgebiets wurde in der Nachkriegszeit eine relativ einseitige Wirtschaftsstruktur wiedererrichtet, die ab Ende der 1950er Jahre wesentliche Ursache eines krisenhaft verlaufenden Strukturwandels sein sollte.

Damit war die schwerindustrielle Prägung des Ruhrgebiets durch Nationalsozialismus und Wiederaufbau etwa 30 Jahre lang zementiert, ein langsamer Anpassungsprozess an den sich vollziehenden Strukturwandel verhindert worden. Zur Beibehaltung der Rolle eines schwerindustriellen Zentrums war das Ruhrgebiet dabei von politischen Autoritäten außerhalb der Region gedrängt worden – zuerst von den Nationalsozialisten, dann von den Alliierten, dann von den neuen westeuropäischen Partnern, der Bundesregierung und den südlichen Bundesländern, die ihren Aufbau mit Kohle und Stahl aus dem Ruhrgebiet betrieben.

In Gelsenkirchen förderten 1955 über 50.000 Bergleute Kohle, womit Mitte der 1950er Jahre etwa ein Drittel der Erwerbstätigen Gelsenkirchens im Bergbau beschäftigt war. In Gelsenkirchen erfolgte in den 1950er Jahren knapp 10 % der Kohlenförderung des Ruhrgebiets; etwa ein Sechstel des im Ruhrgebiet hergestellten Kokes kam aus Gelsenkirchener Kokereien.

Kohlekrise

Während man in den 1950er Jahren zunächst noch eine weitere Fördersteigerung im Steinkohlenbergbau für notwendig hielt, brachen 1958 plötzlich und unerwartet Absatzprobleme bei der Ruhrkohle über die Region herein. Während die Bundesrepublik sich noch mitten im »Wirtschaftswunder« befand, erlebte das Ruhrgebiet eine Krise seiner wichtigsten Branche.

Zur Kohlekrise trugen neben der Abschwächung der Wirtschaftsexpansion 1957/58 umfassende Wandlungen im Energiesektor bei. Die deutsche Steinkohle, die zu etwa 80 % im Ruhrgebiet gefördert wurde, verlor ab den 1950er Jahren im Energiebereich rapide an Bedeutung: Das bis kurz vor Ausbruch der Kohlekrise noch subventionierte Erdöl ersetzte zunehmend die Steinkohle als Energieträger. Arabisches und südamerikanisches Öl drängte auf die westeuropäischen Märkte und ersetzte zusammen mit »Edelenergien« wie Erdgas, Benzin, Heizöl, die preislich günstiger sowie besser verwendbar, speicherbar und transportierbar waren, die Kohle als Energieträger. Im Zusammenhang der Massenmotorisierung und der Ausweitung der Luftfahrt drangen Mineralölprodukte verstärkt auch auf den Wärmeenergiemarkt vor, zumal mit der Internationalisierung des Energiemarktes und der beschleunigten Steigerung der Erdölförderung die Produktion von günstigen Mineralölprodukten enorm gesteigert werden konnte. In der Bundesrepublik wurden die Raffineriekapazitäten, gerade auch von den international agierenden Ölkonzernen, erheblich ausgebaut. Später kamen die staatlich subventionierte Kernenergie und das Erdgas als weitere Konkurrenten der Ruhrkohle hinzu.

Seit den 1960er Jahren löste das Erdgas das Kokereigas bei der Gasversorgung immer mehr ab. Durch die Entwicklung des Großschiffbaus fielen zudem die Frachtraten für Importkohle, insbesondere auch nach der Wiedereröffnung des Suez-Kanals. Dabei war Importkohle z. B. aus den USA aufgrund der geologischen Lagerverhältnisse wesentlich kostengünstiger im Tagebau abzubauen. Darüber hinaus konnte in der kohle- bzw. koksverbrauchenden Industrie durch technologische Fortschritte und Rationalisierungsmaßnahmen (z. B. bei der Verhüttungs- oder in der Kraftwerkstechnologie) eine bessere Nutzung der eingesetzten Energieträger und damit ein geringerer Bedarf an Steinkohle oder Koks erreicht werden. Gleichzeitig nahm langfristig die Nachfrage nach Steinkohle bei Hauptabnehmern der Ruhrkohle langsam ab, weil Branchen wie die Eisen- und Stahlindustrie nach Ende des Wiederaufbaus, mit insgesamt nachlassender Investitionstätigkeit und mit einer verschärften internationalen Konkurrenz selbst nicht weiter expandierten oder gar schrumpften. Bei den Eisenbahnen nahm der Steinkohlenverbrauch auch durch das Vordringen von Dieselloks und mit der Elektrifizierung der Bahnstrecken ab.



Eine Moderne Steuerung in der Kokerei Westerholt (1984). Die zunehmende Automatisierung der Arbeit in der Montanindustrie führt zu einem stetig sinkenden Arbeitskräftebedarf.

Diese Entwicklungstendenzen auf dem Energiesektor führten Ende der 1950er Jahre zu einer nicht erwarteten Überproduktionskrise im deutschen Steinkohlenbergbau. Angesichts wachsender Halden verfahren am 22. Februar 1958 16.000 Ruhrbergleute die ersten Feierschichten.

Auf die Überproduktion reagierte der Ruhrkohlenbergbau mit der Stilllegung weniger profitabler Zechen, der Bildung von Zentralschachtanlagen, der Verminderung der Abbaubetriebspunkte, der bislang versäumten Mechanisierung des Abbaus, drastischem Personalabbau und der Steigerung der Arbeitsproduktivität, was die Beschäftigungsprobleme weiter verschärfte. Der Anteil der vollmechanisierten Kohलगewinnung im Ruhrgebiet stieg von 16,36 % im Jahr 1957 auf 89,97 % im Jahr 1969.



Der letzte Förderwagen der Zeche Graf Bismarck:
»Zeche Graf Bismarck
1868–1966.
Ich bin der Letzte!« (1966)

Vor allem in den 1960er Jahren schritt die Verdrängung der Steinkohle beim Primärenergieverbrauch rasch voran und kumulierte in einer »zweiten Kohlekrise«, die verstärkt auch den Norden des Reviers und nun insbesondere auch Gelsenkirchen traf.

Nachdem bereits am 30. Juni 1960 Wilhelmine Viktoria stillgelegt und auch die Förderung auf Bergmannsglück im Jahr 1960 eingestellt und zunächst auf die Zeche Westerholt übertragen worden war, wurde am 23. Februar 1963 die Schachtanlage Scholven geschlossen.

Die schlimmsten Zechenschließungen kamen dann aber 1966/67: Am 30. September 1966 wurde als eine der modernsten Zechen Europas Graf Bismarck mit fast 7.000 Beschäftigten stillgelegt, womit der Bankrott bisheriger Energiepolitik offensichtlich wurde. Ebenfalls 1966 wurde die Zeche Dahlbusch geschlossen. Weitere Zechen, die zunächst noch fortbestanden, schlossen Betriebsteile und reduzierten ihre Beschäftigtenzahlen drastisch. Zehntausende von Bergarbeitern verloren ihren abgestammten Arbeitsplatz.



Zeche Dahlbusch,
Schachtanlage
2/5/8: Umgelegtes
Fördergerüst im
Zuge der Demon-
tage der Zechen-
anlage (1967)



Protestmarsch auf der Cranger Straße in Erle gegen die Schließung der Zeche Graf Bismarck (1966)

Die Zeit der schwarzen Fahnen war gekommen. In Gelsenkirchen wurde demonstriert und protestiert. Trotz aller sozialer Härten gelang es dann aber am Ende der 1960er Jahre durch Maßnahmen der sozial-liberalen Regierung in Düsseldorf und der Großen Koalition in Bonn sowie durch den energischen Druck der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie Sozialpläne zu schaffen, die verhinderten, dass die Bergleute »ins Bergfreie fielen«. Bewusstsein. Mit sozialpartnerschaftlichen Strategien und dem Instrument der Konzertierten Aktion gelang es zudem, angeleitet von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, Lösungen zur Bewältigung des Strukturwandels zu finden: Es wurde eine Einheitsgesellschaft der Ruhr-Zechen geschaffen, der Absatz der Steinkohle mit den Verstromungsgesetzen und Koks-kohlenbeihilfen gesichert und für die betroffene Region Strukturhilfen geschaffen.

Die »Ruhrkohle AG« (RAG) wurde am 27. November 1968 gegründet. Während die Ruhrkohle AG die Bergwerke übernahm, wurden die profitablen Teile der Bergwerksgesellschaft nicht der Ruhrkohle AG



Gründung der
Ruhrkohle AG:
Unterzeichnung
des RAG-Vertrags
(1968)

übertragen – beispielsweise die meisten Großkraftwerke oder große Teile des Grundbesitzes und die Bergarbeiterwohnungen. Die Kraftwirtschaft der Hibernia, die ihre Zeche in die Ruhrkohle AG einbrachte, wurde beispielsweise verselbständigt als »VEBA Kraftwerke Ruhr« (VKR). Die alten Bergwerksgesellschaften wurden also auf Kosten der Öffentlichkeit ihre verlustbringenden Zechen los und konnten ihre profitablen Betriebsteile fortführen, während die Ruhrkohle AG mit dem Strukturwandel im Steinkohlenbergbau fertig werden musste. Immer wieder musste um Unterstützung des Steinkohlenbergbaus gerungen werden, vor allem seit nach 1982 stärker wirtschaftsliberal geprägte Kräfte, die zudem eher Interessen süddeutscher Bundesländer vertraten, im Bund politische Verantwortung trugen. So kam es 1982/83 und 1987 zu sogenannten Kohlerunden, bei denen sich Bundesregierung, Kohleländer, Arbeitgeber und Gewerkschaften auf

Kapazitätsreduzierungen und damit letztlich Zechenstilllegungen einigten und dabei nach sozialverträglichen Lösungen suchten. Die Subventionierung der deutschen Steinkohle für den Einsatz bei der Eisenverhüttung und in der Kraftwerkswirtschaft war dabei immer wieder umstritten. Ein energiepolitisches Konzept von 1991, das sogenannte Kohlekonzept sah als Folge weiterer Rationalisierungen weitere »Anpassungen« vor. Und nach der vom Bundesverfassungsgericht erzwungenen Abschaffung des »Kohlepfennigs« als Verbrauchsumlage mussten die Stützungsmaßnahmen für den deutschen Steinkohlenbergbau allein aus den staatlichen Haushalten bezahlt werden, was vor dem Hintergrund der Reduzierung dieser Beihilfen zur weiteren Reduzierung der Kohleförderung führte. Nach dem Auslaufen des Kohlekonzeptes 2005 wurden weitere Reduzierungen des Zuschussbedarfs und der Förderung beschlossen und schließlich 2007 der endgültige Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau beschlossen. Eine Revisionsklausel entfiel mit dem Ausstieg aus der Kernenergie 2011.

Mit der Zeche Hugo hat Gelsenkirchen im Jahr 2000 schließlich seine letzte Zeche verloren, nur noch am Rande wurde die Stadt vom Bergwerk Westerholt tangiert, das dann auch 2008 geschlossen wurde. Für die betroffenen Bergleute sind die schlimmsten sozialen Härten durch die Kohlepolitik abgefedert worden, allerdings hat die Region viele zehntausend Arbeitsplätze verloren.

Bekleidungsindustrie

Die Montanindustrie in Gelsenkirchen hatte vor allem Männern einen Arbeitsplatz geboten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es, mit der Bekleidungsindustrie in Gelsenkirchen einen Industriezweig anzusiedeln, der in größerem Umfang Frauenarbeitsplätze zu bieten hatte. Viele zuvor in Ost- und Mitteldeutschland beheimatete Betriebe der Bekleidungsindustrie siedelten sich in Gelsenkirchen an. Anfang 1949 bestanden bei 42 (davon 37 neugegründeten) Betrieben 3.100 Arbeitsplätze und Ende 1950 in über 50 Betrieben über 5.000 Arbeitsplätze.

Als sich die Stadt Gelsenkirchen in einer frühen Anstrengung zur Förderung der lokalen Wirtschaft um die Bekleidungsindustrie bemühte, konnte noch niemand wissen, dass auch dieser Industriezweig bald in eine Strukturkrise geraten sollte. Schon Ende der 1950er Jahre hatte auch die Bekleidungsindustrie mit der Verschärfung der internationalen Konkurrenz und Importen aus »Billiglohnländern« zu kämpfen. 1958 wurde so in den ersten zehn Gelsenkirchener Textilbetrieben kurzgearbeitet.



Modenschau während der Verkaufsmesse der Arbeitsgemeinschaft Gelsenkirchener Bekleidungsindustrie im Hans-Sachs-Haus (1949)



Nähsaal der
Gelsenkirchener
Textilfirma
Eurovisa (1966)



Streikende
Bekleidungs-
arbeiterinnen
in Gelsenkirchen
(1961)

Die vielen Mittelbetriebe der Gelsenkirchener Bekleidungsindustrie schlossen dann nacheinander ihre Pforten. Die meisten Betriebe gingen in den 1970er Jahren in Konkurs. Gelsenkirchen verlor seine dringend benötigten Frauenarbeitsplätze wieder. Auch viele Bergleute, die z.B. für die Firma Eurovia für die Textilindustrie umgeschult worden waren, wurden innerhalb kurzer Zeit zum zweiten Mal arbeitslos. In der Gegenwart existieren nur noch Reste der Bekleidungsindustrie in Gelsenkirchen.

Heinze-Frauen

Nachdem montanindustrielle Arbeit in Gelsenkirchen jahrzehntelang Arbeit von Männern bzw. männliche Arbeit bedeutet hatte, zogen mit dem Strukturwandel und der Ausweitung des Dienstleistungssektors verstärkt auch Frauen in die Arbeitswelt ein. Die Frauenerwerbsquote liegt im Ruhrgebiet und in Gelsenkirchen auch immer noch unter der vergleichbarer deutscher Ballungsräume, wobei die Bundesrepublik selbst wiederum eine z. T. erheblich geringere Frauenerwerbstätigkeit aufweist als andere europäische Staaten. Das »Einrücken« vieler Frauen in die Arbeitswelt bedeutete nicht nur im betrieblichen Alltag gravierende Veränderungen, die selten in den Blick genommen werden. Gerade auch tarif- und sozialpolitisch bedeutete die Umsetzung einer gleichen Behandlung von Frauen und Männern in den Betrieben massive Auseinandersetzungen. Vorreiter im Kampf um gleichen Lohn wurden die Gelsenkirchener »Heinze-Frauen«.

Die Firma Heinze-Fotolaborbetriebe mit zahlreichen Großlabors hatte in Gelsenkirchen ihr Stammwerk und bot Ende der 1970er Jahre etwa 500 Frauen Arbeitsplätze. Bis 1978 arbeiteten im Betrieb fast nur Frauen, dann wurden auch Männer eingestellt. Männer und Frauen, die oft nebeneinander die gleiche Arbeit machten, wurden in die gleiche Lohngruppe eingestuft. Allerdings stellte sich dann heraus, dass die Männer eine außertarifliche Zulage erhielten, die den Frauen vorenthalten wurde.

Als die Geschäftsleitung der Firma Heinze auf Forderungen der Frauen nach gleichem Lohn nicht einging, fanden sich mit Unterstützung der Industriegewerkschaft Druck und Papier 29 Frauen



Herstellung von Fotoabzügen im Labor der Firma Heinze-Fotolabor-Betriebe (1981)

bereit, vor Gericht zu ziehen, um eine Gleichbehandlung einzuklagen. Die juristische Auseinandersetzung, in der es ja auch um die grundlegende Durchsetzung der bis dahin vorenthaltenen Lohn-gleichheit ging, führte durch die Instanzen bis zum Bundesarbeitsgericht in Kassel.

Mit den Heinze Frauen solidarisierten sich viele Gelsenkirchener, und auch von außerhalb kam Unterstützung. Zur Verhandlung vor dem Arbeitsgericht am 10. Mai 1979 kamen über 200 Gelsenkirchener. Die »Heinze-Frauen« siegten vor dem Gelsenkirchener Arbeitsgericht. Die Firma Heinze ging in die Revision, unterstützt vom Arbeitgeberverband. Das Landesarbeitsgericht in Hamm entschied im September 1979 gegen die Frauen, woraufhin die Zuhörer im Gericht ihrer Wut lautstark Ausdruck verliehen. Die Auseinandersetzung, in der nun die Frauen mit ihrer Gewerkschaft in Revision gingen, erregte bundesweites Aufsehen. Aus der ganzen Bundesrepublik erhielten die Frauen Solidaritätsadressen. Vor dem Gerichtstermin kamen 7.000 Menschen nach Kassel zu einer Solidaritätsveranstaltung.



Die Heinze-Frauen
bejubeln die
Entscheidung des
Bundesarbeitsge-
richtes in Kassel.
(1981)

Vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel siegten die Frauen am 9. September 1980 schließlich. Damit war ein wichtiger Sieg für die Gleichheit der Löhne von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit erreicht.

Den Gelsenkirchener Heinze-Frauen, denen nach dem Urteil Nachzahlungen von etwa 100.000 DM zustanden, hatten allerdings materiell nichts von ihrem Sieg. Die Firma Heinze ging schon bald mit 100 Millionen DM Schulden in Konkurs.

Eine Fachhochschule für Gelsenkirchen

Keine Soldaten und keine Studenten ins Ruhrgebiet – nach diesem Verdikt, das dem letzten deutschen Kaiser zugeschrieben wird, war das Ruhrgebiet zu Beginn verlaufenden Strukturwandels Ende der 1950er Jahre eine fast (kaserne- und) hochschulfreie Landschaft. Dieses Defizit wurde frühzeitig erkannt. Und so wurde ein langfristig außerordentlich folgenreicher Teil der regionalen Politik der Hochschulbau im Revier, der vom Bund im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Ausbau und Neubau der Hochschulen« mitfinanziert wurde. Der Ausbau der Hochschulkapazitäten passte sich auch ein in die Bewältigung der in den 1960er Jahren vieldiskutierten »Bildungskatastrophe«. Man erkannte, dass im internationalen Vergleich und vor allem auch in der internationalen Konkurrenz die Bildungsbeteiligung ausgebaut werden musste. Gleichzeitig ging es um die verstärkte Bildungsbeteiligung bislang mit Bildung unterversorgter Gruppen und Regionen sowie um die vieldiskutierte Chancengleichheit (»Bildung als Bürgerrecht«).



Oberstadtdirektor Hans Georg König will durch Ansiedlung einer Gesamthochschule den Wissenschaftsstandort Gelsenkirchen stärken. (um 1970)

Schon in dieser Zeit erkannte man, dass der Ausbau der Universitäten zur Bewältigung des Strukturwandels beitragen kann und soll: Durch die Schaffung solcher Bildungskapazitäten war beabsichtigt, längerfristig eine höhere Qualifizierung des Arbeitskräftepotentials zu erreichen. Zudem wurde der Ausbau des Bildungssystems und der wissenschaftlichen Kapazitäten (auch und gerade im Bereich der Technologieentwicklung) als ökonomischer Wachstumsfaktor und als Faktor zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz erkannt.

Das Ruhrgebiet erhielt nun eigene Universitäten in Bochum (gegründet 1961, Bau 1964–1984, Lehrbetrieb ab 1965) und Dortmund (gegründet 1962 nach Standortkonflikten mit Bochum, Eröffnung 1968). Mit der Schaffung weiterer Gesamthochschulen wurde dann auch das Ziel verfolgt, stärker berufsorientierte Bildungseinrichtungen zu schaffen, die Aufgaben von Fachhochschulen, Universitäten, Technischen und Pädagogischen Hochschulen integrieren sollten. Im Bereich des Ruhrgebiets wurden zwischen 1972 und 1974 Gesamthochschulen in Essen und Duisburg sowie Hagen als Fernuniversität geschaffen. Die Fachhochschulen sollten sich bei ihren Studiengängen auf ausreichender wissenschaftlich-methodischer Basis vor allem an den Anforderungen des Arbeitsmarktes orientieren. Fachhochschulen wurden beispielsweise in Bochum und Dortmund errichtet. Mit der Neugründung von Hochschulen wurden auch reformpädagogische Ziele verknüpft, die besonders an der etwa gleichzeitig gegründeten Bielefelder Universität sichtbar wurden, sich aber auch beispielsweise an der Verflechtung der Fächer an der Bochumer Ruhr-Universität zeigten. In den Hellwegstädten entstanden mit den Hochschulen nicht nur wichtige Bildungseinrichtungen für das Revier, sondern auch neue Arbeitgeber von erheblicher Bedeutung: Ende der 1960er Jahre bot die Ruhr-Universität in Bochum etwa 4.000 Menschen Arbeit, 1990 etwa 7.000. Alle der im Ruhrgebiet gegründeten neuen Bildungseinrichtungen haben in der Gegenwart eine erhebliche



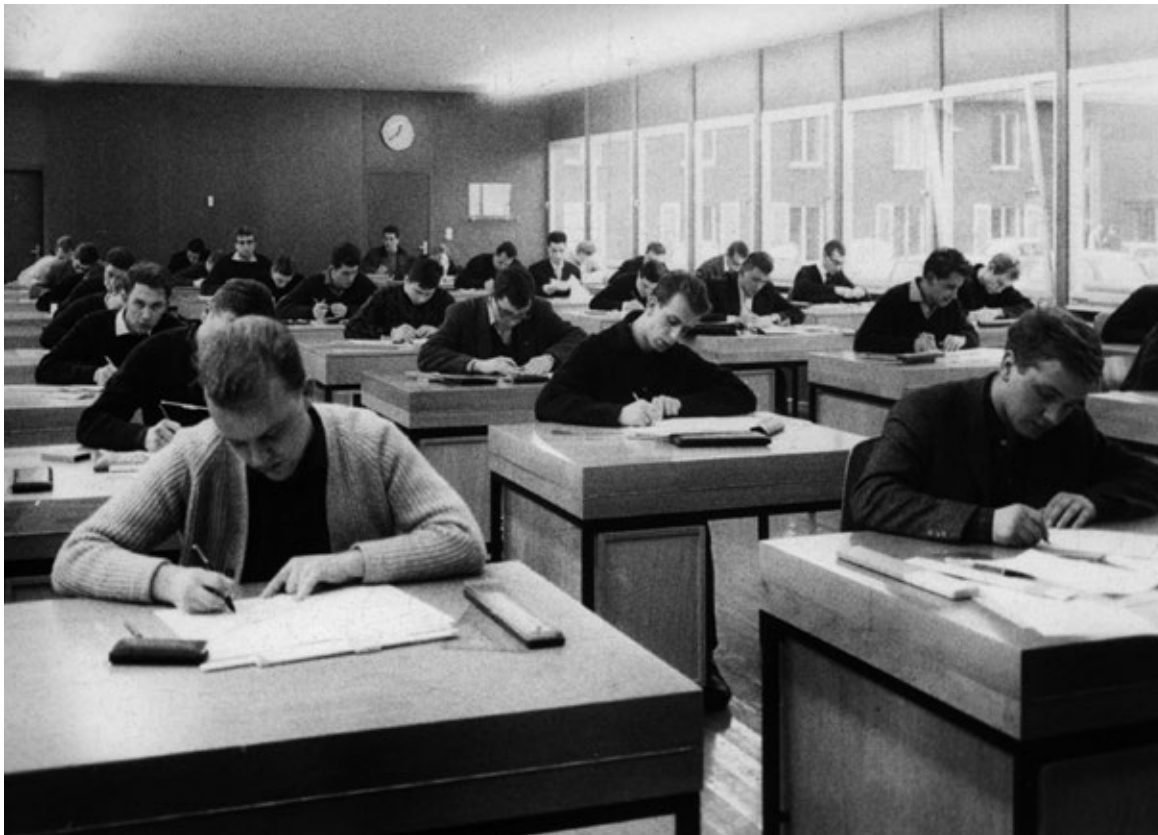
Studenten auf
dem Campus der
Gelsenkirchener
Fachhochschule

Kapazität, sind aber seit den 1970er Jahren wegen des eingestellten Ausbaus des Hochschulsystems hochgradig überlastet. Etwa 160.000 Studenten studieren in der Gegenwart an den Hochschulen des Ruhrgebiets, etwa 500.000 in ganz NRW. In der Gegenwart ist Nordrhein-Westfalen mit dem Ruhrgebiet eine der dichtesten Hochschullandschaften Europas.

Erst am 1. August 1992 erhielt die bis dahin in der Ausstattung mit Wissenschaftsinfrastruktur vernachlässigte Emscherzone im Rahmen des Landesprogramms »Handlungsrahmen für die Kohlegebiete« mit der Fachhochschule in Gelsenkirchen eine eigene tertiäre Bildungseinrichtung (nach der dezentral aufgebauten Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW mit Standorten auch in der Emscherzone). Diese 50. Hochschule in NRW mit Schwerpunkten in der Umwelttechnologie und der Mikrosystemtechnik ging aus der 1961 gegründeten Staatlichen Ingenieurschule, die ab 1971 als Abteilung Gelsenkirchen zur Bochumer Fachhochschule gehörte, hervor und erhielt eine Abteilung in Bocholt. 1995/96 wurde eine weitere Abteilung in Recklinghausen, wo zuvor von 1964 bis 1979 schon eine



Die Fachhochschule Gelsenkirchen, aus der Luft gesehen (2011)



Studierende der Fachhochschule (1974)

Ingenieurschule bzw. dann wieder geschlossene Außenstelle der Fachhochschule Bochum bestanden hatte, errichtet.

Die Fachhochschule erhielt ihren Standort in Buer, wo 1967 mit der Grundsteinlegung für das erste eigene Gebäude der Ingenieurschule mit dem Bau der Gebäude begonnen wurde, die später, um zahlreiche weitere Bauten erweitert, die Fachhochschule beherbergen sollten. Die Fachhochschule steht in vielfältiger Weise mit den Unternehmen der Region in Verbindung und bemüht sich wie alle Hochschulen im Land um einen ständigen Erfahrungsaustausch und Technologietransfer.



Kapitel 45

Bildung

Im schulischen Vorfeld der Hochschulen erfolgte in der ganzen Bundesrepublik, im Ruhrgebiet aber auch zur Deckung eines gewaltigen Nachholbedarfs, ein enormer Ausbau weiterführender Bildungseinrichtungen. Gerade die Ruhrgebietsstädte hatten die geringsten Bil-



Abiturfeier im Innenhof des Gauß-Gymnasiums (1987). Das Gymnasium ist im Zuge des Ausbaus der Bildungseinrichtungen in Gelsenkirchen aus einer Realschule hervorgegangen.

dungsdichten (Anteil der 16- bis 19-jährigen, die weiterführende Schulen besuchen) der Bundesrepublik. Verbunden war die Expansion im Bereich der weiterführenden Schulen mit den umfangreichen Reformbemühungen der späten 1960er und der 1970er Jahre, die vor allem auch Übergänge zwischen den Schulformen schufen und die soziale Selektion des Bildungssystems abschwächen sollten.

Im Ruhrgebiet entstanden zwischen 1968 und 1978 24 neue Realschulen und 21 neue Gymnasien, die Mehrzahl der Gesamtschulen im Land NRW fand ihren Standort im Revier. 1976 bestanden dort 15 Gesamtschulen, darunter bei den frühen Gründungen die Gelsenkirchener Gesamtschule Berger Feld. Hinzu kamen Einrichtungen für den »zweiten Bildungsweg«. Gelsenkirchen erhielt so seit den 1960er Jahre verschiedene neue weiterführende Schulen mit erheblichen und durchaus ausgelasteten Kapazitäten.

Mitte der 1980er Jahren wurde im Revier eine mit anderen Ballungsräumen vergleichbare Dichte weiterführender Schulen erreicht. Insbesondere ein gegenüber anderen Regionen größerer Anteil von Schülern im Ruhrgebiet besuchte die zahlreichen Gesamtschulen. Es dauerte naturgemäß lange, bis die Bildungsstruktur sich wandelte bzw. im Sinne höherer formaler Bildungsabschlüsse verbesserte. Das Ruhrgebiet als Ganzes hat sich in seiner Bildungsstruktur den Strukturen im Land Nordrhein-Westfalen weitgehend angeglichen, allerdings gibt es noch einige lokale Defizite, insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet.

Branchenmix und nie mehr abhängig von einer Industrie

Das Ruhrgebiet ist in einem oft schmerzhaften Strukturwandelprozess längst von einer Kohle- und Stahlregion zu einer Region mit Kohle und Stahl geworden. Dabei hat Gelsenkirchen insgesamt auch zahlreiche industrielle Arbeitsplätze verloren, die nicht durch neue Arbeitsplätze ersetzt wurden. Wegen der Arbeitsplatzverluste haben viele Menschen die Stadt auch verlassen. Die Stadt hatte 1958 386.874 Einwohner, gegenwärtig sind es etwa 260.000.

Dabei ist Gelsenkirchen immer noch eine Stadt mit einem relativ starken verarbeitenden Gewerbe. So finden sich noch eine Reihe bedeutsamer Industrieunternehmen in Gelsenkirchen, die z.T. aus



Solarzellenfabrik
der Deutschen
Shell AH in Rott-
hausen (2000)

der Montanindustrie hervorgegangen sind. Zu nennen ist hier z. B. die Firma E.on, die u. a. die Kraftwerke in Scholven betreibt. Hier zeigt sich auch die Bedeutung des Ruhrgebiets als ein Energiezentrum. Indirekt knüpfen hier auch neuere kleine Energietechnikfirmen und die Betriebe, die sich mit der Nutzung der Sonnenenergie beschäftigen, an. Die früheren (Kohle-)Hydrierwerke in Horst und Scholven sind schon bald in der Nachkriegszeit auf die Erdölverarbeitung umgestellt worden. Beide gehören in der Gegenwart zur Firma BP, und Gelsenkirchen ist einer der größten deutschen Raffineriestandorte. Auch hier hat es zahlreiche Umstrukturierungen gegeben, die sich mit dem Abriss alter und dem Aufbau neuer Produktionsanlagen im ständigen Wandel der Silhouetten der Werke zeigten. Auf diesen Werken werden auch unterschiedliche andere chemische Produkte hergestellt. Wenn auch geschrumpft so besteht auch die Glasindustrie mit den Betrieben der Pilkington-Gruppe fort. Im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie blieben in Gelsenkirchen Betriebe des Thyssenkonzerns, die Drahtseile und speziellen Bandstahl herstellen. Bei den mittelständischen Betrieben, die oft unter Schwierigkeiten den Strukturwandel überstanden haben, sind in diesem Wirtschaftszweig noch die Firmen Wilhelm Geldbach, August Friedberg, Wildfang und die Maschinenfabrik Glückauf Beukenberg zu nennen, ebenso auch traditionsreiche metallverarbeitende Unternehmen wie Küppersbusch und Seppelfricke, die allerdings allesamt in den letzten Jahren in erheblichem Maße Arbeitsplätze abgebaut haben. Die unter dem Druck der internationalen Konkurrenz stark schrumpfende Bekleidungsindustrie ist in Gelsenkirchen kaum mehr vorhanden. Neue Unternehmen wie z. B. Loxx entstanden im Logistikbereich, in Autozulieferbranche wie TRW Automotive, Spezialschläuche produziert Masterflex.

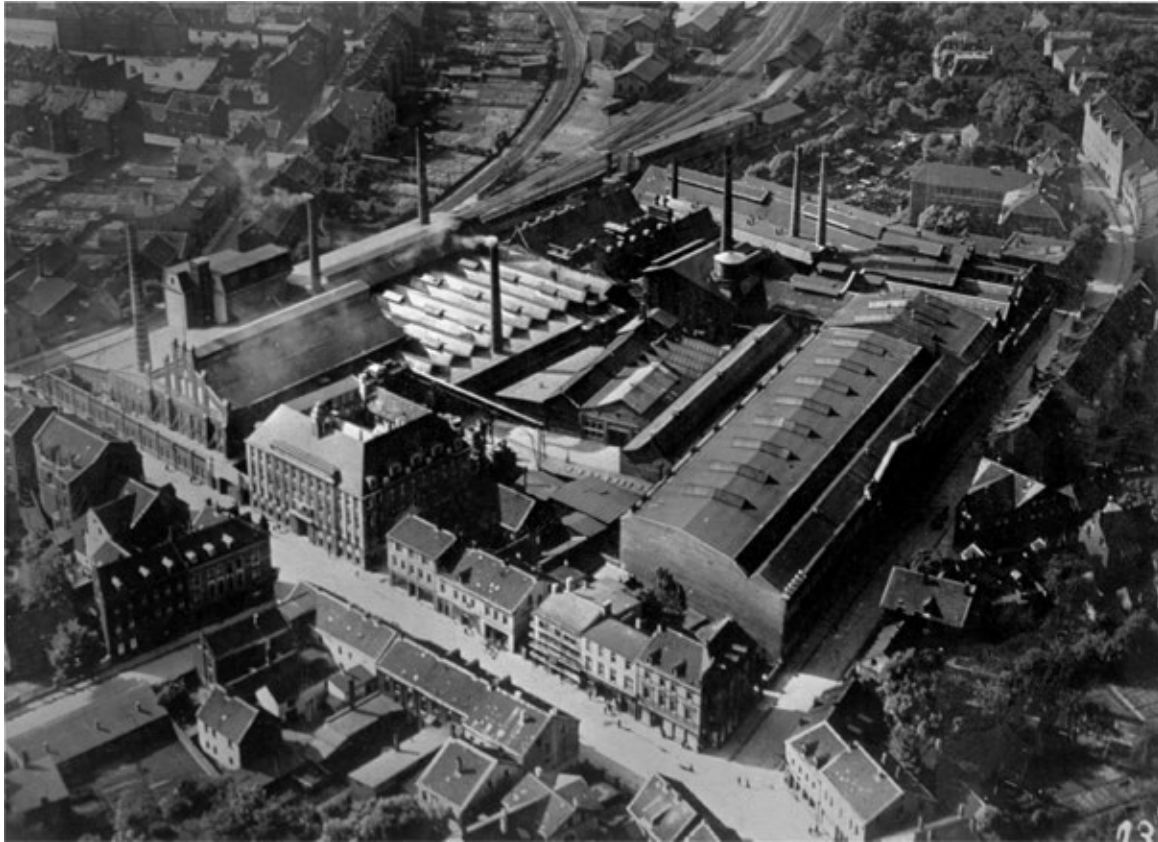
Gewachsen ist unbestreitbar auch der Dienstleistungssektor der Gelsenkirchener Wirtschaft: In Gelsenkirchen hat ein großer Franchisegeber wie die Firma »Schülerhilfe« seine Zentrale. Die



Die Raffinerie von British Petroleum, vormals Veba Oel AG, in Scholven auf dem Gelände des ehemaligen Hydrierwerkes (2001)

Gelsenwasser-AG, hervorgegangen aus dem von Friedrich Grillo gegründeten Wasserwerk für das nördliche Ruhrgebiet und Wasserversorger von 3 Mio. Menschen, hat ihre Zentrale ebenfalls in Gelsenkirchen. Und neben der stadteigenen Gelsenkirchener Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft hat die Immobiliengesellschaft Vivawest, die aus der THS, der früheren Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten, und Evonik Wohnen, der früheren Immobiliensparte der Ruhrkohle AG, hervorgegangen ist, ihren Sitz in Gelsenkirchen. Seinen Hauptsitz in Gelsenkirchen hat auch die Tectum Group, die bei Telefonmarketing aktiv ist.

Zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen aus unterschiedlichsten Branchen betätigen sich im Umfeld der genannten größeren Betriebe oder haben ein eigenes Betätigungsfeld in einer breiten



Gusstahlwerk
Gelsenkirchen
(1925)

und zunehmend differenzierten Wirtschaftsstruktur Gelsenkirchens und des Ruhrgebiets gefunden.

Zahlreiche Branchen der Schwerindustrie sind zu Gebieten neuer wirtschaftlicher Aktivität geworden – wie das Gelände des ehemaligen Gusstahlwerks in Gelsenkirchen-Ückendorf, wo im Rahmen des Projektes »Arbeiten im Park« der Internationalen Bauausstellung Emscher Park der Wissenschaftspark Gelsenkirchen, der 1995 eröffnet wurde, entstand. Neben verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen ist der Gelsenkirchener Wissenschaftspark auch Sitz des Instituts für Stadtgeschichte.

Trotz aller Fortschritte hat der Strukturwandel Gelsenkirchen eine unvermeidbar hohe Arbeitslosigkeit hinterlassen, die allerdings, wie die Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt zeigt, nur zum Teil ein hausgemachtes Gelsenkirchener Problem ist, das aus der Industriegeschichte der Stadt folgt. Insbesondere durch zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Bildungspolitik geht man in Gelsenkirchen



Ein Symbol des
Strukturwandels –
der Wissenschafts-
park in Ückendorf
(1999)

die weitere Bewältigung des Strukturwandels an und arbeitet an dem Aufbau zukunftsweisender wirtschaftlicher und sozialer Strukturen einer demokratischen Stadtgesellschaft.

Impressum

Eine Publikation des Institut für Stadtgeschichte



Eine Einrichtung in Trägerschaft der Stadt Gelsenkirchen



© Institut für Stadtgeschichte, Gelsenkirchen 2015

Alle Rechte vorbehalten.

[[weiteres, z.B. Einspeicherung in elektronische Systeme nur mit Genehmigung des Herausgebers, Vervielfältigung für Unterrichtszwecke erlaubt. ...]]

Satz und Gestaltung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen, www.k-mw.de